Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

31. Dezember 1979
Jg. 8 Nr. 1

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Jugoslawische Erdölleitung nach Ungarn eröffnet

z.krk. Am 22.12.79 ist in Jugoslawien eine neue Erdölleitung eröffnet worden, die die Adria-Insel Krk über den Hauptstrang mit Belgrad und über verschiedene Abzweigungen mit 5 inländischen Raffinerien verbindet. Die jährliche Förderkapazität beträgt 34 Mio. t. Von großer Bedeutung für die jugoslawischen Erdölimporte ist der Ausbau des Terminals von Omisalj auf Krk, wo jetzt auch die größten Öltanker gelöscht werden können. – Eine Abzweigung der Erdölleitung führt über Lendawa nach Ungarn und über Ungarn sollen Erdöllieferungen in die Tschechoslowakei erfolgen. Ungarn und die CSSR waren bisher nur mit der SU oder anderen RGW-Ländern über direkte Energieleitungen verbunden. Zwischen Ungarn und Jugoslawien bestehen bereits Abkommen über den gemeinsamen Ausbau der im Grenzbereich befindlichen Erdöl- und Erdgasfelder.

Peru schränkt Ausplünderung

Peru schränkt Ausplünderung seiner Erdölreserven ein

z.bew. Am 7. Dezember hat die peruanische Regierung zwei neue Gesetze zum Schutze der nationalen Erdölreserven erlassen. Im neuen Einkommensteuergesetz ist festgelegt, daß künftig alle ausländischen Gesellschaften der Besteuerung unterliegen, von der ein Teil der Erdölkonzerne bisher ausgenommen war. Die ,,Allgemeine Basis für Erdölverträge'' legt grundsätzlich fest, daß alle Erdölvorkommen auf peruanischem Gebiet nationales Eigentum sind, und ermächtigt die nationale Erdölgesellschaft Petroperú, mit den ausländischen Konzernen neue Verträge abzuschließen, worin die Beteiligung von Petroperú festgelegt und die Maximalgröße des Förderungsgebiets bestimmt werden. Alle Verträge müssen die Klausel enthalten, daß die Gewinnanteile für die ausländischen Konzerne sich mindern, wenn die Ölpreise ansteigen.

US-Imperialisten zahlen Erdgaspreis, den Mexiko verlangt

z.gug. Ende 1979 hat die staatliche mexikanische Erdölgesellschaft Peminex Erdgaslieferungen mit US-Firmen vereinbart. Ab 1.1.80 wird Mexiko tgl. 300 cb ft. (1 cb ft. = 30,5 cm^3) in die USA liefern zu 3,26 $ je 1000 cb ft. Seit den Verhandlungen 1977 hatten die US-Imperialisten höhere Lieferungen und einen Preis gefordert, der 1 $ niedriger als der von Peminex verlangte lag. Der Erdgas- wie der Erdölpreis wird vierteljährlich überprüft. Ende 1979 hat Peminex mit der Ölförderung im größten Erdölfeld im mexikanischen Golf begonnen und zwei weiteren auf dem Festland. Bisher liefert Mexiko 85% seines Erdölexports nach USA, ab 1980 nimmt Mexiko, das mit seinen Erdölvorkommen jetzt an 6. Stelle der Weltrangliste steht, Lieferungen nach Frankreich, Schweden, Japan, Brasilien, Costa Rica und Jugoslawien auf.

Dritte Welt fordert Fonds zur beschleunigten Industrialisierung

z.coi. Auf der Konferenz der ,,Gruppe der 77'' in Havanna zur Vorbereitung der UNIDO-Generalkonferenz Januar 1980 haben sich die Länder der Dritten Welt auf eine gemeinsame Deklaration geeinigt. Nach Äußerungen des UNIDO-Exekutivdirektors Dr. Abd-El Rahman Khane ist die Deklaration ein Programm zur beschleunigten Entwicklung der Industrie der Dritten Welt. Sie wollen damit ihren Plan verwirklichen, bis zum Jahre 2000 ihre Industrieproduktion auf 25% der Weltproduktion zu steigern. Als Maßnahmen nannte er die Einrichtung eines Industrialisierungsfonds mit 75 – 100 Mrd. Dollar, finanziert hauptsächlich von den Imperialisten, jedoch unter Kontrolle der Länder der Dritten Welt, sowie einer internationalen Industriefinanzagentur der Länder der Dritten Welt mit 500 Mio. Dollar Anfangskapital zur Finanzierung gemeinsamer Industrieunternehmen.

Sowjetische Militärintervention in Afghanistan

Neue Marionetten brachten Interventionstruppen gleich mit

z.ges. Es ist noch keine drei Wochen her, daß Breschnew und der gerade liquidierte afghanische Präsident Hafisollah Amin Botschaften austauschten, um den Jahrestag des sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrages zu würdigen. Amin hatte diesen Vertrag als ,,einen starken und leistungsfähigen Faktor der Verteidigung des Friedens und der Stabilität in dieser Region Asiens und der ganzen Welt'' bezeichnet. Auf Grundlage dieses Freundschaftsvertrages wurden in den vergangenen Tagen sowjetische Kampftruppen nach Afghanistan geliftet. Auf 10000 Mann werden die sowjetischen Berater und Kampftruppen in Afghanistan inzwischen geschätzt. Die neuen Truppen seien von der Regierung Afghanistans gegen eine äußere Bedrohung ins Land gerufen worden, sagt die SU. Als erstes haben diese Truppen jene Regierung gestürzt, die sie angeb-
jene Regierung gestürzt, die sie angeb-
lich ins Land gerufen hat. Den neuen Regierungschef, bisher afghanischer Botschafter in Prag, hatten die Interventionstruppen gleich mitgebracht. Die sowjetischen Sozialimperialisten scheinen den Krieg gegen die afghanische Befreiungsbewegung jetzt direkt mit den eigenen Truppen führen zu wollen. Parallel zur Verstärkung der sowjetischen Truppen in Kabul sollen an der sowjetisch-afghanischen Grenze fünf sowjetische Divisionen aufgezogen sein. Gerade dort befindet sich auch eines der Gebiete, in dem die Befreiungsstreitkräfte vor kurzem die letzten Stützpunkte der Regierungstruppen überrannt haben.

Amin selber hatte sich erst im September an die Macht geputscht und seinen Vorgänger Taraki beseitigt, mit dem zusammen er vorher im April 1978, gestützt auf sowjetisch beratene Truppenteile, die Herrschaft von Daud gestürzt hatte. Die sowjetischen Sozialimperialisten verschleißen ihre Marionetten in Afghanistan schnell. Nach jedem Putsch befinden sich mehr sowjetische Truppen im Land, und den jetzigen Putsch haben die sowjetischen Truppen schon selber durchgeführt. Die sowjetische Vorherrschaft über Afghanistan stößt auf den entschiedenen Widerstand der afghanischen Volksmassen. Aber die Sowjetunion hat überhaupt nicht die Absicht, ihren Zugriff auf Afghanistan locker zu lassen. Afghanistan soll als Keil beim Vordringen der Sowjetunion in die Golfzone dienen. Von Afghanistan aus versucht die Sowjetunion gegen Iran und Pakistan Druck zu machen, nachdem sie Anfang der 70er Jahre die Aggression Indiens gegen Pakistan unterstützt hatte, um Pakistan zu schwächen. Die islamische Befreiungsbewegung könnte aus diesen Ländern einen Sperriegel gegen das Vordringen der Sowjetunion machen. Um diesen Sperrriegel von Anfang an zu sprengen, sind die sowjetischen Interventionstruppen in Afghanistan und werden verstärkt. Die Regierung Amin hatte die Kontrolle über große Teile Afghanistans, über den Nordosten, Osten und den Westen verloren. Nach dem Putsch gegen Amin werden sich die sowjetischen Interventionstruppen der eigentlichen Aufgabe zuwenden. Sowieso wird die afghanische Luftwaffe und Panzerwaffe bereits von sowjetischen Piloten und Panzerfahrern betätigt.
und Panzerfahrern betätigt.

Der Zeitpunkt der Intervention ist geschickt gewählt, denn der amerikanische Hauptrivale versucht gegenwärtig einen Handelsboykott gegen die iranische Revolution zustandezubringen, für den er die Sowjetunion braucht. Ein sowjetisches Veto gegen einen Boykottbeschluß des Sicherheitsrates der UNO werden die USA nur verhindern können, wenn sie der SU in Afghanistan freie Hand lassen. Spielt sich die SU aber in der UNO als Helfer der iranischen Revolution auf, dann wird sie versuchen, die amerikanischen Maßnahmen gegen den Iran zu nutzen, um ihren dortigen Einfluß zu stärken und den islamischen Widerstand gegen die Intervention in Afghanistan zu schwächen. So oder so fände die SU dann eine Flankendeckung für ihr Vordringen in die Golfregion. Freilich kann sie nicht hoffen, damit den Widerstand der Völker der Region gegen den sowjetischen Expansionismus zu brechen. Bisher hat die iranische Revolution stets die Losung ,,Weder USA, noch SU'' verfolgt. Durch die Botschaftsbesetzung als Antwort auf die US-amerikanische Provokation, den Schah ins Land zu holen, ist der Iran allerdings international stark unter Druck geraten. Ein Wirtschaftsboykott würde eine ernsthafte Bedrohung des Iran darstellen, der durch die Schahpolitik bei der Nahrungsmittelversorgung weitgehend in die Abhängigkeit des Auslands geraten ist. Die Rechnung der sowjetischen Sozialimperialisten stützt sich also auf tatsächliche Anhaltspunkte. Ihre Intervention in Afghanistan rückt aber auch die Gefahr einer amerikanischen Intervention im Iran wie überhaupt den direkten Zusammenstoß der beiden Supermächte näher.

Das militärische Vordringen der SU in Südostasien zur Straße von Malakka und das Vordringen der SU in die Golfregion, wofür sie im Jemen und Äthiopien bereits Position bezogen hat, stößt unvermeidlich mit den Bestrebungen der USA, im Mittleren und Nahen Osten ihre Vorherrschaft zu verteidigen, immer heftiger zusammen. Damit erhöht sich zugleich der Druck der beiden Supermächte auf Westeuropa. Jetzt z.B. wollen die USA die EG auf den Wirtschaftsboykott gegen den Iran einschwören, so wie sie Japan in die Boykottfront gegen iranisches Erdöl hineinzuzwingen versuchen. Der Raketenbeschluß der NATO festigt die Stellung der USA als europäischer Macht. Auf der anderen Seite winkt die Sowjetunion mit Neutralität und Entspannung, während sie ihr Vordringen an den Flanken Europas immer offener mit militärischen Mitteln vorantreibt.

Die Niederlagen, die die Völker dem US-Imperialismus in den letzten Jahren bereitet haben, waren ein wichtiger Faktor, um den Weltkrieg hinauszuzögern. Ohne in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus nachzulassen, werden das internationale Proletariat und die Völker der Welt jetzt unbedingt dem Sozialimperialismus einige Niederlagen bereiten müssen. Afghanistan genauso wie Kampuchea liegen an der Front für die Verteidigung des Friedens.

7. Januar: Tag der Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea



Über zwei Millionen Kampucheaner sind seit dem 25. Dezember 1978 durch den vietnamesischen Aggressionskrieg getötet worden, berichtete der Sender des Demokratischen Kampuchea am 19. Dezember 1979. Weil Hanoi den Widerstand des kampucheanischen Volkes nicht brechen könne, sei es entschlossen, durch Massaker, Einsatz von Giftgas und Erzeugung einer Hungersnot das kampucheanische Volk auszurotten. Er appellierte an alle Länder und Kräfte, die Frieden und Gerechtigkeit lieben, Maßnahmen zu ergreifen, um Hanoi zur Einhaltung der UNO-Resolution und zum Abzug seiner Truppen aus Kampuchea zu zwingen. Bild: Nahrungsmitteltransport in den befreiten Gebieten. (S. S. 16/17)

Loderers und Hauenschilds Europaparlamentsrücktritte

Wenn sie nichts Falsches mehr vertreten können, dann lieber nichts

z.maf. Eugen Loderer und Karl Hauenschild sind aus dem Europaparlament zurückgetreten. Heinz Oskar Vetter ist immer noch drin und hält Willy Brandts Europaparlamentsfraktion die Stange, bzw. den Kopf hin. Man muß ans vergangene Frühjahr zurückdenken, sonst bleibt schwer begreiflich, weswegen zwei so vielversprechende politische Blüten so fruchtlos abfallen konnten. Es hätte nämlich eigentlich ganz anders laufen sollen. Das Stichwort heißt Braunlage. Dort spannten Ende März vergangenen Jahres die Hauptvorstandsmitglieder der IG Metall ihre Gedanken an und kamen auf das Folgende. Der Lohnkampf müsse aus dem Zentrum der gewerkschaftlichen Bemühungen heraus. Er sei zu schwierig und auch zu teuer. Stattdessen solle man sich auf die Humanisierung des Arbeitslebens verlegen. Vorausgegangen war der schlimme 4,3% / 13 Monate Abschluß der IG Metall, der einer ideologischen Verklärung dringend bedurfte. In führenden IG Metall-Kreisen muß man sich folgendes ausgerechnet haben. Niedrige Lohnabschlüsse führen zu hohen Profiten. Hohe Profite führen zu Investitionen. Investitionen führen zu einer ausgeweiteten Beschäftigung, diese zu einem Wachstum des Gesamteinkommens der Arbeiterbevölkerung, zu einem Wachstum des Steuereinkommens und zu einem Wachstum des Inhalts der Versicherungkassen. Dies wiederum führt zu der Möglichkeit, die Kapitalisten zu weiteren Investitionen zu verlocken, und zwar, indem man ihnen ,,hilft'', sei es über die Steuer oder über Zuschüsse aus den Versicherungskassen. Diese weiteren Investitionen führen zu einer weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes. Der Lohn muß so gut wie von selbst steigen. Wenn es dann gelingt, die Verkaufspreise der Landwirtschaft zu drücken, geht es der Arbeiterbevölkerung gleich noch besser. Und in dieser langsamen, aber stetigen Verbesserung bleibt für die Gewerkschaften die Aufgabe, der überintensiven Ausbeutung gewisse Schranken zu setzen, eben durch Humanisierung. Im EG-Parlament, das als erste Aufgabe hat, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu senken, könne man da gut mittun. Und bei der zweiten Aufgabe dieses Parlaments, der ,,Harmonisierung'' des Arbeits- und Steuerrechtes, könne man auf die Verwirklichung der Humanität achten; am besten so, daß für die westdeutsche Industrie ein Vorteil herauskommt gegenüber den anderen EG-Ländern und infolge der günstigen Konkurrenzlage auf dem Weltmarkt dann für die westdeutsche Arbeiterbewegung alles nochmal besser wird. Und so gewinnt dann die SPD die Wahlen und alles geht auf erweiterter Stufenleiter immer weiter. – Seifenblasen haben das so an sich, wenn die einer anfaßt, sind sie flupschdich weg und es bleibt ein nasser Tropfen. Der Intensivierungszugriff der Kapitalisten war nach dem niedrigen Abschluß brutal. Der Steuerzugriff der Regierung ebenfalls. Der Preiszugriff der Kapitalisten genauso. Von Loderers Lenzträumen hat sich nichts verwirklichen lassen. Außer der Hetze gegen die Bauern. Die Lohnbewegungen haben sich selbst ins Zentrum gerückt. Loderer wäre in die Lage gekommen, im EG-Parlament immer mehr für eine kämpfende Arbeiterbewegung sprechen zu müssen, deren politische Forderungen sich immer klarer herausbilden. Jetzt wird die Taktik geändert. Wurde vorher versucht, durch politische Seifenbläserei vom grundlegenden wirtschaftlichen Kampf abzulenken, so wird jetzt versucht, den wirtschaftlichen Kampf von politischen Forderungen freizuhalten. Das ist auch kein Deut besser.

Vier Jahre Kampf des Volkes von Ost-Timor gegen die indonesische Aggression



Seit Dezember 1975 führt Indonesien mit US-Waffen einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen das Volk von Ost-Timor. Unter Führung der FRETILIN kämpft das Volk heroisch gegen Bomben und Aushungerung.

z.gug. **Über 800000 „Schwerbehinderte" seien in Arbeit, 400000 mehr als vor fünf Jahren, meldet Ehrenberg.** Auf vier Mio. schätzt er die Zahl der „Behinderten", davon zwei Mio. Frühinvalide. Wen bezeichnen die bürgerlichen Parteien als „schwerbehindert"? 1974 verabschiedeten sie das „Schwerbehindertengesetz", das alle „Behinderten" zusammenfaßt, „ohne Rücksicht auf Art und Ursache ... gleichgültig ob es sich um Kriegs- und *Arbeits*opfer ... durch Geburt oder Krankheit der Behinderten handelt". (Ehrenberg) Ausgangspunkt staatlicher Fürsorge war das Hochschnellen der Zahl der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten der „Arbeitsopfer", die heute 1,5 Mio. Arbeiter beziehen. Als „schwerbehindert" kann jeder eingestuft werden, der z.B. wegen 30% Erwerbsunfähigkeit Antrag auf Rente stellt. Da nach den Gesetzen „Rehabilitation vor Rente geht", und sowohl das Rehabilitations- wie das Schwerbehindertengesetz eine Zumutbarkeitsklausel enthält, kann jeder eigentlich erwerbsunfähige Arbeiter zu weiterer Lohnarbeit gezwungen werden bei sonst drohender Streichung der Rente, bzw. des Kranken- oder Arbeitslosengeldes. Als Vorteil bietet ihm die Regierung mit dem Status „Schwerbehinderter" besseren Kündigungsschutz und kostenlose Fahrt zum Arbeitsplatz. Als Lohn erhält er 80% seines vorherigen Lohns, den während der Rehabilitation die Versicherungskassen zahlen. Otto Esser: „In einer Zeit der ständig fortschreitenden Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit erscheinen Rehabilitationsmaßnahmen auch unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt notwendig und sinnvoll." (Bundesarbeitsbl. 11/79) Ca. 76% aller Rehabilitationsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit umfaßten 1978 solche Arbeiter, die durch Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Krankheiten durch den Verschleiß im Produktionsprozeß „Behinderte" geworden sind, wodurch nebenbei die Unfallversicherung entlastet wird. Seit 1975 sind die Ärzte verpflichtet, den Kassen Rückgratverkrümmungen, schwere chronische Erkrankungen der Organe und des Stoffwechsels u.ä. zu melden zur „Früherkennung von Behinderten". Carstens hat sich in seiner Weihnachtsansprache nicht geniert, diese Politik als großartige Hilfeleistung an den „Behinderten" zu lobpreisen und den Kapitalisten vor allem die „jungen Körperbehinderten" zu empfehlen.

z.grg. **Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bun-**
habilitationsmaßnahmen der Bundes-
anstalt für Arbeit umfaßten 1978 solche Arbeiter, die durch Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Krankheiten durch den Verschleiß im Produktionsprozeß „Behinderte" geworden sind, wodurch nebenbei die Unfallversicherung entlastet wird. Seit 1975 sind die Ärzte verpflichtet, den Kassen Rückgratverkrümmungen, schwere chronische Erkrankungen der Organe und des Stoffwechsels u.ä. zu melden zur „Früherkennung von Behinderten". Carstens hat sich in seiner Weihnachtsansprache nicht geniert, diese Politik als großartige Hilfeleistung an den „Behinderten" zu lobpreisen und den Kapitalisten vor allem die „jungen Körperbehinderten" zu empfehlen.

z.grg. **Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit ist zu der überraschenden, allgemein bekannten, Feststellung gelangt, daß je niedriger das Haushaltseinkommen ist, immer mehr verheiratete Frauen arbeiten.** Die Hälfte der berufstätigen Frauen, die heute 37% aller Erwerbstätigen stellen, unterbrechen ihre Berufstätigkeit, wenn sie verheiratet sind, beim ersten Kind, ein Viertel der verheirateten berufstätigen Frauen erst beim zweiten und mehr Kindern. Bildungsminister Schmude hat ergänzend zu „Mädchen in Männerberufe" einen Vergleich über die „Chancengleichheit von Mädchen und Frauen im allgemeinen und beruflichen Bildungsbereich" zwischen einigen westlichen und europäischen Staaten, der DDR und den USA machen lassen. Wesentliches Ergebnis: Maßnahmen zur Förderung der „Chancengleichheit" seien besonders wirksam, wenn sie mit der Arbeitsmarktlage in Einklang stünden. Solche Maßnahme ist u.a. die Beseitigung des Nachtarbeitsverbots für Frauen, die im EG-Anpassungsgesetz für „Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz" vorgesehen ist. Das Gesetz hat der Bundestag Ende November 1979 gelesen und zunächst an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung geleitet.

z.gih. **Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft stellte zusammen mit dem Deutschen Studentenwerk die ersten Ergebnisse der 9. Sozialerhebung vor,** die das Deutsche Studentenwerk im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Sommersemester 1979 durchgeführt hat. 40000 Studenten sind über ihre wirtschaftliche und soziale Lage befragt worden. „BAFöG hilft Chancengleichheit verwirklichen", beteuerte Engholm, um gleich selbst einzuschränken: „Unerfreulich (sei) allerdings, daß der Anteil der Arbeiterkinder an Universitäten diesmal nur um 1 Prozent zugenommen hat. Die rechtlose Lage und vor allem das finanzielle Elend der Studenten enthüllt der Bericht: Die Erwerbstätigkeit der Studenten ist gestiegen. Im Sommersemester 1979 arbeiteten 39% neben dem Studium (1978: 35%). In den Ferien vor dem Sommersemester 1979 hat dagegen fast jeder zweite Student (49%) Geld verdient. Lag 1973 die Quote der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen, die nach dem BAFöG gefördert wurden, noch bei 39%, so ist sie über 1976 = 38% inzwischen für den Sommer 1979 auf 33% gesunken. Aus dem allgemeinen Fragebogen geht weiter hervor, daß jeder achte Student (12,5%) Schulden hatte, die er noch nicht zurückzahlen konnte. – Dagegen haben Studenten der Universität und Technischen Universität München gefordert: „... Die vds und die GEW haben im Jahr 1978 auf Grund von Erhebungen unter Studenten einen Höchstforderungsbetrag von 700 DM und einen Elternfreibetrag von 1400 DM gefordert ... Für das Jahr 1979 berechnet, ergäbe das einen Höchstförderungsbetrag von 730 DM und einen Elternfreibetrag von 1460 DM ... Wir sprechen uns deshalb für eine Berechnung des Förderungshöchstbetrages wie des Elternfreibetrages auf der Grundlage der Entwicklung des Durchschnittslohnes aus, weil sonst jede erkämpfte Lohnerhöhung unserer Eltern durch die Wirkung des BAFöG-Gesetzes zu unseren und auch zu ihren Lasten geht ..."

z.gug. **Jeder 189. Einwohner der BRD war 1977 bei den Sozialämtern als „Empfänger von Hilfe zur Pflege" verzeichnet.** 11,35 Mrd. DM wurden 1978 an ca. eine Viertelmillion ausgezahlt, der Sozialhilfesatz, der ländermäßig festgelegt wird, betrug im BRD-Durchschnitt 185 DM. 66% wurden als „Hilfen in besonderen Lebenslagen" gezahlt, bei denen es sich zum großen Teil um laufende Sozialhilfe an Rentner und erwerbsunfähige Arbeiter handelt. 13,9% von ihnen waren verheiratet, im Vergleich zu 49,4% Verheirateten bei der Wohnbevölkerung, bei denen, die zu Hause verpflegt wurden, haben dies zu 97% die Angehörigen gemacht, Zahlen, aus denen sich die intensive Familienpolitik der CDU erklärt. Die Hälfte der „Empfänger zur Hilfe zur Pflege" war in „öffentlichen Einrichtungen" untergebracht, in Westberlin davon zu einem Drittel in Krankenhäusern für chronisch Kranke und in geriatrischen (für Greise) Kliniken, im Saarland zum überwiegenden Teil in psychiatrischen und neurologischen Kliniken. In den Genuß solcher Sozialhilfe kommt nach dem Sozialhilfegesetz im übrigen nur der, dem das Sozialamt keine zumutbare Arbeit nachweisen kann.

ner und erwerbsunfähige Arbeiter handelt. 13,9% von ihnen waren verheiratet, im Vergleich zu 49,4% Verheirateten bei der Wohnbevölkerung, bei denen, die zu Hause verpflegt wurden, haben dies zu 97% die Angehörigen gemacht, Zahlen, aus denen sich die intensive Familienpolitik der CDU erklärt. Die Hälfte der „Empfänger zur Hilfe zur Pflege" war in „öffentlichen Einrichtungen" untergebracht, in Westberlin davon zu einem Drittel in Krankenhäusern für chronisch Kranke und in geriatrischen (für Greise) Kliniken, im Saarland zum überwiegenden Teil in psychiatrischen und neurologischen Kliniken. In den Genuß solcher Sozialhilfe kommt nach dem Sozialhilfegesetz im übrigen nur der, dem das Sozialamt keine zumutbare Arbeit nachweisen kann.



z.hej. **Hauff, Bundesforschungsminister, hat den vom TÜV Rheinland entwickelten Spezialmeßwagen „Thermobil" zum Aufspüren von Energieverlustquellen und der Bestimmung des Wärmeverlustes an Wohnbauten vorgestellt.** Das Thermobil ermöglicht mit Hilfe der Infrarottechnik die Messung und Auswertung der Wärmeverluste der Häuser durch Fenster, Dach und Wände – einfach, schnell, kostengünstig, genau und nun *mobil*. Seit 1975 hat der Minister das Projekt mit 2 Mio. DM gefördert. Um den Zwangsgesetzen zur Energieeinsparung an Gebäuden den nötigen Nachdruck zu verleihen, werden so „Energiesünder" ausfindig gemacht. Für die nachträglichen Isolierungsmaßnahmen werden die Wohnungskapitalisten aus dem 4,35 Mrd. DM Energiesparprogramm und mit Steuervergünstigung geschmiert. Ist eine Wohnung z.B. mit neuen Fenstern für 5000 DM energiesparmodernisiert, gibt es 25% Zuschuß. Die verbliebenen Kosten von 3750 DM werden zu *jährlich 11%* auf die Miete umgelegt – gleich 412,50 DM, geteilt durch 12 Mon. gleich 34,37 DM dauernde Mieterhöhung.

Erweiterung des Lastenausgleichs noch 1980 geplant

„Öffentl. Finanzierung bewährt" / Lohnsteuerzahler sollen noch mehr Vermögen entschädigen

z.her. Bundesinnenminister Baum nahm Ende November die Gelegenheit einer offiziellen Feierlichkeit wahr, die Pläne der Bundesregierung zu den „aktuellen Aufgaben der Eingliederung von Flüchtlingen und Aussiedlern" vorzustellen. Die Gelegenheit war die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes an den Vorsitzenden des Vorstandes der Lastenausgleichsbank, die seit mehr als 30 Jahren mit der Durchführung der Geldseite der Lastenausgleichsgesetze befaßt ist.

Drei Maßnahmenkomplexe werden hervorgehoben. 1. Die noch in dieser Legislaturperiode bevorstehende Novellierung des Gesetzes über die Lastenausgleichsbank. Mit dem Jahre 1979 laufen die Lastenausgleichsabgaben aus dem Gesetz von 1952 aus. In diesem Gesetz waren die Kapitalisten mit zur Finanzierung der Lastenausgleichszahlungen herangezogen worden. Sie hatten eine Vermögens-, eine Hypothekengewinn- und eine Kreditgewinnabgabe zu zahlen. Pro Jahr gingen dabei etwa 1,5 Mrd. DM ein – rechnet man mit 30 Jahren, kommt man auf 45 Mrd. DM. Die Lastenausgleichsbank gibt ihre Leistungen aber mit 113 Mrd. DM an. Mehr als die Hälfte des viel gerühmten Lastenausgleichs kommt aus Steuergeldern, in der Hauptsache wiederum aus Lohnsteuer; „gemeinsame Wiedergutmachung", was allein die deutsche Bourgeoisie verursacht hat. Und ein Großteil dieser Gelder dient dazu, Vermögen und Kapital zu ersetzen.

Die Zahl der Rentenempfänger aus dem Lastenausgleich ist von etwa 900000 Anfang der fünfziger Jahre auf rund 300000 1978 gesunken, bei etwa 14 Mio. „Eingegliederten" – hauptsächlich als Arbeitskräfte – im gleichen Zeitraum. Für diese Renten wurden bis 1978 etwa 40% der Mittel aufgewandt, 25% gingen als Hauptentschädigung im wesentlichen an Bourgeois aus den „deutschen Ostgebieten". Weitere Gesetze zur ausschließlichen Entschädigung für Verlust von Besitz und Vermögen wurden noch in den 60er Jahren neu erlassen. Eine Rente dagegen erhielt sowieso nur, wer über 65 Jahre alt oder erwerbsunfähig war, aber auch solche Leute, denen nach ihren früheren Einkommensverhältnissen eine Arbeit „nicht möglich oder zumutbar" ist. Nun soll der „Lastenausgleich" ausgeweitet werden auf die neueren Vorhaben der „Eingliederung", vorzugsweise in Richtung Polen, Rumänien, sowjetischer Bereich sowie Ostasien.

Als zweiten Punkt hebt der „Vertriebenenminister" Baum die guten Erfahrungen mit den bisherigen Sonderprogrammen hervor. Das für die Eingliederung von Aussiedlern aus Polen oder das Programm für die Ostasienflüchtlinge. Ein Sonderprogramm für ehemalige Deutsche aus sog. Krisengebieten ist auf der Tagesordnung – ein besonders reiches Feld für Vermögensentschädigung, für das die „beispiellos" genannte „Solidargemeinschaft des deutschen Volkes" zahlen soll.

Baums dritter aktueller Punkt ist die „Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit". Dieser Kulturpflege werde allmählich leider durch das Versterben der ostdeutschen Träger der Boden entzogen und deshalb habe eine allgemeinere und breitere Pflege desselben zu erfolgen. Eine Auswirkung besonderer Art z.B. in Polen selber wird erwartet: Man wisse, daß die Aussiedler enge Verwandte und Freunde „in Trauer" zurückgelassen hätten. Offensichtlich sollen sie dort als Garanten „ostdeutschen Kulturgutes" wirken. „Das Reich besteht weiter" – gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes wird seine Wiederherstellung – derzeit noch mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln – verstärkt und unablässig von der westdeutschen Bourgeoisie verfolgt. Überhaupt empfiehlt es sich, diese erweiterten „Hilfe-Programme" nicht als menschliches Rühren der Bundesregierung anzusehen.

Offiziere der Patriotischen Front stürmisch begrüßt

Manöver der Imperialisten, um Vorherrschaft zu erhalten

z.gkr. Die ersten Vertreter der Patriotischen Front, die offiziell wieder nach Zimbabwe durften, sind dort begeistert empfangen worden. Wenigstens 20000 Zimbabwer waren auf den Flughafen von Salisbury gekommen, um die 87 Kommandeure der Patriotischen Front, die bis Donnerstag aus Sambia und Mosambik in ihre Heimat zurückgekehrt sind, zu begrüßen. Am Samstag, 22. Dezember, hatte der britische Gouverneur Soames das von dem Siedlerregime verhängte Verbot der Patriotischen Front, auf Grund dessen Tausende von Freiheitskämpfern in die Gefängnisse des Rassistenregimes geworfen worden waren, aufgehoben. Am Tage danach demonstrierten Zehntausende von Zimbabwern für die Unterstützung der Patriotischen Front (Bild), obwohl der britische Statthalter



z.gkr. Die ersten Vertreter der Patriotischen Front, die offiziell wieder nach Zimbabwe durften, sind dort begeistert empfangen worden. Wenigstens 20000 Zimbabwer waren auf den Flughafen von Salisbury gekommen, um die 87 Kommandeure der Patriotischen Front, die bis Donnerstag aus Sambia und Mosambik in ihre Heimat zurückgekehrt sind, zu begrüßen. Am Samstag, 22. Dezember, hatte der britische Gouverneur Soames das von dem Siedlerregime verhängte Verbot der Patriotischen Front, auf Grund dessen Tausende von Freiheitskämpfern in die Gefängnisse des Rassistenregimes geworfen worden waren, aufgehoben. Am Tage danach demonstrierten Zehntausende von Zimbabwern für die Unterstützung der Patriotischen Front (Bild), obwohl der britische Statthalter mit der Aufhebung des Verbots die schikanöse Auflage verbunden hatte, daß Straßendemonstrationen 48 Stunden vor Beginn zur Genehmigung angemeldet werden müssen. Die Polizeieinheiten konnte er nicht gegen die Demonstrationen einsetzen.



Über 25000 Menschen demonstrierten am Sonntag, 23.12., allein in Seki, einer Vorstadt von Salisbury, zur Unterstützung der Patriotischen Front

Die 87 Kommandeure, die als erste nach Zimbabwe zurückgekehrt sind, haben die Aufgabe, die Durchführung des Waffenstillstandes mit zu überwachen. Während stündlich über Radio Mosambik ein Aufruf von Präsident Mugabe an die Kämpfer der Patriotischen Front gesendet wurde, sich in den Lagern zu sammeln, aber die Waffen nicht abzugeben und gleichzeitig nur auf die Befehle der eigenen Offiziere zu hören, erwiesen sich diese Vorsichtmaßnahmen wie die Warnungen der Patriotischen Front vor Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens als unbedingt notwendig: Die Patriotische Front hat inzwischen bei dem britischen Vizegouverneur Protest dagegen eingelegt, daß südafrikanische Soldaten in rhodesischer Uniform heimlich ins Land gebracht werden, um die Siedlertruppen zu verstärken. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, daß Todeskommandos zusammengestellt worden seien, um Guerillaführer zu ermorden. Der Überfall mehrerer bewaffneter Gangster auf das Haus Mugabes in Salisbury zeigt die Versuche der Imperialisten, mit allen Mitteln ihren Einfluß in Zimbabwe nach wie vor aufrechtzuerhalten. Unterstützung des Volkes von Zimbabwe gegen diese Machenschaften durch die Völker der Welt kann da nur nützlich sein: Im UNO-Sicherheitsrat wurden bei dem Beschluß zur Aufhebung der Sanktionen gleichzeitig die imperialistischen Staaten gerügt, die vorzeitig alleine einen solchen Beschluß gefaßt hatten.

z.elf. **Das Statistische Bundesamt stellt gegenwärtig die Preisindizes von 1970 auf das neue Basisjahr 1976 um.** Zur Beurteilung der Preisentwicklung für Lebenshaltungskosten muß der Anteil der einzelnen Waren und Dienstleistungen am Gesamtverbrauch ermittelt werden. Ein Ansteigen der Mietkosten beispielsweise fällt stärker ins Gewicht als ein Ansteigen der Kosten für Haushaltskerzen. Das Statistische Bundesamt hat den Verbrauch der verschiedenen Waren für 1976 ermittelt und in einem neuen „Warenkorb" gewichtet. Umsteigen auf relativ billigere Waren, der Zwang, notwendige Waren auch zu einem hohen Preis zu kaufen und das Eingehen neuer Waren in den Konsum haben den alten Warenkorb unbrauchbar gemacht. Für Nahrungs- und Genußmittel geben die Haushalte jetzt nur noch 25,6% gegenüber 33,3% im Jahre 1970 aus. Für Miete müssen sie 13,3% gegenüber 12,6%, für Energie 4,9% gegenüber 4,6%, für Verkehr und Nachrichtenübermittlung 14,8% gegenüber 10,5% und für Arzt und sonstige Dienstleistungen in der Gesundheitspflege 1,6% gegenüber 1,2% ausgeben. Der steigende Anteil der Ausgaben für Bildung und Unterhaltung (7,9% gegenüber 6%) ist Ergebnis der Verbilligung und des Sättigungsgrades bei vielen Haushaltsgeräten (10,1% gegenüber 11,3%). Der 4-Personen-Arbeiterhaushalt kann pro Kopf monatlich 155,57 DM für Nahrungsmittel ausgeben und damit knapp 23 DM weniger als der Haushalt des höheren Beamten.

z.hej. **Zum 100jährigen Firmenjubiläum verschenkt der Porzellankapitalist Rosenthal eine 50-DM-Aktie an die Belegschaftsmitglieder.** Bereits 1963 wurde das „Rosenthal-Modell", die Vermögensbildung durch Belegschaftsaktien, eingeführt. Rosenthal zahlt zu den tariflichen Leistungen einen Zuschuß von 33,80 DM im Monat. Bei 18,20 DM Eigenleistung ergibt ein 6-Jahres-Vertrag für ein Wertpapier-Aufbaukonto ein Erspartes von 7815 DM. Trotz großer Werbetrommel hat nur jeder zweite der ca. 7000 Belegschaftsmitglieder eine Aktie bei SPD-Mitglied Philip Rosenthal, der Vermögensbildung gegen Lohnforderungen mit der Jubiläumspolitur preist. Die andere Hälfte kann Rosenthal nur locken, weil sie darüber einen Teil fürs neue Auto aufsparen. Rosenthal aber hat für sechs Jahre 12 Mio. DM Lohngelder als sicheren Kredit für sein Kapital, mit dem er Profit scheffelt.

z.urb. **In einem Urteil vom 18.7.79 regelt und verschärft das Bundesverfassungsgericht die Bestimmungen zur Ausweisung auch von Ausländern mit Ehepartnern und Kindern deutscher Staatsangehörigkeit.** War sie bisher auf „besonders schwere Straftaten" beschränkt, heißt es im BVG-Urteil: „Besteht jedoch Wiederholungsgefahr oder soll die Ausweisung der Abschreckung anderer Ausländer dienen, dann ist abzuwägen, ob dennoch der weitere Aufenthalt des Ausländers hingenommen werden kann." Besonderes Augenmerk richtet sich auf die Bespitzelung und Gängelung der Familie im Zusammenhang mit der Befristung der Ausweisung. „Eine am Verhältnismäßigkeitsprinzip ausgerichtete Entscheidung über die Zulässigkeit einer generalpräventiv motivierten Ausweisung setzt voraus, daß die Ausländerbehörde die Umstände der Straftat und die persönlichen Verhältnisse der Betroffenen sorgfältig ermittelt." Dazu sollen die Familien, Arbeits- und Wohnverhältnisse bespitzelt und während der

Regierung Begin startet neues Aggressionsprogramm

Nach dem Sieg gegen die Verhaftung Shakaas Aufschwung der Kämpfe in Palästina

z.frb. In dem vom zionistischen Militärapparat 1967 besetzten Teil Palästinas gehen die Protestdemonstrationen der palästinensischen Bevölkerung nach dem Sieg gegen die Ausweisungsdrohung und Verhaftung des Bürgermeisters von Nablus, Bassam Shakaa, unvermindert weiter. Am 18.12. konnte die Besatzermacht nur durch Einsatz von Tränengas eine Demonstration 20 km südlich von Jerusalem auflösen. Israelische Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen. Die Aktion richtete sich gegen die Ermordung zweier PLO-Funktionäre durch ein zionistisches Mordkommando in Nikosia. 15 Jugendliche verhaftete die Besatzertruppe, der Bürgermeister von Halhoul wurde ins Hauptquartier der Militärregierung verbracht. Tags zuvor hatten sich die palästinensischen Bürgermeister in Nablus und Ramallah zu Protestversammlungen gegen die neuerlichen zionistischen Landdiebstähle getroffen. Eine Demonstration am neu festgelegten Ort der Elon-Moreh-Siedlung mußte durch Militärsperren aufgehalten werden. Weitere Aktionen richten sich gegen die Preiserhöhungen, die die zionistische Regierung in ihrem gesamten Machtbereich verfügt hat.

Die offensichtliche Unmöglichkeit, die Atempause, die das Camp-David-Abkommen den Zionisten verliehen hatte, zur Infiltration und Unterdrückung des Kampfes der palästinensischen Volksmassen zu nutzen, hat zum Krach in der Regierung Begin geführt in den letzten Wochen. Leuten wie Dayan ist Begins Programm zu durchsichtig. Er geht davon aus, daß der bloße Militärstiefel auf Dauer zu teuer kommt und den Grad der Ausbeutung einschränkt, wenn er nicht ergänzt wird durch die Tätigkeit einiger Marionetten. Er verließ die Regierung. Begin verstärkte den Terror in den besetzten Gebieten und die Bombardierungen Südlibanons und versucht, durch ein forciertes Siedlungsprogramm vollendete Tatsachen zu schaffen, ein Stützpunktnetz aufziehen, ehe die bewaffnete Macht der Palästinenser stark genug ist, dies zu verhindern. Die Fortführung der „Autonomie"-Verhandlungen mit Ägypten dient ihm dabei dazu, seine Militärmacht auf das besetzte Westufer, Gaza und Golan zu konzentrieren. Denn, so ließ er zur 7. Runde der Verhandlungen am 18.12. erklären, an einen Rückzug aus diesen Gebieten ist nicht zu denken.

Tatsächlich hat sich über die Auseinandersetzung um Elon Moreh erstmals die Regierung auf ein *umfassendes Siedlungsprogramm* festgelegt. Am 22.10. hatte das oberste Gericht der Zionisten entschieden, daß die Siedlung zu räumen sei, weil sie nicht nur Land in Besitz des jordanischen Staates, sondern auch privates Land beschlagnahmt hatte, und weil die Initiative zur Gründung nicht von sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ausgegangen sei. Keine drei Wochen später meldet das israelische Fernsehen: „Das Verteidigungsministerium hat einen Plan zum Bau von 46000 Wohnungen in fünf Siedlungsblöcken in Judäa und Samaria ohne Enteignung von Privatland ausgearbeitet." Und der stellvertretende Kriegsminister ergänzt: „In den befreiten Gebieten haben wir heute 90 Siedlungen, einschließlich 12 Nahal-Stützpunkte. Zusätzlich haben der Ministerausschuß und das Kabinett der Gründung von 19 Siedlungen zugestimmt." Das Fehlen eines detaillierten und finanziell abgesicherten Planes habe die Siedlungsaktivität bisher behindert, damit sei nun Schluß. Für den Siedlungsplan würden 60 Mrd. israelische Pfund bereitgestellt (ca. 3,6 Mrd. DM); ⅔ der bisher errichteten Siedlungen befänden sich in Finanznot. Dieser Tage hieß es, 1980 sollten 6000 Wohnungseinheiten errichtet werden, 1000 am Golan, 300 in Gaza, 4700 am Westufer. Nach Angaben der zionistischen Regionalräte haben sich schon jetzt 100000 Siedler auf neubesetztem Boden niedergelassen. Die Verlegung der Elon-Moreh-Siedlung auf den Jabal Al-Kabir ein paar km nach Süden, die die zionistische Regierung am 9. Dezember anordnete, sollte den Auftakt zu dem neuen Großangriff bilden.

Die Zionisten und die hinter ihnen stehenden USA-Imperialisten hatten gehofft, durch die Beraubung weiteren Bodens und die Verwandlung der palästinensischen Bauern in eine jederzeit greifbereite Reserve für Plantagen- und Fabrikarbeiter solche Extraprofite zu erzielen, daß daraus die Finanzierung des Militärapparates nebenbei abfällt. Inzwischen ist dieser Traum in einer Inflationsrate von 100% und einem Rekord-Defizit im Außenhandel ertrunken. Ende November legte der ausgewechselte Finanzminister ein drastisches Sanierungsprogramm vor. Investitionssubventionen wurden gestrichen. Das Kreditvolumen wird festgeschrieben, bei nicht bewilligter Kontenüberziehung wird ein Strafzins von 135% fällig. Da die Unternehmen mit durchschnittlich 10% Eigenkapital arbeiten, muß man auf die Pleitewelle nicht lange warten. Auch die Landwirtschaft, die zuerst vom Bodenraub profitiert und bislang als Stütze des Exports – neben der Diamantenschleiferei – die notwendigen Industrie- und Waffenimporte finanzierte, ist schwer angeschlagen. Seit August sind die Kosten um 40% gestiegen, die Exporteinnahmen aus US-Dollar aber nur um 29,2%, aus DM um 37%. Zwecks Exportsteigerung waren nach der Niederkunft des Geistes von Camp David teure Treibhäuser mit hochverzinslichen Krediten errichtet worden, deren Betrieb sich nun nicht lohnt. Und die Kredite können nicht verlängert werden.

Milch, Molkereiprodukte, Speisefette und Öle wurden dieser Tage um 50–100% teurer. Denn die Subventionen für Nahrungsmittel werden gestrichen. Post, Strom und Verkehrstarife wurden 40–70% teurer. Die Löhne dürfen höchstens bis zur Inflationsrate erhöht werden.

PLO-Vorsitzender Arafat wies darauf hin, daß die Zionisten sich veranlaßt sehen könnten, neuerlich einen Aggressionskrieg anzuzetteln. Begin ließ letzte Woche seinen Verteidigungsminister nach Washington pilgern, um dort um 4,35 Mrd. $ US-Hilfe nachzusuchen, statt der jetzigen 1,8 Mrd. Diese werden nämlich nicht einmal reichen, die fälligen Tilgungen für Auslandsschulden zu finanzieren. Die US-Imperialisten aber sind nicht bereit, jede Summe für ihren Stützpunkt zuzuschießen. Begin soll ruhig zappeln und in seiner Angst die Peitsche knallen lassen. Je wilder er sich aufführt, umso feiner steht der Menschenrechtler Carter da und umso freier kann er handeln. Ist Begin abgenutzt, aber die Siedlerstützpunkte errichtet, so könnte er sich mit den Sozialimperialisten ungefähr dort treffen, was jene als Weg angeben: Palästinensischer Nationalstaat auf dem Westufer unter gleichzeitigen „festen internationalen Garantien" für einen Staat Israel. Kann das neuerliche zionistische Siedlungsprogramm verhindert werden, so schwindet auch die Basis solcher imperialistischer Zukunftspläne.



20000 Wohnungen haben die Zionisten auf dem Westufer gesprengt und 28% des Landes beschlagnahmt. Nur die Macht ihrer Panzer schützt sie noch.



Kein Tannenbaum, keine Kerzen, keine Geschenke – aber wenigstens Grüße aus der Heimat. Diese vier amerikanischen Geiseln in der Botschaft in Teheran wühlen in Weihnachtskarten. Nicht nur die Angehörigen, auch Hunderttausende schrieben ihnen: Wir denken an Euch! In Amerika beteten die Menschen für die Rückkehr der Geiseln. Wie Wallapa Temseth, mit der Kerze in der Hand. Ihren Mann halten die Besetzer seit 54 Tagen gefangen.

„Gefesselt, gequält: Das Leiden der 63 Geiseln"

Presseberichte von der Front

z.güv. Bild 5.11. 100 Geiseln! Gebt uns den Schah! US-Botschaft gestürmt / *Bild 6.11.* Khomeini: Schah her oder Öl-Stopp / *Bild 7.11.* Schah: Großer Tumor im Nacken! Ende? / Teheran: Wir erschießen die Geiseln! / *Bild 8.11.* Gefesselt, gequält: das Leiden der 63 Geiseln / *Bild 9.11.* Schah will sich für Geiseln opfern! / *Bild 10.11.* Sturm auf US-Botschaft? / US-Kriegsschiffe in Warteposition / Terror-Chef: Wir bleiben hart! / *Bild 12.12.* Mit wem soll Präsident Carter verhandeln? Niemand weiß mehr, wer was in Persien zu sagen hat, fanatische Horden morden willkürlich. / Teheraner US-Botschaft (100 Geiseln, davon 63 Amerikaner) / *Bild 13.11.* Perser immer irrer / Geiseln fünf Jahre gefangen? / *Bild 15.11.* Schah zum Skelett abgemagert: Tumor groß wie Tennisball / *Bild 19.11.* Läßt Khomeini den Geiseln die Hände abhacken? / *Bild 20.11.* Geiseln: So haben sie uns gequält / „Anfangs waren wir ständig an Händen und Füßen gefesselt. Später mußten wir 16 Stunden lang tatsächlich mit gefesselten Händen auf einem harten Stuhl sitzen – das war das Schlimmste" / Die Angst vor den waffenstrotzenden fanatischen Studenten habe viele seelisch durcheinandergebracht, vermuten Ärzte / *Bild 26.11.* Geiseln noch immer gefesselt – ohne Sonnenlicht! / *Bild 28.11.* Geiseln sitzen jetzt auf Todesminen / *Bild 29.11.* Geiseln: Drei Wochen nicht gebadet, stumm, gefesselt / Wer spricht, wird geschlagen / „Es ist eine Schande für die Zivilisation", sagte Präsident Carter / Sie dürfen kein einziges Wort miteinander reden / *Bild 1.12.* Teheran: Geiseln ins Gefängnis geschleppt? / *Bild 2.12.* Kein Lebenszeichen mehr von den Geiseln / Tot? Hingerichtet? Verschleppt? Ganz Amerika sorgt sich am 29. Tag der Geiselnahme von Teheran um das Schicksal der 50 unschuldigen Männer und Frauen / *Bild 4.12.* BILD sprach mit den Besetzern / Wir hängen die Geiseln auf / Geiseln leben! / *Bild 5.12.* Scheel: „... unsere Gedanken sind bei den Geiseln" / *Bild 7.12.* Marine-Soldat auf Tonband: „Ich möchte meine Familie beruhigen, es geht mir gut ..." / Präsident Carter kündigt an: „Ich werde die Schraube täglich fester anziehen, bis die Geiseln frei sind." / *Die Welt 12.12.* Der kalifornische Psychologe Dr. Lewis West zum Interview der Geisel Gallegos: Gehirnwäsche in ihrer ersten Anwendungsstufe / *Bild 15.12.* Ein Stern leuchtet für die Geiseln / Wegen der Geiseln in der Teheraner Botschaft bleiben die elektrischen Kerzen am großen Weihnachtsbaum des Weißen Hauses in diesem Jahr dunkel. Nur ganz oben leuchtet ein kleiner Stern – Präsident Carter: „Als Zeichen unserer Hoffnung" / *Bild 16.12.* Der Schah im Sonderjet nach Panama / *Bild 17.12.* Schah weg! Alle beten für die Geiseln / Schmidt: „... Wir können keine Soldaten schicken. NATO-Vertrag und Grundgesetz sind die zwei Barrieren ..." / *Bild 22.12.* Nervenkrieg um Geiseln / Weihnachten frei? / *Bild 23.12.* Iran – 50 Geiseln noch heute frei? / Atom-Flugzeugträger im Anmarsch / *Bild 24.12.* Teheran: Gemeinsam geweint und gebetet – wo sind die 7 Geiseln? / „... sie waren nicht mehr gefesselt, einige aber schon seelisch gebrochen. Am meisten interessierten die Gefangenen die letzten Ergebnisse der ammerikanischen Football-Liga / *Süddt. Ztg., 28.12.* Zu der Unstimmigkeit über die Zahl der Geiseln meinte einer der drei, William Coffin, der vor Eintritt in das geistliche Amt für den Geheimdienst CIA tätig war, es sei möglich, daß einige der Botschaftsangehörigen „dubiose Doppelidentitäten" benutzt hätten. Die Beamten des Außenministeriums in Washington wüßten, wer sich in der besetzten Botschaft befinde, sagte er. „Sie haben Angst, daß einer zwei Namen hat, und sie wissen nicht, welchen er benutzt", meinte Coffin.



Ein Präsident betet: Jimmy Carter bei einer Messe in Washington, an der auch Angehörige der Teheraner Geiseln teilnahmen. FOTO: UPI

befristeten Zeit der Ausweisung weiter verfolgt werden.

z.doj. **In einem Revisionsurteil vom 13.12.79 entschied das Bundesverwaltungsgericht, daß das Entlassungsverbot für schwangere Beamtinnen auf Widerruf nicht gilt.** Eine Lehrerin war nach der 2. Staatsprüfung – trotz Zwischennachricht vom Dienstherrn über die Übernahme ins Beamtenverhältnis – nicht in den Schuldienst eingestellt worden. Begründung: Das Ausbildungsverhältnis sei beendet und „gleiche Chancen" bei der Stellenbesetzung müßten gewährleistet sein.

z.frb. **Scheinheilig geben sich die Banken über die Entwicklung der Aktienbörse 1979 trotz gestiegener Dividende „enttäuscht".** Knapp 4,5 Mrd. DM, einschließlich Steuergutschrift 7 Mrd., schütteten die Aktiengesellschaften als Dividende aus. Das sind 5% mehr als im Vorjahr. Unzufrieden ist die Börse mit den seit Herbst 1978 sinkenden Kursen. – Anders die Entwicklung am Rentenmarkt, an dem festverzinsliche Papiere, Anleihen usw. gehandelt werden. Hier übertraf die Summe der neu verkauften Papiere bis Oktober das Vorjahresergebnis um 11%. Allerdings, hiervon wurden knapp 60% für Tilgungen alter Anleihen finanziert, weitere 32 Mrd. DM, d.h. 31% durch Zinszahlungen für laufende Anleihen. – Völlig im Gegensatz zu den Vorjahren wurde der Großteil der Rentenpapiere von „privaten Haushalten" erworben, während die Banken, sonst mit mindestens 50% dabei, fast nicht von der Partie waren. Die Bourgeoispersonen sind so flüssig, daß sie mehr als früher anzulegen haben. Die Banken haben sich vom Kapitalmarkt zurückgezogen, weil sie mit direkten Krediten, nach denen die Geschäftswelt das ganze Jahr schrie wie noch selten, gegenwärtig das dickere Geschäft machen. – Insgesamt fand und findet sich eine Verschiebung des freien Geldkapitals von der Aktie zum Rentenpapier (das eine Form des Kredits ist) und – bei den Banken – vom Rentenmarkt zum Bankkredit. Damit stärken die Banken ihren Zugriff auf die Wirtschaftsunternehmen und warten auf die Abrechnung in der Krise. In der Bauwirtschaft, die bloß auf Kredit lebt und jetzt im Boom schwelgt, künden die gesunkenen Baugenehmigungen bereits von den sicheren Pleiten.



z.tit. **Nach Klasen und Emminger wird ab 1.1.1980 zum dritten Mal ein Mann der Wahl Helmut Schmidts Präsident der Deutschen Bundesbank: Diplom-Volkswirt Karl Otto Pöhl.** Pöhl begann seine Karriere als Wirtschaftsjournalist, wurde Mitte der 60er Jahre Geschäftsführer beim Bundesverband Deutscher Banken, um dann von Schiller ins Wirtschaftsministerium geholt zu werden. Brandt hievte ihn ins Kanzleramt, Schmidt (und danach Apel) bildete ihn anschließend im Finanzministerium. So hat der Mann alle Geschäfte gelernt, die ein Staatsbankier fördern muß. Mit 350000 DM im Jahr gegen niedere Motive gefeit, hat er sich vorgenommen, „das Geld knapp zu halten", insbesondere im Hinblick auf die Öl- und Währungsfront „... und eine harte Lohnrunde steht für 1980 wohl auch noch bevor".

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

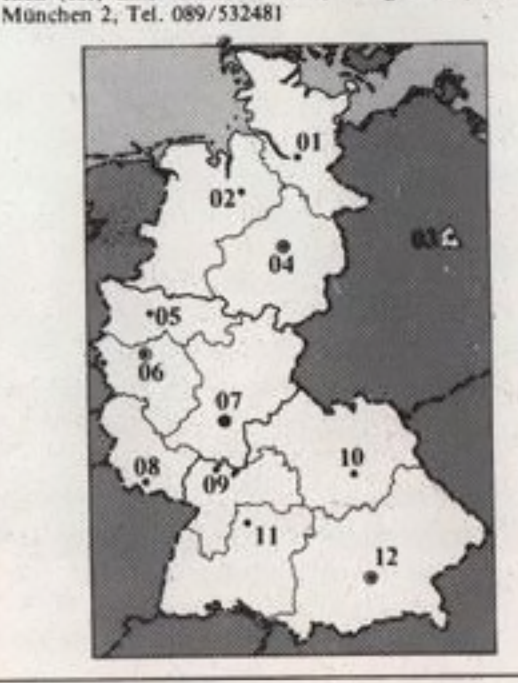
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hör. **Am 19.12.79 forderte der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Kapitalistenverbandes und Mitglied des BDI, Dr. Murmann, verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.** Gerade angesichts des wieder härter werdenden Verteilungskampfes sei die Produktivvermögensbildung ein wichtiges Instrument zur Entkrampfung des Sozialkonflikts. ,,Derjenige, der selbst am Gewinn beteiligt ist, denkt über rationelles Wirtschaften und den Unternehmererfolg anders als jemand, der ausschließlich Lohn bezieht.'' Murmann forderte die tarifliche Absicherung dieser Vorhaben. In Hamburg praktiziert der Hafenkapitalist Eckelmann (Eurokai KG) bereits die Vergabe einer Produktivitätszulage, die an die Anwesenheitstage der Beschäftigten gekoppelt ist. Indem im Jahr rund 400 DM vom Lohn abgespart und für 6 Jahre fest bei Eckelmann angelegt werden, kann sich der einzelne eine Beteiligung von 1000 DM bei der Firma erwerben. Würden alle 3500 Beschäftigten am Eurokai einen Teil ihres Lohns so anlegen, hätte Eckelmann ein zusätzliches Kapital von 1,4 Mio. DM. Die Kapitalisten wollen auf diese Weise ihr Kapital vergrößern und andererseits die Beschäftigten ideologisch fesseln.

b.wal.Hamburg. **Am 28.12.79 begann vor der Großen Strafkammer 23 der Prozeß gegen 8 iranische Studenten.** Anklagevorwurf: Sie sollen im Juli einen SAVAK-Agenten genötigt, beraubt und geschlagen haben. Praktischerweise ist eben jener SAVAK-Agent Jussufbeik auch der einzige Zeuge. Umgekehrt proportional zur Dürftigkeit der Anklage ist der Aufwand, um die Verurteilung der Angeklagten gleich vorneweg zu rechtfertigen. Der Prozeß wurde im Staatsschutzsaal 237, mit Trennscheibe, Extraeingang für Zuhörer und massivem Polizeiaufgebot eröffnet. Alle Anträge der Verteidigung auf Verlegung des Prozesses in den ursprünglich vorgesehenen Verhandlungssaal und sodann auf Einstellung des Prozesses, weil die Anklageschrift nichts ist als ein Lügengebäude, wurden abgelehnt. All das steht in einer Linie mit der 4 Wochen bis 3 Monate dauernden Inhaftierung, der die Studenten im Sommer ausgesetzt waren. Die Fortschritte der iranischen Revolution haben das Gericht gezwungen, den Anklagevorwurf der Verschleppung fallenzulassen; es hätte beweisen müssen, daß der Iran ein ,,Unrechtsstaat'' ist. Das es mit nichts in der Hand trotzdem eine hohe Verurteilung durchsetzen will, zeigt die Fortsetzung des Angriffes der BRD-Imperialisten auf die iranische Revolution. Anders als durch politische Aktionen wird der Prozeß nicht zu Fall gebracht.

Agent Jussufbeik auch der einzige Zeuge. Umgekehrt proportional zur Dürftigkeit der Anklage ist der Aufwand, um die Verurteilung der Angeklagten gleich vorneweg zu rechtfertigen. Der Prozeß wurde im Staatsschutzsaal 237, mit Trennscheibe, Extraeingang für Zuhörer und massivem Polizeiaufgebot eröffnet. Alle Anträge der Verteidigung auf Verlegung des Prozesses in den ursprünglich vorgesehenen Verhandlungssaal und sodann auf Einstellung des Prozesses, weil die Anklageschrift nichts ist als ein Lügengebäude, wurden abgelehnt. All das steht in einer Linie mit der 4 Wochen bis 3 Monate dauernden Inhaftierung, der die Studenten im Sommer ausgesetzt waren. Die Fortschritte der iranischen Revolution haben das Gericht gezwungen, den Anklagevorwurf der Verschleppung fallenzulassen; es hätte beweisen müssen, daß der Iran ein ,,Unrechtsstaat'' ist. Das es mit nichts in der Hand trotzdem eine hohe Verurteilung durchsetzen will, zeigt die Fortsetzung des Angriffes der BRD-Imperialisten auf die iranische Revolution. Anders als durch politische Aktionen wird der Prozeß nicht zu Fall gebracht.

b.sis. **Vor der ,,Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e.V.'' spricht der Präses der Handelskammer Schlenker.** Unter den ca. 1500 Gästen (von links) Dr. John Henry de



la Trobe (Schiffahrtsgesellschaft Hamburg Süd), die Bürgermeister Elstner und Klose.

b.clm. **Zu insgesamt 23000 DM Geldstrafe hat das Amtsgericht Flensburg unter Vorsitz des Richter Martens am 28.12. elf Angeklagte wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Gefangenenbefreiung verurteilt.** Angeklagt war die Verteidigung eines nicht genehmigten Informationsstandes gegen die Verbotsanträge der CDU gegen revolutionäre Organisationen 1977. Die Staatsanwaltschaft hatte teilweise Gefängnisstrafen beantragt. Das Gericht begründete das Urteil damit, daß insbesondere die Unterstützung der Bevölkerung ,,zu einer kriegsähnlichen Situation geführt habe''.

b.kaq.Lübeck. **6,59 Mio. DM hat der Wirtschaftsminister Westphal aus den Mitteln zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für den 3. Bauabschnitt des 7. Fähranlegers am Skandinavienkai in Travemünde bewilligt.** Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf 13,18 Mio. DM. 10 Mio. DM wurden bereits bis 1979 für die ersten beiden Bauabschnitte des 7. Fähranlegers verbaut. Mit der Fertigstellung wird ein Anlegeplatz für Fähr- und Frachtschiffe mit einer Abstellfläche von 18000 m² geschaffen. Mit diesem Ausbau soll Lübeck, als größter westdeutscher Ostseehafen mit einem Güterum-



schlag von über 10 Mio. Tonnen, zum entscheidenden Umschlagplatz für den Skandinavienhandel werden.

b.uwz.Hamburg. **Am 19.12.79 brach die IG Metall die Tarifverhandlungen mit der ,,Tarifvereinigung für die Hamburger Metallhandwerke'' ergebnislos ab.** Die Innungen wollten die Forderung der IGM nach 10,5% mehr Lohn und Gehalt, die 163,67 DM für die unterste Lohngruppe III bedeutet, nicht erfüllen (LG I und LG II wurden durch den Kampf der Beschäftigten bereits gestrichen). Unter dem Druck, daß sich immer mehr Arbeiter und Angestellte im Handwerk in der IGM organisiert haben, mußten die Innungen die Lohnleitlinie der Kapitalistenverbände mit einem Angebot von 6,6% und der Erhöhung des Montagezuschlages um 0,10 DM selber überschreiten. Dennoch bedeutet dies für LG III nur 102 DM bzw. bei K2/T2 87 DM. Den Montagezuschlag (jetzt 0,90 DM /Stunde) erhält nicht jeder. Über weitere Schritte im Lohnkampf Metallhandwerk entscheidet die Tarifkommission im Januar.

durch den Kampf der Beschäftigten bereits gestrichen). Unter dem Druck, daß sich immer mehr Arbeiter und Angestellte im Handwerk in der IGM organisiert haben, mußten die Innungen die Lohnleitlinie der Kapitalistenverbände mit einem Angebot von 6,6% und der Erhöhung des Montagezuschlages um 0,10 DM selber überschreiten. Dennoch bedeutet dies für LG III nur 102 DM bzw. bei K2/T2 87 DM. Den Montagezuschlag (jetzt 0,90 DM /Stunde) erhält nicht jeder. Über weitere Schritte im Lohnkampf Metallhandwerk entscheidet die Tarifkommission im Januar.

b.bam. **Die Rundfunk-Fernseh-Film-Unionon (RFFU) will das Streikrecht für die Arbeiter und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch eine Feststellungsklage beim Bundesarbeitsgericht durchsetzen.** Kollegen von der Technik, Produktion, Sekretärinnen, Redakteure und freie Mitarbeiter beim NDR Hamburg organisierten spontan Treffen, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Das ist ein wichtiger Schritt im Zusammenschluß der Kollegen zur Vertretung ihrer selbständigen Interessen. In einem Brief an den Verbandsvorstand fordern sie u.a.: – Bericht über Vorbereitung und Durchführung der Aktionen am Streiktag – Veröffentlichung von Streikbrecher-Aktivitäten – Vorlage eines Modells für schnelle, spontane Arbeitsniederlegungen – Herausnahme der Gewerkschaftsbeiträge aus der Gehaltsabrechnung. Klar, daß die Kollegen selbst auch Vorschläge für einen spontanen Streik ausarbeiten werden.

b.bam. **Die Rundfunk-Fernseh-Film-Unionon (RFFU) will das Streikrecht für die Arbeiter und Angestellten der öffentlich-rechtlichen Anstalten durch eine Feststellungsklage beim Bundesarbeitsgericht durchsetzen.** Kollegen von der Technik, Produktion, Sekretärinnen, Redakteure und freie Mitarbeiter beim NDR Hamburg organisierten spontan Treffen, um über weitere Kampfmaßnahmen zu beraten. Das ist ein wichtiger Schritt im Zusammen-

b.mee.Behrendorf. **Zum dritten Mal hat die Gemeindevertretung Behrendorf fabrikmäßige Schweinehaltung durch die Pig-Improvement abgelehnt.** Die Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises Nordfriesland hatte der Gemeinde eine Frist gesetzt, um ihr Nein zurückzunehmen. Durchsetzen wollte der Kreis das, indem er den Kreistierarzt Dr. Runge und den Amtsarzt Storm von der Bauverwaltung auf die Gemeindevertretung schickte. Diese fanden wenig Gehör. Bürgermeister Hinrichsen meinte, der Kreis beschließe sowieso, was er wolle, man solle nicht lange debattieren, sondern abstimmen. Das Ergebnis fiel diesmal noch deutlicher gegen den Kreis aus als beim zweiten Mal. Daraufhin wurde, den Gemeindevertretern von seiten der Kommunalaufsichtsbehörde vorgehalten, die Begründung, keine fabrikmäßige Schweinehaltung in Behrendorf, sei nach geltendem Recht nicht haltbar. Der Gemeindevertreter Friedrichsen griff daraufhin die Bevormundung durch den Kreis an und äußerte, daß die Gemeinde, was immer sie auch beschließe, offensichtlich keinen Einfluß habe. Die Behrendorfer haben Erfahrung mit der Pig-Improvement. Seit zehn Jahren betreibt sie auf einem hermetisch abgeriegelten Pachthof Sauenzucht. Zutritt ist verboten. Kadaver liegen in der Feldmark und müssen dort von der Viehverwertung abgeholt werden. Gewerbesteuern zahlt Pig-Improvement dort nicht, weil es sich um einen Zweigbetrieb handelt, dessen Hauptsitz sich in Schleswig befindet.

Dreistes zum Thema Leistung

Kapitalistenverband: ,,Untere Lohngruppen leisten weniger'' / IGM gegen Presselügen

Dr. Wolfslast, Landesvereinigung Arbeitgeberverbände Niedersachsen:

,,... Ich glaube, daß die Konjunkturabschwächungstendenzen durch solche Forderungen, wie wir sie von den OPEC-Ländern haben, aber eben auch durch solche Forderungen, wie wir von den Gewerkschaften jetzt auf dem Tisch liegen haben, die ja weit über 10% gehen, geradezu provoziert werden. Das wäre das eine, und das zweite, was ich sagen möchte, ist, daß wir in Niedersachsen eine besondere Struktur hier auch in der Metallindustrie haben. Wir haben gerade Bereiche, die sehr stark hängen am Automobil. Das ist manchmal günstig, 1980 aber sicherlich nicht günstig, weil die Automobilnachfrage sich nicht besonders positiv entwickeln wird. Und wir haben in Niedersachsen einen relativ hohen Anteil der Elektroindustrie, konsumgüterorientiert, die wahrscheinlich in nächsten Jahr noch schwächer expandieren wird, als das schon 1979 gewesen ist ...

... Wir sehen im Grunde genommen gerade in dieser Forderung ein großes Problem, weil es sich hier um Arbeitsplätze handelt, die viel leichter als zum Beispiel Facharbeiterplätze durch zum Beispiel Kapitaleinsatz oder durch Verlagerung der Produktion ins Ausland substituiert werden können. Ich meine, man muß sicherlich irgendwo auch Verständnis für die Position haben, daß man sagt wie Herr Buhl (IGM Niedersachsen): Die Butter wird praktisch für jeden teurer und vielleicht für den Ungelernten besonders stark. Nur: Dann ist es Aufgabe der staatlichen Sozialpolitik, dagegen zu steuern. Ich glaube, wir sind in der Vergangenheit sehr gut beraten gewesen, daß wir ein sehr deutliches Leistungsprinzip in unseren Betrieben gehabt haben, ja zusammen auch mit den Gewerkschaften. Und wo dieses nicht ausreicht, hat die staatliche Sozialpolitik zu korrigieren, nicht die Tarifpolitik. Denn wenn ich einen Rasierapparat oder was kaufe, dann frage ich im Grunde genommen nicht, ob da nun viele Frauen gesessen haben oder viele Männer mit vielen Kindern und ich weiß nicht, was alles, sondern ich kaufe den billigsten Rasierapparat. Und wenn der eben aus Taiwan kommt, dann ist es schlecht für die Arbeitsplätze hier in Deutschland ...

Ich würde doch sagen, daß die 4,3% trotz der höheren Inflation, die wir alle gemeinsam beklagen, immer noch dazu geführt haben, daß die reale Nettokaufkraftsteigerung der Arbeitnehmer auch in der niedersächsischen Metallindustrie noch immer zwischen 2 und 3% gelegen hat ...''
(NDR II, 28.12., Umschau am Abend)

Leserbrief von H. Wullenkord von der IGM-Verwaltungsstelle Bielefeld in der ,,Neuen Westfälischen'' gegen einen Zeitungsbericht über die IGM-Vertreterversammlung:

,,Die Überschrift ,Nicht mal zweistellig' soll offensichtlich beim Leser den Eindruck erwecken, daß die Gremien der Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Bielefeld im Gegensatz zu anderen Verwaltungsstellen eine zu niedrige Forderung für die weiterverarbeitende Industrie erhoben haben. Mit keinem Wort wird auf die Struktur der Forderung eingegangen. – Eine Erhöhung des Ecklohns um 9,5% macht 0,83 DM aus. Um diesen Betrag sollen die Tariflöhne der Lohngruppen 2 bis 6 erhöht werden, und das gibt ein Gesamtvolumen von 10,2%, und dies ist doch wohl zweistellig! – ...Nun verhehle ich nicht, daß bei der Aufstellung der Forderungen schon Erfolg und Mißerfolg festgelegt wird... Inwieweit die Forderungen durchzusetzen sind, wird die Zukunft zeigen. Wir vertrauen auf die Solidarität unserer Kolleginnen und Kollegen. Das hilft uns mehr als solche Zeitungsartikel.''

Tarifkampf in der holzverarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe / GHK fordert 9 Prozent

r.rav. Die Gewerkschaft Holz- und Kunststoff (GHK) hat zum 31.12.1979 den Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Holzindustrie und das Serienmöbelhandwerk in Westfalen-Lippe gekündigt. Vergleicht man die Lohntarife dieses Tarifbezirks mit denen der metallverarbeitenden Industrie von NRW, so fällt sofort auf, daß es bei den Zeitlöhnern nur fünf Lohngruppen gibt gegenüber neun im Metallbereich, d.h. die Spreizung des tariflichen Lohngefüges ist nicht so gewaltig. Bezieht man die unter 17-jährigen Arbeiter ein, so geht die Spreizung bei Holz von 1022 bis 1603 DM und im Metallbereich von 745 bis 2063 DM. Die niedrigste Lohngruppe 1 liegt mit 7,88 DM, das sind 85% des Ecklohns, noch über der Lohngruppe 4 (7,70 DM) in der Metallindustrie (s. Schaubild). Gerade auf die Anhebung der unteren Lohngruppen hat die GHK seit 1973 geachtet. Der Facharbeiterecklohn ist von 6,16 DM auf 9,27 DM um 50% gestiegen. Im gleichen Zeitraum wurde die unterste Lohngruppe um 58% angehoben. Ein Vergleich unter den Angestellten ergibt ein genau umgekehrtes Ergebnis: Acht Gehaltsgruppen im Holzbereich, die durchweg niedriger liegen, als in der Metallindustrie mit 6 Gruppen. Auch bei den Meistergehältern müssen die Holzkapitalisten im Schnitt 300 DM weniger zahlen. Bei den Lehrlingslöhnen hat die GHK zwar die Anbindung der einzelnen Lehrjahre an den Facharbeiterecklohn durchsetzen können, doch liegen die Tarife weit unter der Metallindustrie. Als Forderung hat die GHK nun für die holz- und kunststoffverarbeitende Industrie in Westfalen-Lippe 9% sowie eine neue Regulierung der Lohngruppen aufgestellt. Auf den Ecklohn berechnet sind dies 144 DM. In dem Schaubild rechts haben wir den Forderungsertrag in den Kurven der jeweiligen Lohn- und Gehaltsgruppe zugeordnet.

Lohn/Gehalt in DM: 1000, 1500, 2000, 2500, 3000, 3500 — Ertrag (brutto) in DM: 50, 100, 150, 200, 250, 300 — bei 9% Erhöhung — Holz — Metall
Arbeiter, Lohngruppe: 2 3 4 1 5 2 3 6 7 4 5 8 9 10 — Angestellte, Gehaltsgruppe: A B KT1 KT2 KT3 D E KT4 F G KT5 H KT6

Tarifkampf in der holzverarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe / GHK fordert 9 Prozent

r.rav. Die Gewerkschaft Holz- und Kunststoff (GHK) hat zum 31.12.1979 den Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Holzindustrie und das Serienmöbelhandwerk in Westfalen-Lippe gekündigt. Vergleicht man die Lohntarife dieses Tarifbezirks mit denen der metallverarbeitenden Industrie von NRW, so fällt sofort auf, daß es bei den Zeitlöhnern nur fünf Lohngruppen gibt gegenüber neun im Metallbereich, d.h. die Spreizung des tariflichen Lohngefüges ist nicht so gewaltig. Bezieht man die unter 17-jährigen Arbeiter ein, so geht die Spreizung bei Holz von 1022 bis 1603 DM und im Metallbereich von 745 bis 2063 DM. Die niedrigste Lohngruppe 1 liegt mit 7,88 DM, das sind 85% des Ecklohns, noch über der Lohngruppe 4 (7,70 DM) in der Metallindustrie (s. Schaubild). Gerade auf die Anhebung der unteren Lohngruppen hat die GHK seit 1973 geachtet. Der Facharbeiter-

42% aller in der BRD produzierten Möbel werden in Ostwestfalen-Lippe hergestellt. Mit 44000 Beschäftigten in der holzverarbeitenden Industrie hat dieses ,,Ruhrgebiet der Holzarbeiter'' den größten Anteil an der Branche. Dementsprechend ist der Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten. Von 1977 bis 1979 verringerte sich die Anzahl der Betriebe allein um 19, bei steigenden Umsätzen. In 770 Werken wird kurzgearbeitet. Insbesondere die Betriebe von 50 bis 100 Beschäftigten haben ,,um den Preisdruck des Handels ohne Qualitätsminderung abfangen zu können, Kurzarbeit angemeldet'' (WDR-Nachrichten). Demgegenüber melden die großen Küchenmöbelhersteller volle Auftragsbücher. Der Geschäftsführer der Detmolder GHK, Dütting, erklärte dazu: ,,Diese Entwicklung kann für uns kein Anlaß sein, Lohnverzicht vorzunehmen.''

---

r.kek. **Im Einzelhandel laufen zum 1.1.80 die Tarifverträge Sparförderung und Urlaubsgeld aus.** In nahezu allen Tarifbereichen hat die HBV wie auch die DAG einheitlich folgende Forderungen aufgestellt: volle Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Sparförderung in Höhe von 52 DM monatlich und einem Urlaubsgeld in Höhe von 1000 DM. Gleichzeitig laufen die Manteltarifverträge aus. Auch dort geht es um nicht wenig: verbesserter Kündigungsschutz, keine Teilzeitbeschäftigung unter 20 Std., tarifliche Absicherung einer Sonderzahlung, Übernahmeregelung für Auszubildende, Wegfall der Ortsklassen, Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute. Die Kapitalisten machen kein Angebot, um die Manteltarifverhandlungen in die Lohnverhandlungen im Frühjahr mit heineinzuziehen und dann gegeneinander aufzurechnen. Die HBV hat erklärt, sich das nicht gefallen zu lassen und will Mitte bis Ende Januar, wenn wieder verhandelt wird, Angebote der Kapitalisten auf die HBV-Forderungen sehen. Nachdem die Kapitalisten die Arbeitshetze während des Weihnachtsgeschäfts mit den vier langen Samstagen so weit getrieben haben, daß einige Beschäftigte vor Erschöpfung manche Nacht nicht mehr schlafen konnten, wird gleich nach Weihnachten mit verstärkten Sonderangeboten weitergemacht. Anfang Januar soll die Inventur an einem halben Tag durchgezogen werden, anschließend folgt gleich die Haushaltswoche. Kurz vor Weihnachten sind bei Hertie in Göttingen 10 bis 12 Beschäftigte des Großraumbüros zum Personalchef gezogen und haben mehr Gehalt verlangt. Die Aktion mußte abgebrochen werden, nachdem der Personalchef ein 15-Minuten-Ultimatum gestellt hatte, um wieder mit der Arbeit anzufangen und mit Entlassung gedroht hatte. Ruft die HBV zu Kampfmaßnahmen auf, kann sicher mehr erreicht werden.

b.wir.Hamburg. **Der Widerstand gegen die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres formiert sich.** Ab 1981 will der Hamburger Senat das BGJ flächendeckend einführen, Chemie, Physik und Biologie, Drucktechnik und Bautechnik. Die anderen Berufsfelder, u.a. Elektrotechnik und Metalltechnik, sollen in einer 2. und 3. Stufe folgen, denn die IG Metall hat sich eindeutig gegen die Einführung des BGJ ausgesprochen und Mindestforderungen gestellt:
– Die Breite beruflicher Grundbildung muß gesichert sein. Schwerpunkte im ersten Jahr der Berufsbildung sind abzulehnen.
– Die volle Anrechnung des BGJ muß uneingeschränkt für alle Berufe erhalten bleiben.
– Die Fortsetzung der Ausbildung in der Fachbildung muß durch Einstellungszusagen der Betriebe – vor Eintritt in das BGJ – gesichert werden.
– Das Familieneinkommen darf nicht durch den Wegfall der Ausbildungsvergütung reduziert werden.
In den anderen Einzelgewerkschaften wird das BGJ jetzt ebenfalls in Frage gestellt. Auf der Kreisdelegiertenversammlung des DGB Anfang Dezember hat die IG Druck ebenfalls gegen die Einführung des BGJ gestimmt. Bis Mitte 1980 soll der Landesausschuß für Berufsbildung, der aus Gewerkschaftern, Kapitalisten- und Behördenvertretern besteht, zum Plan des Senats Stellung nehmen.

b.rus. **Die Hamburger Schulbehörde hat neue Richtlinien für Schülerzeitungen herausgegeben.** Danach sind Schülerzeitungen ab sofort genehmigungsfrei. Werden Lehrer oder der Staat an-

Breites Interesse an einer Verbesserung der Lage der Arbeiter im privaten Verkehrsgewerbe

r.kea. Am 22. Februar läuft der Lohntarifvertrag für die Arbeiter im privaten Verkehrsgewerbe in Niedersachsen aus. Zum privaten Verkehrsgewerbe zählen der private Güternah- und Fernverkehr, Speditionen, private Busunternehmen, Touristikunternehmen, Taxi- und Mietwagen, sowie Schwertransporte und Autokrane; im Vergleich zur Industrie sind die Arbeitsbedingungen im allgemeinen schlechter, die Arbeitszeiten länger und die Tariflöhne niedriger. Wegen dem geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad werden noch nicht einmal immer die tariflichen Mindestlöhne gezahlt, die zwischen 7,27 DM und 7,57 DM liegen und die innerhalb drei Lohngruppen noch nach Betriebszugehörigkeitsjahren gestaffelt sind. Wenn man bedenkt, daß im Transport- und Personenverkehr vergleichbare Tätigkeiten sowohl im privaten Verkehrsgewerbe, als auch im öffentlichen Dienst und ebenfalls in der Industrie unter den jeweiligen Tarifbedingungen ausgeübt werden, ist der folgende Vergleich der manteltariflichen Überstundenregelung und Bezahlung von Interesse.

	Güter- u. Möbelfernverkehr	öffentl. Dienst	VW-Werke
wöchentliche Arbeitszeit	59 Std. + 17 Std.*	40 Std.	40 Std.
Überstundenzulage ab	43 Std. 53. Std.*	41 Std.	41 Std.
Überstundenzulage	25%	25%	40%
Zulage f. Nachtarbeit	50%	1,50 DM	30%
Zul. regelm. Nachtarbeit (Nachtschicht)	15%	0,75 DM	35%
Zul. f. Sa- u. So-Arbeit	50% (nur So.)	25%	50%
Feiertagszulage	120%	135%	100%

*bei Fernfahrten, bzw. zwei Fahrern.

(Nachtschicht)
Zul. f. Sa- u. So-Arbeit 50% (nur So.) 25% 50%
Feiertagszulage 120% 135% 100%
*bei Fernfahrten, bzw. zwei Fahrern.

Im privaten Güter- und Möbelfernverkehr gilt eine Doppelwochenarbeitszeitregelung von 118 Stunden, wobei noch 34 Stunden Kabinenzeit hinzukommen können. Der bis 1982 geltende neue Manteltarif erlaubt die ungleichmäßige Verteilung der Doppelwochenarbeitszeit auf bis zu 60 Stunden in einer Woche, bzw. auf 85 Stunden in einer Woche, wenn Kabinenzeit hinzukommt. Die tatsächliche Praxis der Fernfahrer sieht noch schlimmer aus: Schichtzeiten von 100 Stunden innerhalb einer Woche sind keine Seltenheit. Die Lage ist so, daß aus Termingründen die Fernfahrer die vorgeschriebenen Ruhe- und Schlafpausen meist nicht einhalten können und daß generell im privaten Verkehrsgewerbe über die gesetzliche Grenze hinaus Überstunden gemacht werden, wegen der niedrigen Lohntarife. Hinzukommt, daß auch die Urlaubsregelung schlechter als in der Industrie ist. Im Güter- und Möbelfernverkehr gibt es beispielsweise ab 1980 für Arbeiter ab 34 Jahre 21 Tage Urlaub. Zusätzlich Urlaub von 2 bis 9 Tagen gibt es nur bei einer Betriebszugehörigkeit von einem halben Jahr bis zu 8 Jahren.

Eine weitere Folge der schlechten Tarife im privaten Verkehrsgewerbe ist, daß in den letzten Jahren der Anteil der privaten Busunternehmen am Personennahverkehr der Städte und Gemeindeverbände enorm gestiegen ist, wie zum Beispiel beim Großraumverkehr Hannover, wo inzwischen zahlreiche private Busunternehmen im Auftrag der städtischen und kommunalen Verkehrsbetriebe im Linienverkehr eingesetzt sind. Bei den Busfahrern für den örtlichen Personenverkehr sind gegenwärtig die gravierendsten Rationalisierungsmaßnahmen geplant oder finden bereits statt, und zwar sowohl in kommunalen, als auch in privaten Verkehrsbetrieben. Beispielsweise hat die Hamburger Hochbahn AG ein Computerverfahren zur Erstellung von „lückenlosen" Fahrplänen entwickelt, mit dem sie 35 Busfahrer, 10 bis 12 Innendienstbeschäftigte und 20 Busse einsparen will. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, wenn die dauernden Erhöhungen der kommunalen Fahrpreisgebühren mit den steigenden Lohnkosten des Fahrpersonals begründet werden.

einsparen will. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, wenn die dauernden Erhöhungen der kommunalen Fahrpreisgebühren mit den steigenden Lohnkosten des Fahrpersonals begründet werden.

Die insgesamt schlechte Lage der Arbeiter im privaten Verkehrsgewerbe drückt direkt auf die Beschäftigten in den öffentlichen Verkehrsbetrieben und auf die Werksfahrer und Transportarbeiter, für die der Tarif ihrer jeweiligen Industriebranche gilt. Es gibt also ein breites Interesse unter den Arbeitern, daß im privaten Verkehrsgewerbe eine kräftige Lohnerhöhung und eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchgesetzt wird.



Der Zusammenschluß der Arbeiter im privaten Verkehrsgewerbe wird von der Gewerkschaft ÖTV durch Busse unterstützt.

Flensburger Förde-Reederei soll zypriotische Flagge streichen

b.clm. Von zwei Seiten her kommt die Förde-Reederei unter Druck, die Ausflaggung der Schiffe der Fährlinie Römö-Sylt auf zypriotische Flagge rückgängig zu machen. Erstens ist nicht abzusehen, wie ohne Streichung der Piratenflagge die Blockade der dänischen Fährarbeiter und damit die immer weiter wachsenden Verluste zu beenden sind. Zweitens aber hat der Kampf der dänischen Fährarbeiter der Bewegung, die Ausflaggerei ganz zu verbieten, zusätzliche Kraft gegeben, und die Förde-Reederei hat damit den Zorn aller Reeder auf sich gezogen.

Allein von 1971 bis 1976 ist die Anzahl der ausgeflaggten westdeutschen Schiffe von 96 und zusammen 498992 BRT auf 190 mit 1518655 BRT gestiegen. Der Verband Deutscher Reeder nennt als Ursache dafür „Personalkosteneinsparungen", und zwar sowohl von der Höhe des Lohns her als auch von der Zahl der Arbeiter her, denn unter den Billigflaggen sind sie keinen Besetzungs- und Bemannungsrichtlinien unterworfen, wie sie westdeutsche Seeleute als gewisse Schranken gegen zu unmäßige Ausbeutung der Arbeitskraft durchgesetzt haben. Hinzukommen weniger scharfe Sicherheitsbestimmungen. In seiner Agitationsschrift für das Recht auf Ausflaggung „Seeverkehr unter verschiedenen Flaggen" rechnet der Verband vor, daß bei Ausflaggung bis zu 73,67% weniger Lohn bezahlt werden brauchte. Das wollen die Reeder nicht in Gefahr kommen lassen. Zwar hat schon am 4.5.73 die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU, ob die Bundesregierung beabsichtige, „eine Änderung des Flaggenrechtsgesetzes durchzuführen, in der Hinsicht, daß ohne Zustimmung der Bundesregierung ein Flaggenwechsel nicht mehr gestattet wird", geantwortet: „Im Rahmen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung fällt die Investitions- und Standortentscheidung, zu der auch die Flaggenwahl des Reeders gehört, in den unternehmerischen Entscheidungsbereich". Aber letztmals im April 79 forderte die ÖTV „die Bundesregierung erneut auf, sich in den internationalen Gremien nachdrücklich dafür einzusetzen, die offenen Schiffsregister zu schließen" und so Ausflaggungen zu unterbinden.

Angesichts des Drucks von verschiedenen Seiten bereitet die Förde-Reederei Schritt für Schritt die Umflaggung auf westdeutsche Flagge vor. Schon im September gründete sie in Flensburg die Schiffahrtsgesellschaft Vikingland mbH und die Schiffahrtsgesellschaft Westerland mbH. Sie will wohl auf jeden Fall verhindern, daß bei einer Umflaggung über die Tarife der Arbeiter der Schiffe auf der Flensburger Förde mit verhandelt wird.

Der Geschäftsführer der Reederei Nissen ließ in einem Interview mit der dänischen Zeitung „Land og Folk" heraus: „Erst einmal möchte ich feststellen, daß wir nicht unter fremder Flagge fahren, um die Steuer zu sparen. Auch nicht wegen der lockereren Sozialgesetzgebung, auch nicht wegen der fehlenden Sicherheitsvorschriften oder der Unterbezahlung der Mannschaft. Wir haben diese Flagge ausschließlich gewählt, damit wir die dänischen Offiziere behalten konnten, und der einzige Vorteil ist die Möglichkeit, Personal einzusparen." Auf die Frage, wann der Flaggenwechsel stattfinden soll, antwortet er: „Das ist kein aktueller Plan. Da ist noch nicht alles ganz genau überschaubar. Aber die Probleme werden sich in der nächsten Sommersaison lösen lassen." Soll man ihm bis dahin freie Hand lassen? Er hat immer noch relativ freie Hand für Manöver im Zusammenhang mit der Umflaggung, weil er ausnutzen kann, daß sich ein Teil der dänischen Unterstützungsbewegung für die Seeleute darauf versteift, daß die Schiffe wieder unter dänische Flagge müssen. Und er nutzt die Drohung aus, keine dänischen Kapitäne, Offiziere und Ingenieure einstellen zu können, weil das deutsche Flaggenrecht das verbiete. Dabei hat schon 1974 der Europäische Gerichtshof entschieden, „daß nationale Vorschriften, die die Besetzung von Seeschiffen ausschließlich eigenen Staatsangehörigen vorbehalten, gegen den EWG-Vertrag verstoßen." Tatsächlich brauchen sie lediglich ein deutsches Seefahrtsbuch und eine Arbeitserlaubnis, was ihnen als EG-Angehörige zusteht. Die Förde-Reederei soll die Piratenflagge streichen und kollektive Tarifverträge unterschreiben, die nicht schlechter sind als die, die die Fährarbeiter unter dem dänischen Reeder Lindinger hatten.

Bauern zur Buchführung gezwungen

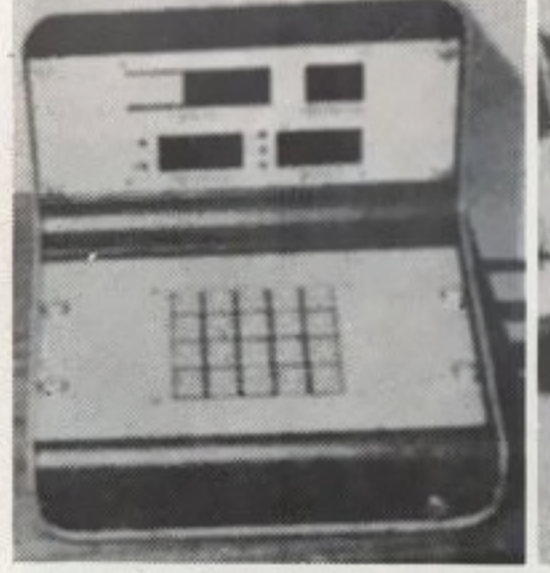
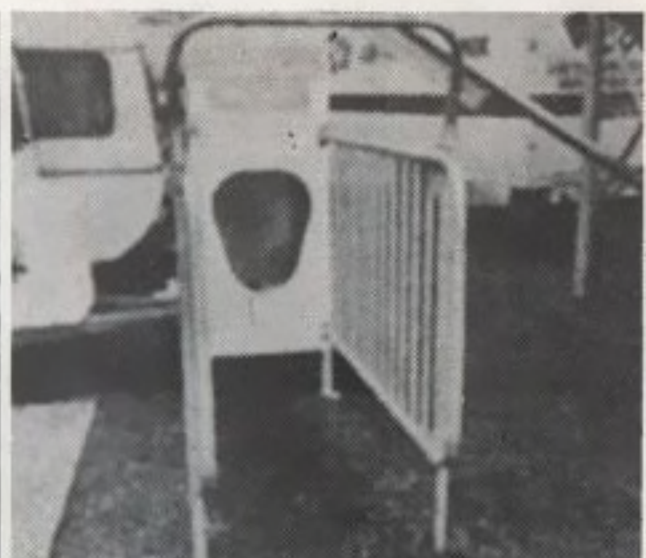
Förderungsmittel der Landesregierung erweitern Buchführungspflicht

b.hei. Von den etwa 30000 Voller- | Gerade jetzt, wo die neuen Steuerge- | Buchführungsverband. Zweitens be-
Bauern zur Buchführung gezwungen
Förderungsmittel der Landesregierung erweitern Buchführungspflicht

b.hei. Von den etwa 30000 Vollerwerbsbauern in Schleswig-Holstein sind 9400 nach dem Steuerrecht zur Buchführung verpflichtet, weil sie nach Einheitswert, Umsatz oder Gewinnhöhe die Grenze zur Steuerzahlung nach Buchführungsergebnissen überschritten haben. Durch die einzelbetriebliche Förderung versucht die Landesregierung, weitere Teile der Bauern in die Buchführung zu zwingen. Z.B. für den Bau von Sauen- oder Rindviehställen, für Althofsanierung oder Aussiedlungen kann man Zuschüsse oder Zinsverbilligungen von der Landesregierung bekommen. Voraussetzung ist aber immer, daß der Bauer die Buchführung aufnimmt. Im Gegensatz zur steuerrechtlichen Buchführungspflicht nennt die Landesregierung das „freiwillige" Buchführung und verweist stolz darauf, daß sie bisher immerhin 4600 Bauern in diese Art der Buchführung treiben konnte. Die Regierung hat damit die Möglichkeit, diese Bauern ständig zu kontrollieren. Erstens, um den Verbleib ihrer Zuschüsse zu überwachen, und zweitens, um zu kontrollieren, ab wann der Bauer Einkommenssteuer bezahlen soll.

Der Bauer bezahlt die Steuern dann nicht mehr nach Schätzungen, sondern nach den vorliegenden Buchführungsergebnissen, was für ihn eine erheblich höhere Steuerausplünderung bedeutet. Gerade jetzt, wo die neuen Steuergesetze für die Landwirtschaft geplant sind, ist die freiwillige Buchführung für die Bourgeoisie eine brauchbare Kontrolle, wieviel Bauern sie damit zusätzlich in die Steuerzange nehmen kann.

Viele kleine Bauern verzichten deshalb lieber auf die Förderung der Regierung, selbst wenn man für die Einführung der Buchführung sechs Jahre lang 350 DM Zuschuß bekommen kann. Denn erstens hat man schon 2200 DM Unkosten im Jahr für den Buchführungsverband. Zweitens bekommt man Zinsverbilligungen (um ca. 4%) und Zuschüsse (bis etwa 25000 DM) nur, wenn man sehr hoch investiert; das bedeutet aber zunehmende Zinsknechtschaft bei den Banken. Und drittens wird ein Bauer kaum freiwillig die Buchführung aufnehmen, die dann von den Ämtern jederzeit kontrolliert werden kann. Nur durch die Existenznot der Bauern, weil sie auf Zinsverbilligung angewiesen sind, gelingt es der Bourgeoisie, immer mehr Bauern in die Buchführung zu treiben. Mit freiwillig hat das nichts zu tun.

Bei der Transponderfütterung bekommt jede Kuh computergesteuert die Futtermenge entsprechend ihrer Milchleistung zugeteilt. Die Agrarkapitalisten nutzen diese Technik, um Großbetriebe im Bereich der Milchviehhaltung aufzubauen.

gegriffen, verbietet eben der Schulleiter die Verteilung der Zeitung. Wenn z.B. ein Lehrer als „Notenterrorist" bezeichnet wird, wird die Schülerredaktion wegen „übelster Ehrverletzung" aufgrund von STGB § 185 (Beleidigung) verknackt (LAG Westberlin, 19.1.79).

b.maa. **„Weitere Schritte zur praxisnahen Verbesserung der Hauptschule hat Kultusminister Bendixen angekündigt", schreiben die „Kieler Nachrichten" am 19.12.** Darunter versteht er u.a. die „Schaffung eines Lehrerstudienganges an der PH mit drei statt bisher zwei Fächern..., um den „Grund- und Hauptschullehrer noch flexibler zum Einsatz zu bringen, weil die Schulen durch den Rückgang der Schülerzahlen kleiner werden." Daß die Schülerzahl an den Hauptschulen geringer wird, könnte dafür genutzt werden, die Klassen zu verkleinern. Aber Bendixen will stattdessen die Ausbildung an den Hauptschulen verschlechtern, um Lehrer einzusparen. Für die Lehrer bedeutet das immense Mehrarbeit, weil sie kein Interesse an einer schlechteren Ausbildung der Schüler haben. Ihr Studium und die Vorbereitung für den Unterricht werden umfangreicher werden. Die Lehrer haben auf ihrer Kundgebung in Neumünster dem Kultusminister gezeigt, daß sie für Arbeitszeitverkürzung kämpfen und Mehrarbeit ablehnen.

r.woj. **Mit Streik haben die Arbeiter in der mechanischen Fertigung bei Benteler, Werk Bielefeld, Lohnkürzungen abgewehrt.** Seit dem August hatte die Betriebsführung versucht, Mehrmaschinenbedienung durchzusetzen. Die Gegenwehr der Arbeiter konnte die Betriebsführung spalten, indem sie den Arbeitern höhere Löhne versprochen und eine zeitlang auch gezahlt hat. Bei neuen Zeitaufnahmen sind die Vorgabezeiten so gekürzt worden, daß Lohnverluste bis zu 2,50 DM pro Stunde durch verminderte Akkordleistungen herauskamen. Nach einer Stunde Streik mußte sich die Betriebsführung bereit erklären, mit dem Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, die die Vorgabezeiten dahingehend korrigiert, daß die alten Löhne erreicht werden. Bisherige Lohnausfälle auf Grund der neuen Vorgabezeiten werden nachgezahlt. Stellen sich in den nächsten zwei Monaten erneut Lohnverluste heraus, so müssen auch die jetzigen Vorgabezeiten erneut geändert werden.

Veranstaltungskalender

Theateraufführung „Die Finsternis vor dem Morgengrauen" (Theaterstück aus dem antijapanischen Widerstandskrieg in China)

Flensburg, 31.12., 19 Uhr, Oeversee
Kiel, 31.12., 20 Uhr, Gaststätte „Waidmannsruh", Eckernförder Chaussee
23 Uhr Fackelzug, Treffpunkt Vinetaplatz (Kiel-Gaarden)
Hamburg, 31.12., 20 Uhr, Hochschule für bildende Künste, Lerchenfeld

Im Anschluß an die Theateraufführung finden Fackelumzüge statt

Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea! Sofortige Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesrepublik!

Kundgebungen und Demonstrationen

Flensburg, 5.1., 10 Uhr, Auf dem Holm
Kiel, 5.1., 10.30 Uhr, Holstenplatz
Hamburg, 5.1., 11.30 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz. Die Demonstration führen KBW, CIS und FASA durch.

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Hamburg, 7.1. bis 11.1., 18 Uhr, Fachhochschule Berliner Tor
Lüneburg, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Stucksaal, Vortragssaal, An der Münze

Der Islam

Plön, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schnellhorn, Gasthaus „Schnellhorner Berg", Plöner Landstr.

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Rendsburg, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Alt Nürnberg/Parsival, Pastor-Schröder-Str. 6

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag

Lübeck, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Gasthaus „Zur Tonne", Marliering

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Kiel-Ost, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, „Zur Kajüte", Liethberg

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Hbg.-Mitte/West, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schule Ludwigstraße
Uelzen, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Wienerwald, Veerßer Straße

Marx: „Lohn, Preis und Profit"

Hamburg-Nord, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Schule Fraenkelstraße

Marx: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte"

Hamburg-Altona, 7.1. bis 11.1., 20 Uhr, Gymn. Neu-Altona, Billrothstraße 33

Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J.Oberkampf u.a. wegen Angriffs auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien

Hamburg, 3.1., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Bartels, Lohnstein, Ludwig und Pollmann

Flensburg, 7.1., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Saal 58

Senator Ehlers: Die Arbeiter sollen ihre Interessen in die Hände der Arbeitsrichter legen

b.obj. Die Arbeitsgerichtsprozesse haben seit der höheren Arbeitslosigkeit sprunghaft zugenommen. Da heute bei einer Kündigung nur selten ein neuer Arbeitsplatz gefunden wird, bei dem der gleiche Lohn gezahlt wird, oder bei älteren Kollegen häufig sofort längere Arbeitslosigkeit die Folge ist, setzen sich Tausende Arbeiter und Angestellte mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft gegen die Willkür der Kapitalisten zur Wehr. Von den etwa 12000 Klagen, die im letzten Jahr in Hamburg erhoben wurden, machten die Kündigungsverfahren etwa 50 % aus.

Die Gewerkschaft ÖTV veröffentlicht jeden Monat im ÖTV-Magazin Urteile von Arbeitsgerichten, um Arbeiter, Angestellte und Beamte und vor allem die Betriebs- und Personalräte sowie die gewerkschaftlichen Funktionäre über die vor Gerichten erreichten Positionen zu informieren. Dabei geht es hauptsächlich um Kampf gegen Lohnrückstufungen, Kündigungen und Einschränkungen der betrieblichen Vertretungsorgane.

In der Woche vor Weihnachten gab Senator Ehlers seine Absicht bekannt, Planstellen aus der Arbeits- und Sozialbehörde auszugliedern und für den Ausbau der Arbeitsgerichte in die Justizbehörde einzugliedern. Er begründete dies mit der Notwendigkeit, entsprechende Forderungen der ÖTV und der DAG zu erfüllen und die Arbeitsgerichtsverfahren zu beschleunigen.

Und es kann ja wirklich Jahre dauern, bis eine Klage entschieden ist. Einem Hamburger Computerfachmann war im August 1975 gekündigt worden. Erst im Juli 1979 wurde seine Klage vom Bundesarbeitsgericht positiv entschieden. Völlig richtig bemerkt Klaus-Peter Gehricke, stellvertretender Bezirksvorsitzender der ÖTV Hamburg: „Was nützt es, wenn Urteile zur Aussperrung, zum Streik oder zur Dienstzeit von Krankenhauspersonal erst nach Jahren gefällt werden?“ Doch es geht eben keinesfalls nicht nur um schnelle Urteile, wie es Senator Ehlers gerne haben möchte, sondern es geht auch um Urteile, die den Arbeitern Rechte sichern. So gibt es eine entfaltete Auseinandersetzung um den Beschäftigungsanspruch nach erfolgter Kündigung. Das Landesarbeitsgericht Hamburg etwa hat mit dem Urteil vom 15.6.78 (4 Sa 127 /77) – allerdings noch nicht rechtskräftig – entschieden, daß ein Weiterbeschäftigungsanspruch besteht. Das Bundesarbeitsgericht hat gegensätzliche Auffassungen. Der Große Senat des Bundesarbeitsgerichtes wartet jetzt nur auf eine Gelegenheit, eine Grundsatzentscheidung zu fällen, um eine einheitliche Rechtsprechung sicherzustellen.

Diese uneinheitliche Rechtsprechung drückt den Kampf der Arbeiterklasse gegen die willkürlichen Kündigungen der Kapitalisten aus. Dabei ist es für die Arbeiter unakzeptabel, daß sie während der Kündigungsklage nicht weiterbeschäftigt werden. Denn das Arbeitslosengeld reicht nicht zum Leben, und wenn ein gekündigter Arbeiter erst einige Monate bei einem neuen Kapitalisten gearbeitet hat, kann er leicht zu einem Vergleich gepreßt werden. Damit aber ist der gesetzlich erreichte Kündigungsschutz ausgehöhlt. Das bekämpfen die Gewerkschaften. Sie treten dafür ein, daß gegen das Votum des Betriebs- und Personalrates überhaupt nicht gekündigt werden kann. Durch Ausbau der Arbeitsgerichte wird Ehlers diesen Kampf nicht abstumpfen können.

gerichtsverfahren zu beschleunigen.

Und es kann ja wirklich Jahre dauern, bis eine Klage entschieden ist. Einem Hamburger Computerfachmann war im August 1975 gekündigt worden. Erst im Juli 1979 wurde seine Klage vom Bundesarbeitsgericht positiv entschieden. Völlig richtig bemerkt

den. Damit aber ist der gesetzlich erreichte Kündigungsschutz ausgehöhlt. Das bekämpfen die Gewerkschaften. Sie treten dafür ein, daß gegen das Votum des Betriebs- und Personalrates überhaupt nicht gekündigt werden kann. Durch Ausbau der Arbeitsgerichte wird Ehlers diesen Kampf nicht abstumpfen können.

WWI befürchtet Lohnabschlüsse von 7%

Im Sinne der Stabilität nur 5% und darunter / Presse und Politiker parieren sofort

b.brb. Rechtzeitig vor den Beschlüssen der Gewerkschaften zu den Lohnforderungen für die kommenden Tarifauseinandersetzungen hat das Kieler Weltwirtschaftsinstitut (WWI) am 14.12. seinen 2. Halbjahresbericht für 1979 vorgelegt. Im Zentrum der Untersuchungen über die wirtschaftliche Entwicklung steht der Lohn. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit sei den „mäßigen Lohnabschlüssen“ zu verdanken und Gefahren für die Wirtschaftsstabilität – 1 Million Arbeitslose, Kurzarbeit – gingen von zu hohen Lohnforderungen aus. Das WWI selbst rechnet mit Lohnforderungen seitens der Gewerkschaften von 7%, die sich zusammensetzen würden aus 3% Produktivitätszuwachs und 4% Inflationsrate. Dringend legt es den Kapitalisten ans Herz, Lohnerhöhungen von 5% abzuschließen, lieber noch darunter mit der Möglichkeit von „Nachbesserungen“ für „den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung günstiger ausfällt, als in den Abschlüssen unterstellt“. „Prallen die Standpunkte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hart aufeinander, und bestehen die Arbeitgeber auf vergleichsweise niedrigen Abschlüssen, sind Streiks nicht auszuschließen. Dies würde den privaten Verbrauch zusätzlich belasten. Lassen die Arbeitgeber aber relativ hohe Lohnabschlüsse zu, so könnten aus der verstärkten Kostenbelastung eine nachhaltige Dämpfung der Investitionsneigung resultieren.“

Eine weitere Front wird gegen die Länder der Dritten Welt eröffnet. Das Steigen der Ölpreise sei verantwortlich für einen Rückgang des Warenexports der BRD, für das Sinken des Produktionsanstiegs und der Investitionstätigkeit.

Hinsichtlich der Steuerpolitik des Staates rechnet das WWI nicht mit „größeren steuerpolitischen Maßnahmen für 1980“, warnt aber nachdrücklich davor, Einkommenssteueränderungen als „Tarifkorrekturen“ zu begreifen, anstatt auch hier vom Wachstum auszugehen. Eine deutliche Antwort auf die Forderungen der Arbeiterbewegung ist auch die Ablehnung einer „Minderung der Steuerschuld um einen für alle Steuerpflichtigen gleichen absoluten Betrag“.

Mit den Untersuchungen des WWI im Rücken schossen bürgerliche Presse und Politiker gleich zielstrebig gegen die Arbeiterklasse los: Kirchner, Chef von Gesamtmetall, antwortete auf die Frage der Bild-Zeitung in einem Interview, warum er „den Metallern keinen Schluck aus der Pulle gönne“: „Weil in der Pulle nicht soviel drin ist.“ Scharf reagierte er auf die Mindestforderungen der Gewerkschaften, die der Lohnsenkung insbesondere bei den unteren Lohngruppen Schranken setzen wie auch der Spaltung: Das sei „besonders unverständlich“, weil damit ungelernte und angelernte Arbeiter noch teurer würden.

Hatte Schmidt in der Bild-Zeitung am 17.12. versucht, die westdeutschen Arbeiter gegen die Länder der Dritten Welt auszuspielen – „man kann nicht noch einmal im eigenen Land verteilen, was wir auch im nächsten Jahr wieder zusätzlich an die Erdölländer abgeben müssen“ – so forderte Stoltenberg in den Kieler Nachrichten vom 20.12. von der Bundesregierung „entschiedenes politisches Handeln, um eine Rezession für die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden“. Eine „zusätzliche Signalwirkung“ dafür seien die erneuten Ölpreiserhöhungen und die zweistelligen Lohnforderungen einiger großer Gewerkschaften.

Schon jetzt erörtert die Bourgeoisie politische Kampfmaßnahmen gegen Streiks der Arbeiterklasse. Der Vizepräsident von Gesamtmetall, Knapp, verwies in der FAZ vom 20.12. darauf, „daß die im neuen Schlichtungsabkommen festgelegten Fristen für die Friedenspflicht nicht jede Arbeitskampfmaßnahme legitimierten. Wenn es dazu kommen sollte, würden die Arbeitgeber von den Gerichten klären lassen, wie lange beispielsweise „Warnstreiks“ dauern, ... wann der ‚Warn‘- in einen ‚Erzwingungs‘-Charakter umschlägt.“

Bei Still bereiten sich die Arbeiter auf den Kampf gegen die Rationalisierungen in der Montage vor

b.thb. Ein großes und umfassendes Programm der Rationalisierung haben

folgen.
Bisher sind dem Betriebsrat nur die

nem Band mit 18 Takten von 20 Arbeitern produziert wird, von denen nach

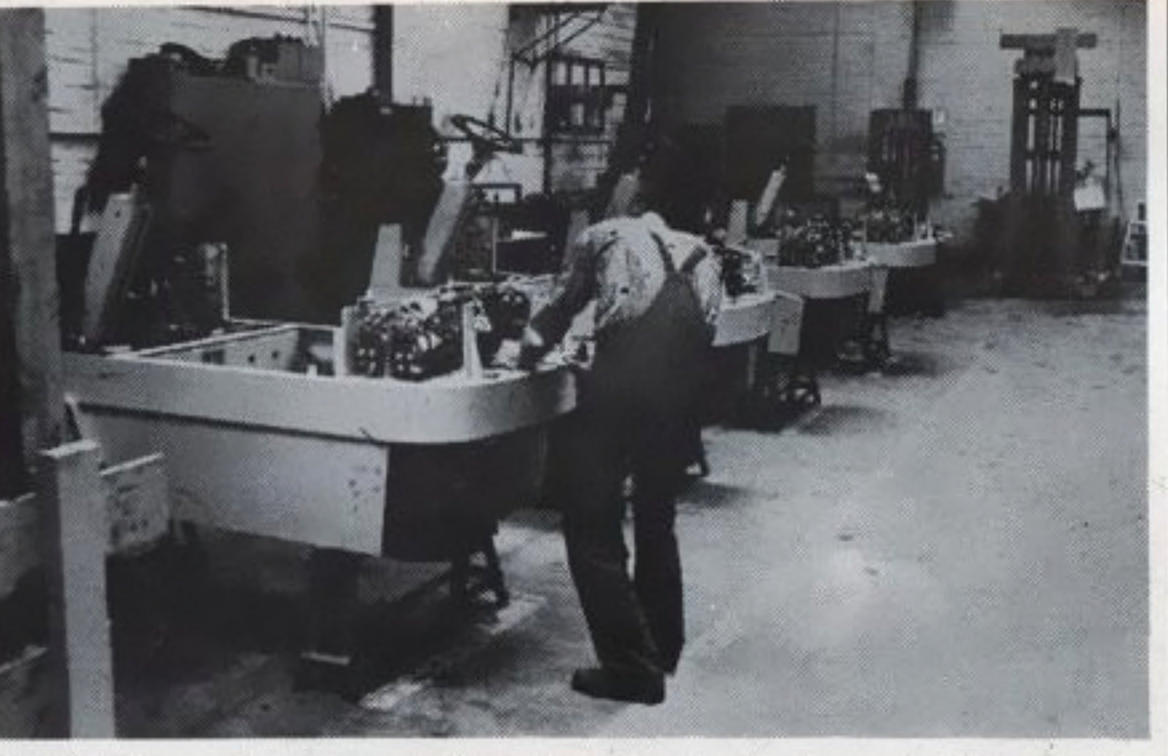
Bei Still bereiten sich die Arbeiter auf den Kampf gegen die Rationalisierungen in der Montage vor

b.thb. Ein großes und umfassendes Programm der Rationalisierung haben die Still-Kapitalisten im vergangenen Jahr mit der Zusammenlegung der Werke Jarrestraße und Berzeliusstraße in der Berzeliusstraße eingeleitet. Dies zielt im wesentlichen auf Produktionsänderungen im Montage-, Lager- und Transportbereich ab. In der zu diesem Zweck neu aufgebauten Halle beginnt am 2.1.80 die Produktion des R 50 (Staplertyp). Der Umzug der restlichen Bänder soll noch im 1. Quartal 1980 erfolgen.

Bisher sind dem Betriebsrat nur die personellen Auswirkungen für die Arbeiter des R 50 zugegangen, und dies erst Anfang Dezember. Demnach finden folgende Veränderungen statt: Gegenwärtig wird der R 50 an zwei Bändern produziert von 25 Arbeitern (einschließlich Vorarbeiter, Springer, Kontrolle, Bereitstellung, Ausbesserung und Kundensonderheiten). Produziert werden zwölf Geräte täglich.

Neu wird sein, daß der R 50 an einem Band mit 18 Takten von 20 Arbeitern produziert wird, von denen nach drei Monaten Einarbeitungszeit noch drei abgezogen werden. Also eine Einsparung von acht Arbeitskräften. Von den verbleibenden siebzehn werden neun Arbeiter direkt am Band arbeiten, jeder zwei Takte. Nach den Angaben der Geschäftsführung sollen täglich 15 Geräte produziert werden. Das ergäbe bei achtstündiger Arbeitszeit 32 Minuten Taktzeit. Nach den Berechnungen des Work-Factor-Block-Verfahrens würde allerdings eine Taktzeit von 8,8 Minuten berechnet. Dies multipliziert mit einem Korrekturfaktor, der betrieblich unterschiedlich zwischen 1,2 und 1,8 vereinbart ist, käme man – den Mittelwert berechnend – auf eine Taktzeit von ca. 15 Minuten. Demzufolge würden bei einer Produktionszahl von täglich 15 Geräten fünf Arbeiter ausreichen, denen dann 3-4 Takte zugeordnet wären. Oder umgekehrt: Neun Arbeiter wären in der Lage bis zu 32 Geräte täglich zu schaffen. Gleichzeitig hat die Geschäftsführung angekündigt, das Entlohnungssystem zu überprüfen und evtl. statt Akkordlohn den Prämienlohn einzuführen.

Der Betriebsrat hat dazu erklärt, daß seine rechtlichen Maßnahmen gleich null sind und nur die gewerkschaftliche Kraft was nutzen wird, z.B. für Erholzeitregelung und Lohnabsicherungen. Zu diesem Zweck führt der VK Ende Januar ein Wochenendseminar durch, um über die ersten Erfahrungen an dem R 50 zu beraten.



Das Bild ist von Jungheinrich. Man sieht eine einfache Form der Serienproduktion, bei der vier Geräte nebeneinander aufgebockt sind, die zu gleicher Zeit montiert werden. Der Arbeiter nimmt hier noch am ganzen Arbeitsgang teil im Gegensatz zur Bandmontage.

HAW-Arbeiter beraten über die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche bei Contischicht

b.güt. Bislang gilt in der chemischen Industrie bei Contischicht die 42-Stunden-Woche. Ab Juni 1980 sind 41 Stunden und ab Juni 1982 40 Stunden tarifliche Wochenarbeitszeit vereinbart. In Betriebsvereinbarungen sollen Schichtpläne festgelegt werden, welche die Arbeitszeitverkürzung verwirklichen. Bei den Hamburger Aluminiumwerken beraten die Arbeiter und Angestellten jetzt, welchen Standpunkt sie in den bevorstehenden Auseinandersetzungen einnehmen wollen.

Die HAW-Kapitalisten drängen auf Verhandlungen. Sie lassen in fast allen Produktionsabteilungen Contischicht arbeiten. 400 von 760 Beschäftigten haben sie in die Contischicht gepreßt. Die Kapitalisten hatten bislang den immensen Vorteil, daß sie bei 42 Wochenstunden die Schichten nahtlos aneinanderfügten, so daß mit einem Einsatz von 4 Schichten (je 1 Schicht hat Freischicht) von 0.00 bis 24.00 Uhr und Tag für Tag produziert werden konnte, ohne auch nur für einen Moment die Produktion drosseln zu müssen. Dazu sehen sie jetzt natürlich auch keinen Anlaß, und sie werden versuchen, die Verkürzung der Arbeitszeit durch Überstundenarbeit rückgängig zu machen. Dies Vorhaben wird ihnen erleichtert dadurch, daß der Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung jeweils nur für ein Jahr wirksam ist.

Bei Contischicht müssen bislang im Jahr 20 Tage mehr gearbeitet werden als bei Tagschicht, was die Belastungen der Schichtarbeit auf die Spitze treibt. Die Durchsetzung der 40-Stundenwoche ist also lebensnotwendig. Betriebsrat und Vertrauenskörper untersuchen jetzt in allen Abteilungen, welche Schichtpläne aufgestellt werden können und welche zusätzlichen Forderungen aufgestellt werden müssen. Klar ist schon, daß die HAW-Kapitalisten um Neueinstellungen nicht herumkommen werden. Vorschläge, die 6½ Tage (Arbeitszeitverkürzung aufs Jahr) an den Urlaub zu hängen, sind nur schlecht geeignet, die Sache durchzufechten, weil man es dadurch in die Hände der Betriebsführung legt, wann der Arbeiter die Tage nehmen kann. Die 40-Stundenwoche muß zur feststehenden Tradition, wie auch in der Tagschicht, werden, welche die Kapitalisten nicht beliebig durchbrechen können.

Welche Anklagepunkte kann die Staatsanwaltschaft überhaupt noch aufrechterhalten?

b.clm. Die Staatsschutzkammer Flensburg hat im Wehrkraftzersetzungsprozeß zwei weitere Beweisanträge abgelehnt. War in der Anklageschrift noch der Satz angeklagt, daß die wehrpflichtigen Soldaten durch Hungersold und Schikane für die imperialistischen Ziele der herrschenden Klasse gefügig gemacht werden sollen, so konnten die Staatsschützer in der Ablehnung eines Beweisantrages, welcher die Ziele aufdeckte, nur noch davon sprechen, daß der Gesamtzusammenhang, in dem der Begriff des Imperialismus gebraucht werde, dem Leser einen negativen Begriffsinhalt vermitteln solle. Als daraufhin klargestellt wurde, daß es keine einzige wissenschaftliche Begriffsbestimmung des Imperialismus gebe, die nicht eine negative Tendenz aufweise, zog sich das Gericht noch weiter zurück, änderte unter der Hand die Anklage erneut und wollte jetzt allein den gehässigen Gesamtzusammenhang verfolgt sehen. Den Beweis, daß die Zustände in der Bundeswehr anders als mit „Unterdrückung und Schikane“ und der Sold anders als mit „Hungersold“ nicht zutreffend geschildert werden können, wies das Gericht mit der Begründung zurück, die in der Volksmiliz beschriebenen Tatsachen könnten durchaus der Wahrheit entsprechen, entscheidend sei aber die Art der Darstellung. Was an der Darstellung unzutreffend sein soll, hat die Staatsschutzkammer bislang noch in keinem Punkt verlauten lassen. Sie ist vor den Beweisanträgen soweit weggelaufen, daß überhaupt nicht mehr ersichtlich ist, welche Punkte der Anklage sie überhaupt noch aufrecht halten will.

Darüber hinaus ist inzwischen vollkommen unklar, wie überhaupt den Angeklagten nachgewiesen werden soll, daß sie die Volksmiliz verteilt haben. Der Kronzeuge, Polizeioffizier Mertelsmann aus Pinneberg, hat so offensichtlich gelogen, daß sich die Staatsanwaltschaft gezwungen sah, ein Verfahren wegen eidlicher Falschaussage vor Gericht gegen ihn einzuleiten. Soll man die Staatsschutzkammer ein Verfahren weiterführen lassen, in dem sie selber Punkt für Punkt der Anklage zurückgenommen hat und wo der Hauptbelastungszeuge der Falschaussage überführt ist? Sie soll es jetzt einstellen.

Arbeitshetze und niedriges Lohnniveau DPG Rendsburg fordert 7%/150 DM

b.kav. Um ca. 25% steigert sich der Arbeitsanfall bei den Zustellern der Post von Oktober bis Weihnachten. Sind es zunächst die Werbegeschenke der Kapitalisten, so fällt kurz vor Weihnachten die zusätzliche Privatpost an. In diesem Jahr mußten viele Kollegen an den Postämtern Überstunden machen. Die Arbeiter bekommen dafür einen Überstundenzuschlag von 25%, die Beamten erhalten für Dezember pauschal 20 Stunden, die sie abbummeln müssen. In den Paketämtern mußten die Kollegen bis zu 70 Überstunden leisten. In der Regel ist die anfallende Mehrarbeit aber während der Arbeitszeit zu erledigen. D.h.: 6.30 bis 10.00 Uhr Einsortieren der Post, 10.00 bis 14.00 Uhr Zustellung, 14.00 bis 15.00 Uhr Abrechnung auf dem Postamt.

Die Dienstaufsicht begründet diese Mehrarbeit mit der Minderarbeit in der „ruhigen Jahreszeit“, doch sie nutzt sie, um jedes Jahr wieder die Bemessungsgrundlagen für das Postaufkommen weiter zu verschärfen. Dies äußert sich so, daß eine Tour, die vor 2 Jahren noch als volle galt, heute als ermäßigte eingestuft wird und von einem behinderten Kollegen gemacht werden muß.



Die Masse der Kollegen ist in A 4 eingestuft. Das bedeutet, je nach Dienstaltersstufe 1019,12 DM bis 1290,08 DM brutto. Dazu kommt der Ortszuschlag von 478,79 DM für ledige bis zu 959,30 DM für verheiratete mit 5 Kindern. Die meisten Arbeiter bekommen Stundenlöhne zwischen 9,61 DM und 11,71 DM plus Sozialzulage von 92 DM.

Angesichts dieses Gehalts- und Lohnniveaus fordern immer mehr Kollegen Festgeld bei der nächsten Lohnerhöhung. Dies ergab auch eine Fragebogenaktion der DPG im Rendsburger Postamt. Die Jahreshauptversammlung brachte eine Forderung nach 7% und 150 DM hervor.

Bewegung gegen die Schließung der Klinik Ost richtet sich gegen Landesregierung und kirchliche Institution

b.chg. Im März 1971 beschließt die Flensburger Ratsversammlung einstimmig den Bau eines städtischen Krankenhauses mit 375 Betten, im Oktober erweitert sie die Bettenzahl sogar auf 500. Im Juli 1972 hebt sie diese Beschlüsse wieder auf, nachdem sich der schleswig-holsteinische Sozialminister Claussen eingeschaltet hat. Er plädiert für die Verteilung der Krankenversorgung auf die beiden bestehenden konfessionellen Krankenhäuser Diakonissenanstalt und Franziskus-Hospital und auf das städtische Krankenhaus. 1973 nimmt die Landesregierung auf Antrag der Stadt Flensburg den Krankenhausneubau mit 370 Betten in den Krankenhausbedarfsplan auf. Als Gesamtbettenzahl für den Kreis Flensburg sind 1040 Betten vorgesehen. Der Sozialminister reduziert im September 1976 die Bettenzahl für Flensburg auf 975 und teilt mit, daß bei einem Bettenschlüssel von 5 pro Tausend für den Flensburger Raum von einem Bedarf von etwa 900 Betten auszugehen sei. Er will sich für einen Neubau einsetzen. Daraufhin beschließt die Ratsversammlung den Bau eines städtischen Krankenhauses mit 240 bis 250 Akutbetten und wendet allein für die Planungsarbeiten schon 3 Mio. DM auf ohne Aufwendungen für Straßenbau und Kanalisation. Am 17. Oktober 1977 teilt der Sozialminister per Erlaß der Stadt Flensburg mit, daß sie als Oberzentrum nur noch 870 Betten benötigen würde. Sein Plan: Die beiden konfessionellen Häuser, die inzwischen mit 35 Mio. DM über die festgelegten Planziele hinaus saniert worden sind, mit den fehlenden Betten aufzustocken.



Als dies bekannt wird, beginnt der Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten in Flensburg, der sich zum größten Teil aus Beschäftigten der städtischen Klinik Ost gebildet hat, mit einer Unterschriftensammlung für die Erhaltumg der Klinik Ost, deren Schließung geplant ist. Innerhalb fünf Tagen sammeln sie über 20000 Unterschriften, bis Juli 1978 sind es 28000. Durch den Druck der Bevölkerung sieht sich der Sozialminister gezwungen, nach Flensburg zu fahren, wo er von empörten Beschäftigten der Klinik Ost empfangen wird. Er bietet einen ,,Kompromiß''an: einen Verbund der beiden konfessionellen Krankenhäuser mit dem städtischen Krankenhaus unter der Trägerschaft der Stadt, das sei das ,,Wirtschaftlichste'', was er nach Anhörung von Krankenkassen und des Landesrechnungshofes vorschlagen könne. Daraufhin beschließt die Flensburger Ratsversammlung, dem sogenannten ,,Verbundmodell'' zuzustimmen ,,aus der Verantwortung für die bei den städtischen Krankenanstalten arbeitenden Menschen'' (K.O. Meyer, SSW).

Der Versuch der Stadt, sich mit dem Franziskus-Hospital zu arrangieren, scheitert kläglich. Nun versucht der Magistrat es mit der Diakonissenanstalt. Von der Landesregierung wird der Plan, mitten im Ballungsgebiet Duburg ein Großlazarett unter konfessioneller Fuchtel zu errichten, nur immer breiter unter der Devise ,,Wirtschaftlichkeit'' zugunsten des ,,Beitragszahlers'' propagiert.

Zum Scheitern der Verhandlungen mit dem Franziskus-Hospital erklärt die Landesarbeitsgemeinschaft der Personalräte der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser im Oktober: Finanzielle Gründe sind nur vorgeschoben. ,,Wir unterstellen jedoch, daß andere Gründe ausschlaggebend waren: Die katholische Kirche konnte von vornherein die Durchführung der von ihr bekämpften, noch so geringen Lockerung, des § 218 nicht dulden.'' Deutlich wird Pastor Dr.Feilcke, der Direktor der Diakonissenanstalt, im Flensburger Tageblatt, daß nichts laufe ,,ohne christlich bewußte und diakonisch aktive Schwestern.''

Krankenversorgung im Kreis Schleswig-Flensburg 1972 bis 1975

Bettenz.	1972	1973	1974	1975
Planmäßig	4056	3881	3881	3898
Für Akutkranke	50	51	29	31

Gemeint ist einerseits die völlige Ausnutzung der Arbeitskraft der Diakonissen, die demütig und ,,christlich bewußt'' ihre Haut fast umsonst zu Markte tragen müssen. Zum anderen sind qualifizierte Arbeitskräfte durch Pflegehilfeschüler und Zivildienstleistende ersetzt worden, die – aus den Entlassungen folgend – statt dem üblichen Schichtdienst in den sogenannten Springerdienst gezwungen werden. Nicht umsonst hat sich die Diakonieführung die rechtlosesten Arbeitskräfte ausgesucht, um diese Lohndrückerei durchzusetzen. Aber auch sonst hat sie sich Grundlagen geschaffen, um die Beschäftigten ständig unter Druck zu halten. In § 32 der Arbeitsvertragsrichtlinien des Diakonischen Werkes ist festgelegt, daß ,,bei Austritt aus der evangelischen Kirche oder bei schweren Vergehen gegen die Gebote der kirchlichen Lebensordnung'' den Beschäftigten fristlos gekündigt werden muß.

Aber nicht nur deshalb sind die konfessionellen Häuser verhaßt. Mit ihrer Haltung unterstützen sie direkt die Kostendämpfungsmaßnahmen, die die Landesregierung im Kreis Schleswig-Flensburg durchgezogen hat, was aus nebenstehender Tabelle hervorgeht und eine stärkere Konzentration der Krankenversorgung vom Umland auf Flensburg zur Folge hat. Die Schließung der Klinik Ost würde vor allem die Bevölkerung des Raumes Angeln und Glücksburg treffen.

Auf seiner Jahreshauptversammlung Anfang Dezember 1979 beschließt der Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten Flensburg erneut Aktionen gegen die Schließung der Klinik Ost, so einen Protestmarsch zum Flensburger Rathaus und eine Protestfahrt zum Kieler Sozialministerium. Der Verein verabschiedet einen Brief an das Sozialministerium, wo er sich gegen die Zentralisierung der Krankenversorgung ausspricht. Dieser Brief wird von 115 Ärzten aus Flensburg und Umgebung unterschrieben. Kurz darauf wird von 260 Angestellten der Städtischen Krankenanstalten auf einer Personalversammlung ein Aktionskomitee gegründet. In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten beginnt die Personalvertretung erneut eine Unterschriftensammlung mit den Forderungen ,,Für die Erhaltung und Modernisierung der Klinik Ost! Verhindern Sie die totale Konzentration der Krankenhausversorgung auf Duburg! Flensburg und Umland brauchen ein unabhängiges bürgernahes Krankenhaus im Osten der Stadt!'' (Unser Bild zeigt eine Unterschriftensammlung auf dem Holm) Bis zum 28. Dezember haben bereits 17000 diese Forderungen unterstützt. Um ihnen Nachdruck zu verleihen, hat der Verein zum 11. Januar 1980 eine Demonstration mit Kundgebung auf dem Südermarkt beschlossen.

Ab 1980 Einzelpflegesätze in staatlichen Krankenhäusern als Gradmesser der ,,Wirtschaftlichkeit''

b.suk. Spätestens bis zum 1.1.82 muß nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die kaufmännische Buchführung (KB) in den staatlichen Krankenhäusern durchgesetzt sein. Voraussetzung der KB sind Einzelwirtschaftspläne für jedes Haus. Seit dem 1.1.80 existieren sie. Um zur KB zu kommen, muß als erstes in allen Häusern die automatische Leistungsabrechnung eingeführt werden. Bis Ende Januar 1980 sollen von 12 Häusern 8 die Leistungsabrechnung über eine EDV-Anlage abwickeln. Der Dienstherr ist erheblich im Verzug. Im Okober beschloß der Senat einen weiteren Schritt in Angriff zu nehmen. Im 2. Arbeitsbericht des zur Einführung der KB eingesetzten Projektmanagement vom Mai 79 heißt es: ,,Das Konzept für den künftigen Landesbetrieb sieht vor, daß mit der dezentralen Wirtschaftsführung der Krankenhäuser auf Grundlage der Einzelwirtschaftspläne...die einzelnen Krankenhäuser...je für sich individuelle Pflegesätze aushandeln und festsetzen lassen (sollen).'' Auf sogenannten Selbstkostenblättern mußte jedes Krankenhaus den Krankenkassen aufstellen, wieviel Personalkosten, Sachkosten und Instandsetzungskosten ihr Pflegesatz beinhaltet. Ab dem 1.1.80 gelten nun fogende Pflegesätze:

Krankenh.	Einzelpflegesätze	bisherige Pfleges.
UKE	257,85 DM	246,75 DM
St. Georg	246,75 DM	246,75 DM
Barmbek	201,70 DM	202,80 DM
Eilbek	188,45 DM	202,80 DM
Altona	232,15 DM	221,20 DM
Harburg	223,15 DM	202,80 DM
Heidberg	234,60 DM	202,80 DM
Ochsenzoll	201,90 DM	202,80 DM
Wandsbek	211,10 DM	202,80 DM
Bergedorf	205,60 DM	202,80 DM
Hafenkran.	234,50 DM	234,50 DM

Schon lange beklagt die Gesundheitsbehörde, daß sie den Personalabbau nicht parallel zum Bettenabbau durchsetzen konnte. Im Haushaltsplan für 1980 hat der Senat den Posten Personalkosten in den staatlichen Krankenhäusern um 4,9% erhöht. Die ÖTV fordert 9% mindestens 180 DM. Das Volumen dieser Forderung beträgt 10,1%. Die Differenz dieser Lohnerhöhungen beträgt 18,4 Mio. DM.

Der Zweck der Einzelpflegesätze ist es, die Krankenhäuser in Konkurrenz zueinanderzutreiben. Ärzte werden die Empfehlung bekommen, aus Kostengründen ihre Patienten nicht in Häuser mit hohem Pflegesatz zu überweisen. Die Krankenkassen werden vermehrt überdurchschnittliche Krankenhausaufenthalte nicht mehr zahlen.

Schon jetzt muß eine Verlängerung eines Krankenhausaufenthalts bei den Kassen beantragt werden, mit Angabe der Diagnose. Um konkurrenzfähig zu bleiben, werden die Dienstherren der einzelnen Häuser die Pflegesätze senken oder mindestens halten wollen.

Das Personal wird sich aber weder vom Lohnkampf abbringen lassen, noch eine Verschlechterung der Patientenversorgung hinnehmen.

Unterstützung des Demokratischen Kampuchea durch HAW- und Phoenix-Arbeiter

b.gü. 15 Arbeiter und Angestellte von HAW haben in einem Brief an die vietnamesische Botschaft den sofortigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea gefordert. Fast alle Angestellten des Labors haben unterschrieben. Die Abteilungsleiter lehnten ohne Begründung ab. Auch einige Vertrauensleute unterstützen die Aktion. Der Brief lautet:

,,Wir fordern Sie auf, unverzüglich Ihre Truppen aus dem Demokratischen Kampuchea abzuziehen und den Vernichtungskrieg gegen das Volk von Kampuchea zu beenden. Dazu sind Sie von der UNO, d.h. der übergroßen Mehrzahl der Länder der ganzen Welt, wiederholt aufgefordert worden. Das Volk von Kampuchea hat das unverzichtbare Recht, unter der Führung seiner rechtmäßigen Regierung seine Geschicke selbst zu bestimmen.''

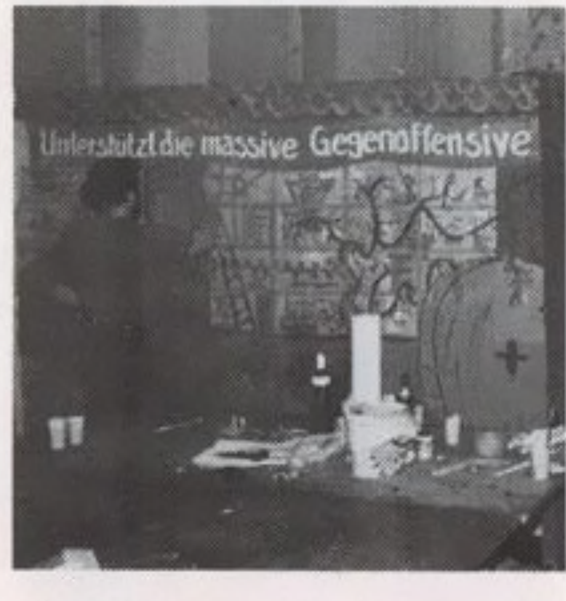
Ein Durchschlag wurde mit einem Begleitbrief an die Bundesregierung geschickt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, alles zu tun, um die Beschlüsse der UNO, denen sie selbst zugestimmt hat, in die Tat umzusetzen. ,,Dazu gehört z.B., daß alle Hilfsgüter an die rechtmäßige Regierung und das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea geschickt werden... Dazu gehört vor allem, daß die Bundesregierung endlich die rechtmäßige Regierung in Kampuchea diplomatisch anerkennt'', heißt es in dem Brief. Durchschläge der Briefe gingen an die örtliche Presse.

Arbeiter der Phoenix-Harburg haben in einem Leserbrief an die ,,Harburger Anzeiger und Nachrichten'' deren Berichterstattung über das Demokratische Kampuchea angegriffen und die Propagandalügen vom ,,Mörderregime Pol Pot'' zurückgewiesen. Der Einleitungsteil des Briefes, der die Berichterstattung der HAN angreift, wurde nicht abgedruckt – der Teil, der die Aufbauleistungen des kampucheanischen Volkes unter Führung seiner rechtmäßigen Regierung Pol Pot belegt, wurde vollständig am 17.12. mit vier Wochen Verzug gedruckt.

Musiktage 1979 der Bezirksgruppe Nordost



Arbeiter und Bauern haben in ihren Kämpfen stets eine eigene Kultur entwickelt. Mit Bildern, Karikaturen und revolutionärer Musik werden die Referate zu den Klassenkämpfen in der Bezirksgruppe Nordost (vom ausgehenden 15. bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts) illustriert.



Die Kulissen für die Theateraufführung ,,Die Finsternis vor dem Morgengrauen' (aus dem antijapanischen Widerstandskrieg) werden gebaut.



Auch vierstimmige Sätze mit Instrumentalbegleitung werden von den Musikzügen einstudiert. Fortschritte werden in der Komposition gemacht.



Zur Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression findet in der Innenstadt ein Platzkonzert mit Liedern aus den Befreiungskämpfen statt. Platzkonzert, Kundgebung und Spendensammlung finden breite Zustimmung.



Am 23.12.79 fand in Brokdorf eine Demonstration gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Schleswig statt, das die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf für rechtmäßig erklärt und damit den Baustopp aufgehoben hatte. Zu der Demonstration kamen über 2000, darunter viele Bauern aus der Umgebung, die die Demonstration mit 23 Treckern anführten. Bei der anschließenden Kundgebung griffen der Bürgermeister von Wewelsfleth, Hauptkläger im Schleswiger Prozeß, und ein Bauer aus Brokdorf die Regierungen, namentlich Schmidt, Lambsdorff und Stoltenberg an, die im Interesse der Profite der Industrie ihr Energieprogramm durchsetzen wollten. Sie erklärten, daß sie auch das Schleswiger Urteil nicht davon abhalten kann, den Bau auch weiterhin zu verhindern.

Widerstand dreier Gemeinden gegen Steuergesetze

r.thc. Die Eiderstedter Gemeinden Tümlauer Koog, Grothusenkoog und Norderfriedrichskoog erheben keine Gemeindesteuern. Auf deren Erhebung legt die Landesregierung großen Wert, weil sie Bestandteil ihrer Steuerausplünderung sind. Deswegen ist bei diesen Gemeinden die Zahlung eines Zuschusses an den örtlichen Schulverband bzw. zum Gastschulbeitrag (im Tümlauer Koog gibt es keine Schulen, weswegen die Schüler nach St. Peter-Ording fahren müssen) von der Landesregierung verweigert worden.

diesen Gemeinden die Zahlung eines

In Schleswig-Holstein macht der Anteil der Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern mehr als 86% aller Gemeinden aus. Mehr als 30% der Wohnbevölkerung lebt in diesen Gemeinden.

Es gibt wenig Industrie in diesen kleinen Gemeinden. Also sind die Gemeinden nicht gezwungen, den Kapitalisten teure Investitionsprogramme zu finanzieren. Im Tümlauer Koog gibt es keine Kapitalisten, die mit einer Gewerbesteuer belegt werden könnten, und die Erhebung der Grundsteuer, einer Gemeindesteuer, würde auf Selbstbesteuerung hinauslaufen, da es sich um eine bäuerliche Gemeinde handelt. Die Landesregierung mag das nicht. Streichung des Zuschusses für den Schulverband ist nur ein kleiner Teil dessen, womit sie versucht, alle Gemeinde in ihre Regie zu zwingen.

Wichtigster Hebel dazu ist das ,,Kommunale Finanzausgleichsgesetz" (FAG), das 1955 endgültig installiert wurde und seitdem mehr als 10 ,,Anpassungen" erfahren hat.

Die Gemeinden müssen an die Kreise bzw. die Ämter Kreis- und Amtsumlagen zahlen – oftmals mehr, als ihre eigenen Einnahmen betragen. Bei der Gemeinde Tümlauer Koog beträgt die Kreisumlage für 1980 24200 DM und die Amtsumlage 19900 DM, zusammen 44100 DM. Die eigenen Einnahmen der Gemeinde aus Pachtzinsen und dem Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer machen 31500 DM aus. Die Landesregeirung gewährt über den Kommunalen Finanzausgleich Schlüsselzuweisungen, hier 49500 DM. Macht zusammen 81500 DM, damit ist der Haushalt mit Ausgaben von 94100 DM noch nicht gedeckt. Um an die restlichen 12600 DM zu kommen, muß die Gemeinde Nachweis über ihre Ausgaben führen und sich zum Bittgang an Kreis und Landesregierung vorbereiten. Denn stehen die Schlüsselzuweisungen über das FAG, gemessen an der Steuerkraft der Gemeinde, dieser zu, so heißt es z.B. bei den Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen, daß sie gewährt werden *können* und diese nicht gezahlt werden, wenn 1. die Haushaltsfehlbeträge durch Ausgaben entstanden sind, welche bei Anlegung eines strengen Maßstabes nicht als unbedingt notwendig erkannt werden und 2. wenn sie durch eigene Einnahmen gedeckt werden könnten, wenn die Realsteuern mit einem Hebesatz erhoben und alle anderen Einnahmequellen ausgeschöpft würden. Über die Bewilligung dieser Bedarfszuweisungen entscheidet der Innenminister. Das FAG ist jetzt dahingehend geändert worden, daß die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden gesenkt werden, während sie erhöht werden für die Kreise und die Kreisfreien Städte, in denen die Lohnsummensteuer weggefallen ist. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Finanzmasse für Schlüsselweisungen insgesamt gegenüber den antragspflichtigen Bedarfszuweisungen. So sollen die Gemeinden, die keine eigenen Steuern erheben, gezwungen werden, Steuern einzutreiben, um ihren eigenen Haushalt zu decken, oder sie müssen sich beim Finanzkapital verschulden und zudem noch notwendige Ausgaben streichen. Dagegen richtet sich der Widerstand der genannten Gemeinden.

49500 DM. Macht zusammen 81500

Verödung des flachen Landes durch Konzentration des Schul-, Handels-, Verkehrs- und Verwaltungswesens

r.dum. 1978 beschloß das Bundespostministerium im Bundesgebiet insgesamt 9000 Poststellen zu schließen. Diese Schließungen sollten vor allem auf dem Lande stattfinden. Von Seiten der Gewerkschaft und der Kollegen gab es Widerstand gegen diese Pläne. Die Post richtete daraufhin eine Untersuchungskommission ein, die einerseits abstumpfen sollte, auf der anderen Seite einen geeigneten Plan zur Durchsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen vorlegen sollte. Das Ergebnis ist dasselbe wie das des Ministeriums, mit dem Unterschied, daß die Kommission den Plan vorschlägt mobile Postbusse einzusetzen, da das als ,,kundenorientiert zu betrachten ist".

Beschleunigt ist seit dem Kriege die Konzentration des Staatsapparates und dessen Einrichtungen vorangeschritten. Gleichzeitig sind damit auch verschiedene Versorgungseinrichtungen auf Ebene der Gemeinden verschwunden. Im September 1945 ernennen die britischen Besatzer einen Kreisvertrauensrat für die Stadt Melle und sieben Samtgemeinden. Schulträger sind die Gemeinden und die Stadt Melle, sowie Schulzweckverbände. Insgesamt entstehen im Kreis Melle 15 Grundschulen. Als im November 1947 für die Jugendlichen in der Landwirtschaft die Berufsschulpflicht eingeführt wird, entstehen in allen Gemeinden landwirtschaftliche Berufsschulen. Über die Schulzweckverbände setzte der Landvolkverband die Errichtung einer Landwirtschaftsschule durch. Mit der Einführung des 9. Schuljahres 1962 wird der Kreis zur Errichtung neuer Gebäude gezwungen und nimmt zum ersten Mal einen 3 Mio. Kredit vom Kapitalmarkt. Mit dieser Maßnahme wird ,,der Neubau und Ausbau der Mittelpunktschulen nun vorangetrieben". Der ,,Kreistag entscheidet sich für eine gemäßigte Konzentration". Die Grundschulen bleiben zunächst erhalten, ein Teil deren Hauptschulzweige geschlossen. Mit der Gebietsreform 1972 setzt die Bourgeoisie die weitere Entrechtung der Kommunen als auch die fortschreitende Konzentration im Schulwesen durch. Die Gemeinden und Zweckverbände werden als Schulträger durch die Stadt Melle aufgelöst. 9 Grundschulen werden geschlossen. Schon früher wird die Landwirtschaftsschule in eine Sonderschule umgewandelt. Mit der Durchsetzung des Niedersächsischen Schulgesetzes 1974 bleiben von den 6 Hauptschulzweigen nur noch 3 übrig, gleichzeitig betreibt der Regierungspräsident von Osnabrück den Aufbau eines Schulzentrums in Melle Mitte, in dem auch die Berufs- und Fachschulen konzentriert werden.

Der öffentliche Nahverkehr ist im wesentlichen auf den Schülertransport konzentriert worden. Mit der Veröffentlichung des Sommerfahrplans '78 hat die Bundesbahn vor allem in ländlichen Gebieten Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt. Für Melle bedeutet das, daß 4 Eilzüge auf der Strecke Osnabrück Hannover im Stadtgebiet nicht mehr halten. Kollegen, die in Osnabrück beschäftigt sind, müssen jetzt nach der Frühschicht erst nach Löhne fahren und von dort zurück nach Melle. Im Einzelhandel ist der Konzentrationsprozeß seit zwei Jahren mit der Errichtung eines Einkaufszentrums soweit fortgeschritten, daß im Stadtgebiet, vor allem in den Dörfern, 9 kleine Geschäfte dicht machen mußten.

Nach der Gebietsreform sind der Stadt nahezu alle staatlichen Dienststellen abgezogen worden, bzw. in Nebenstellen umgewandelt worden und in Osnabrück konzentriert worden. Das bedeutet, daß man, um Änderungen im Führerschein vornehmen zu lassen nach Osnabrück fahren muß. Da das Amt in Osnabrück bis 12 Uhr geöffnet hat, muß man sich dafür frei holen.

Die Verödung des Landes und Entrechtung der Kommunen ist beständig. Ohne Kampf um eine demokratische Kommunalverfassung ändert sich daran nichts.

Norddeutsche Drogenentziehungsanstalt, um die Arbeits

Norddeutsche Drogenentziehungsanstalt, um die Arbeitskraft wieder für die Ausbeutung verfügbar zu machen

r.scm. Als norddeutsches Gemeinschaftsprojekt wollen die Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Westberlin die Errichtung einer Entziehungsanstalt für jugendliche Drogenabhängige bei Zeven (Landkreis Rotenburg) betreiben. Ein entsprechendes Verwaltungsabkommen wurde bereits Anfang November unterzeichnet. 100 Plätze sollen hier entstehen, wovon Niedersachsen, das den größen Anteil von Kosten und Plätzen übernimmt, das Belegungsrecht für 30 hat.

Neben den Behandlungsmöglichkeiten in Universitätskliniken und der Städt. Nervenklinik in Hannover-Langenhagen nennt das Niedersächsische Ärzteblatt (13/79) folgende Zahlen für Behandlungsplätze für Drogensüchtige:

Fachkliniken (freigemeinnützige oder private Trägerschaft 403
Einrichtungen für chronisch Alkoholkranke 53
Heime u. Übergangsheime 47
therapeut. Wohngemeinsch. 198

Ferner werden 38 Drogenberatungsstellen und 148 Abstinenz- und Selbsthilfegruppen angegeben (alle Zahlen für Niedersachsen).

Auf der anderen Hand gibt der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit an: ,,Der harte Kern der Suchtstoffabhängigen wird in Niedersachsen auf 2000 bis 3000 geschätzt." Allein in einer Drogenberatungsstelle in Hannover haben sich 1978 698 ,,Ratsuchende" eingefunden. (Hannoversches Wochenblatt 35/79). Die Kriminalstatistik verzeichnet für die BRD eine Steigerung der Rauschgiftdelikte um das 40fache in den letzten 15 Jahren (Kriminalstatistik 4/79). Für Westberlin verzeichnet die Kriminalstatistik:

	Verdächtigte	Verurteilte
insgesamt	3310	730
unter 14 J.	1	
14 – 15 J.	45	12
16 – 17 J.	228	43

(Berliner Statistik 10/79)

Man könnte sich angesichts dieser Zahlen über die Kleinlichkeit des Projektes ,,Norddeutsches Drogenkrankenhaus" – ganze 24 Plätze für Westberlin, lediglich 3,2 Mio. DM Investitionen – wundern. Aber die Behandlung aller Drogensüchtigen ist der Bourgeoisie auch gar nicht gelegen, weil zu teuer. Für die Finanzierung von Entzugs- und Entwöhnungsbehandlungen haben die Kranken- und Rentenversicherungsträger in einer Empfehlungsvereinbarung als Vorraussetzung für eine Entwöhnungsbehandlung festgelegt, daß ,,der Abhängigkeitskranke voraussichtlich auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft wieder eingegliedert werden kann" und als Voraussetzung für die Entzugsbehandlung, daß sie ,,vor einer Entwöhnungsbehandlung erforderlich ist". Bevor eine Entscheidung über die Einleitung einer stationären Behandlung getroffen wird, muß der Arzt bei der Kasse u.a. zunächst einen ,,Sozialbericht" einreichen, der auf folgende Fragen einzugehen hat: ,,Liegt Suchtmittelabhängigkeit von Krankheitswert vor? Besteht infolge der festgestellten Erkrankung Arbeitsunfähigkeit oder ist eine solche zu befürchten? Ist die Erwerbsfähigkeit gefährdet oder gemindert und kann sie voraussichtlich durch eine stationäre Behandlung erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden? ..." (Nds. Ärzteblatt 19/79). Daß die Arbeitskraft den Kapitalisten wieder zur Verfügung gestellt wird, ist das einzige Ziel der Rehabilitation. Der Zwangscharakter dieser Behandlung ist nicht geringer als die in den Gefängnissen, die für die Masse der Drogensüchtigen, vorbehalten sind: Die Statistischen Jahrbücher für Niedersachsen weisen für die Jahre 1961/62, 1966/77, 1970/71 und 1976/77 189 gerichtliche Zwangseinweisungen in Entziehungsanstalten aus.

Die ideologische Begleitmusik liefert kürzlich die Nordelbische Kirche: In einem 10-Punkte-Programm fordert sie ein absolutes Alkoholverbot während der Arbeitszeit. Jede dritte Flasche Schnaps würde während der Arbeitszeit geleert (Berichte vom Tage, 18.12). Für die Kirche ist die Kampagne gegen den ,,Alkoholmißbrauch" gerade recht, um die Intensivierung der Arbeit zugleich mit der Einschränkung der Reproduktionsmittel zu fordern.





Zivildienstleistende zum Arbeitsdienst ins Moor

Geschichtliches zur Urbarmachung und zum Torfabbau

r.wik. Der Bundesbeauftragte für Zivilschutz Hans Iven, hat der niedersächsischen Landesregierung den Vorschlag unterbreitet, Zivildienstleistende z.B. in Moorgegenden einzusetzen. Das Albrechtkabinett hat sofort zugegriffen. Ab Mai sollen 3 Gruppen zu je 12 Personen als Modellversuch eingesetzt werden. Eine Gruppe im Harz bei der Forstverwaltung, eine in der Heide und die dritte Gruppe im Moor im Emsland. Für die Öffentlichkeit soll dieser Arbeitsdienst unter dem Fähnlein des „Umweltschutz" laufen. Es ist das gleiche Motto, mit dem derzeit Zivildienstleistende zum Innendienst in Ämtern des Landwirtschaftsministeriums oder in Landkreisen verpflichtet worden sind. Es soll somit jetzt der Außendienst anlaufen. Sofort stellt sich für die Landesregierung die Frage der Kasernierung und der Mobilität im Arbeitseinsatz: „... ob sie geschlossen untergebracht und ob sie ganzjährig am gleichen Standort eingesetzt werden müssen", das soll mit Hans Iven noch abgeklärt werden, schreibt die Hannoversche Allgemeine. Beides wäre von Vorteil und würde bereits diese Stufe des Arbeitsdienstes praktisch vervollkommnen.

Besonders im elften, zwölften und dreizehnten Jahrhundert sind bereits zahlreiche Ansiedlungen von Bauern auf dem Moor anzutreffen. Vor 300 Jahren begannen die Holländer den holländischen Teil des 100000 ha großen Bourtanger Moors mit Kanalsystemen zu durchziehen und das Moor abzutorfen. Nicht allein die Gewinnung von Brennstoff war für das in dieser Hinsicht arme Holland bedeutend. Auch die Erschließung landwirtschaftlich nutzbaren Landes war das Ziel. Der gewonnene Torf wurde bald nach Bremen und Hamburg verkauft. In den Moorsiedlungen lebten bis 350 Menschen. Auf der deutschen Seite begannen die Bauern im wesentlichen mit dem Kultivieren der Hochmoore durch Moorbrennen und Düngung. Landnahme durch arme Bauern herrschte vor. Direkte Kolonisierung des Moors durch die Oldenburgischen Herrscher konnte nur mit langjähriger Befreiung von Steuern und Abgaben durchgeführt werden.

Das preußische Landwirtschaftsministerium veranlaßte um 1870, daß im Gebiet Aurich das Moor abgetorft werden soll nach holländischem Vorbild. Gefangene französische Soldaten taten die ersten Spatenstiche. Das Verlangen nach elektrischer Energie und dem dafür nötigen Brennstoff führte zu einem Vertrag zwischen Preußen und Friedrich von Siemens, über den Bau eines Kraftwerkes im Moor, welches über Torf gespeißt werden sollte. Der Staat übernahm den Torfabbau in direkter Regie. Bis zu 3000 Arbeiter sollten den Torf stechen. 1000 sind es nur geworden. Die Produktivkraft der Arbeit hielt nicht stand mit dem Verlangen nach Strom in den Kriegsjahren des 1. Weltkriegs. Als nach dem dem Krieg die Gewerkschaften die Abschaffung der Akkordarbeit für die Torfarbeiter verlangten, stand das Projekt vor der Pleite. Vor und mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde der billige Abbau von Torf durch politische Gefangene, Kriegsgefangene und entrechtete Nationalitäten wieder umfassend aufgenommen. Die Einrichtung der Konzentrationslager und Gefangenensiedlungen, besonders im Emsland gibt das deutlich wieder. In dieser Tradition den Arbeitsdienst fortzuführen fangen die Regierungsebenen heute bereits viel früher an.



Korsische Bauern bekämpfen Großgrundbesitzer und französisches Kapital



z.pel.Paris. Am 17. Dezember besetzten mehrere hundert korsische Bauern die Landwirtschaftskammer in der Hauptstadt Bastia und blockierten mit ihren Traktoren die Regionalverwaltung in Ajaccio (Bild). Anläßlich der Einsetzung des neuen Vorsitzenden der Gesellschaft für die Entwicklung des korsischen Bodens (SOMIVAC) durch die französische Zentralregierung verlangten sie die sofortige Beendigung der Vergabe günstiger Kredite der Gesellschaft an französische Großgrundbesitzer und Touristikkapitalisten.

Seit der Gründung der SOMIVAC 1957 im Rahmen des Programms „Regionalaktion" ist sie Instrument des französischen Großgrundbesitzes zur Vernichtung der korsischen Kleinbauern und der Ausbeutung der stets wachsenden Masse der Landarbeiter. 95% der bis 1977 vergebenen Kredite von über 250 Mio. FF sind für Infrastrukturmaßnahmen zugunsten der 378 Großgrundbesitzer, vornehmlich in den Weinbau und in den Tourismus geflossen. Die noch knapp 7000 Klein- und Mittelbauern (1957: 12000), die weniger als 25% des landwirtschaftlichen Wertprodukts schaffen, müssen bis heute ihre Waren vielfach auf Eseln aus den Bergen auf die Märkte an der Küste transportieren. Bis 1985 sollen nach den Planzielen der SOMIVAC weitere 3000 von ihnen vernichtet werden.

Länder Südostasiens begegnen Raubbau an ihren Wäldern

Weltmarktpreis für Sperrholz verdoppelt / Bemühungen um Wiederaufforstung

z.mat.Sydney. Innerhalb von 12 Monaten ist der Preis für tropisches Hartholz auf das Doppelte gestiegen. Baumstämme aus Sabah, die 1970 bis 1978 zu 2–4 Malay-Dollar je Kubikfuß gehandelt wurden, erreichten Ende 1979 bis zu 12 Malay-Dollar. Mit 35 Millionen m³ blieb die Weltproduktion 1979 um 2,5 Millionen hinter dem Bedarf zurück. Das erzeugt gewaltigen Druck auf die Länder Südostasiens, die die größten Hartholzproduzenten sind (Asien und Pazifik produzierten 1974 63,3% der Weltproduktion und 83,7% des Exports). Der ausgedehnte Waldbestand der ASEAN-Länder und Papua-Neuguineas ist einer ihrer bedeutendsten Naturschätze. Tropisches Hartholz ist vor allem bei der Herstellung von Sperrholz begehrt, und die Imperialisten haben sich schon vor mehr als einem Jahrzehnt Einschlagrechte in allen diesen Ländern gesichert.

Führend in der Plünderung der Holzbestände sind die japanischen Imperialisten. Jahrelang bestimmte ein Konsortium von 15 Handelsgesellschaften, das den Einkauf für 30000 japanische Sägewerke monopolisierte, den Preis für das Holz. Zunehmend lassen japanische Firmen durch Tochtergesellschaften fällen und das Holz zu künstlich niedrigem Preis an die Muttergesellschaften verkaufen. Der Profit aus den steigenden Preisen wird dann in Japan gemacht. Die US- und EG-Imperialisten importieren Sperrholz vor allem aus Taiwan und Südkorea, wo sie die Abnahmepreise bestimmen und das Steigen der Preise für das Rohmaterial durch verstärkten Druck auf die dortigen Arbeiter ausgleichen können.

Seit die Nachfrage nach tropischem Holz 1978 das Angebot erstmals überstieg, haben die Produzentenländer verstärkte Anstrengungen unternommen, den imperialistischen Preisvorschriften zu begegnen. In den ASEAN-Ländern wurde der Verband der südostasiatischen Holzproduzenten Sealpa gegründet. Das Rückgrat von Sealpa bildet Indonesien, dessen Holzeinschlag in den letzten 15 Jahren verzehnfacht worden ist. Erste Versuche, Sealpa zur Preiskontrolle einzusetzen, wurden von den japanischen Konzernen unterlaufen, indem sie 5–6 Millionen m³ (den Bedarf für 3 Monate) in Japan auf Lager legten und das in Indonesien gefällte Holz bei hohen Preisen verrotten ließen. Jetzt schließt Sealpa Verträge ab, bevor das Holz gefällt wird. Gleichzeitig versucht die Regierung durchzusetzen, daß Firmen, die eine Einschlaglizenz erhalten, nach spätestens drei Jahren ein Sägewerk im Land betreiben und dafür 60% des Holzes verwenden.

Ein Problem für die Entwicklung der nationalen Holzverarbeitung bilden die mangelhaften Verkehrswege. Das hat zur Folge, daß Holzbestände in der Umgebung von Sägewerken übermäßig gefällt werden und die Kapazität der Werke schon nach kurzer Zeit nicht mehr ausgelastet werden kann. In den Philippinen, wo der Export von Hartholz 1982 beendet werden soll, sind die 341 bestehenden Sägewerke nur zu 30% ausgelastet. Das Problem wird dadurch verschärft, daß Wiederaufforstungsmaßnahmen oft völlig unterblieben. Die ursprünglichen Vorschriften der Regierungen, die auf Erhalt des Bestandes durch selektiven Einschlag berechnet waren, sind erfolglos geblieben. Dabei sollten nur größere Bäume gefällt werden und die Laubdecke soweit erhalten bleiben, daß die jüngeren Bäume auf der Suche nach Licht schnell und gerade nachwachsen. Die Konzerne mißachteten jedoch die Notwendigkeit, die Bäume in bestimmter Richtung zu fällen, und zerstörten damit den Jungbaumbestand. Noch heute sind imperialistische Konzerne in entlegenen Gebieten wie Westirian (Indonesien) und Grenzgebieten Thailands, das infolge des Raubbaus inzwischen zum Holzimporteur geworden ist, bei illegalem Holzeinschlag in großem Stil tätig.

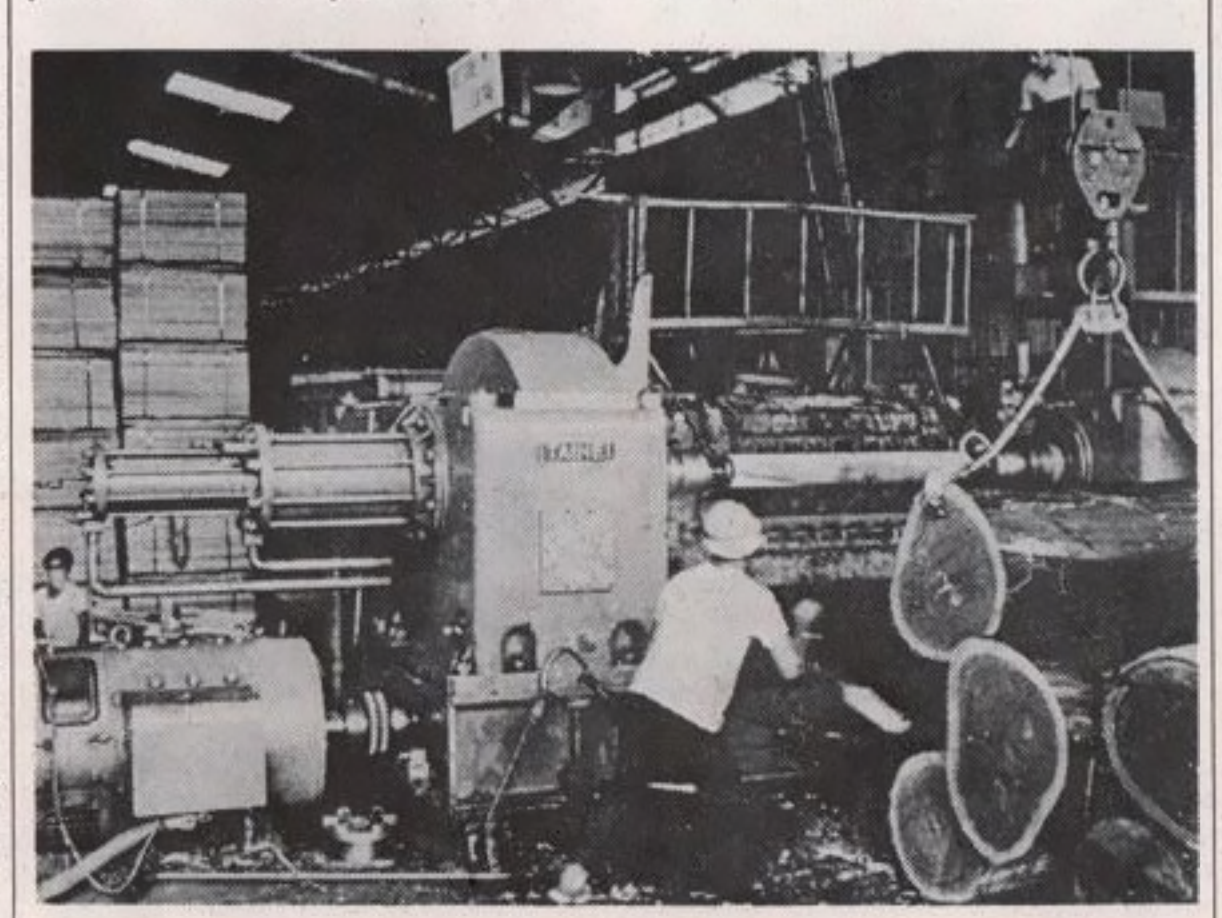
Um den Erhalt des Waldes zu gewährleisten, haben die Regierungen Abgaben für Wiederaufforstung eingeführt und Programme für das planmäßige Anpflanzen neuer Bäume begonnen. Die Methode erfordert großen wirtschaftlichen und Kapitalaufwand. In Saban (Nordkalimantan/Malaysia) kauft die Regierung deshalb kleinere Konzessionen, die ein Aufforstungsprogramm nicht finanzieren könnten, wieder zurück und vergibt sie in Größen von mindestens 120000 Hektar an Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung. Nur ein Bruchteil der vertraglich festgelegten Aufforstung ist von den japanischen und US-Konzernen jedoch bisher durchgeführt worden.

Papua-Neuguinea, dessen Waldreichtum für steigende Exporteinnahmen genutzt werden soll, hat von der Zeit der australischen Verwaltung Verträge mit japanischen Konzernen übernommen, die den Einschlag von Hunderttausenden von Hektar vorsehen. Mit neu entwickelter Maschinerie wird das wertvolle Hartholz teilweise zu Papiermasse zermahlen, nur um die Dörfer herum bleiben jeweils 40 Hektar Wald stehen. Diese Verträge werden jetzt schrittweise abgelöst. 15000 Hektar sind wieder aufgeforstet worden, jährlich kommen weitere 680 Hektar hinzu. Mit einer dreimaligen Erhöhung des Mindestpreises für Holzexport hat die Regierung 1979 den Preis an den Weltmarktpreis angeglichen und die Konzerne gezwungen, die Profite im Land zu versteuern.

Holzproduktion in Südostasien

Land	a	b	c	d
Indonesien . .	1,90	64	26	18,2
Philippinen .	0,30	53	6,5	1,5
Malysia.	0,33	27		
Malaya . . .			10,2	2,0
Sabah			11,1	10,0
Thailand. . . .	0,54	37	–	0,0
Papua-Neug.	0,46	70	–	0,5

a: Fläche des Landes (Mio. km²), b: Waldanteil (%), c: Holzproduktion (Mio. m³), d: Holzexport (Mio. m³)



Sägewerk japanischer Kapitalisten in den Philippinen

Hotelkapitalisten kaufen billige sizilianische Arbeitskräfte

z.mes. Einen Vertrag mit der Region Sizilien über die Lieferung billiger sizilianischer Arbeitskräfte haben die Westberliner Hotel- und Gaststättenkapitalisten mit aktiver Hilfe des Arbeitssenators Sund erzielt. 270 sizilianische Arbeitskräfte erhalten gegenwärtig in Italien eine siebenmonatige Vorausbildung und sollen ab Mitte nächsten Jahres in Westberlin als Köche, Kellner, Serviererinnen oder Küchenmädchen arbeiten. Ein Berufsschultag in der Woche diente als Vorwand, ihnen Praktikantenverträge aufzuzwingen, d.h. die sizilianischen Arbeitskräfte unterliegen nicht den Tarifverträgen und erhalten eine noch niedrigere Bezahlung als Beschäftigte mit normalen Arbeitsverträgen. Ferner sind nur befristete Arbeitsverträge vorgesehen, obwohl die sizilianischen Arbeitskräften im Rahmen der EG unbegrenzte Arbeitsverhältnisse zustehen. Das Projekt wird mit Mitteln des Westberliner Senats und des EG-Sozialfonds finanziert. Auf Anfrage wertete ein Vertreter des Arbeitssenators den Vertrag als eine „rundum positive" Sache, ausdrücklich auch die Tatsache der durchbrochenen Tarifverträge. Gerade erst hat die Gewerkschaft NGG für ihren neuen Manteltarifvertrag ab 1.1.80. die Fünf-Tage-Woche bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 42 Stunden durchgesetzt. Der Vertrag über Ankauf von sizilianischen Arbeitskräften wird von der Gewerkschaft abgelehnt.

Beschlüsse gegen die Flurbereinigung am Kaiserstuhl

z.evc. Am 8.11. beschlossen 86% der Teilnehmer auf einer vom Flurbereinigungsamt einberufenen Versammlung in Vogtsburg/Bischoffingen am Kaiserstuhl eine Zurückstellung der geplanten Rebumlegung. Die beiden letzten Umlegungen hätten sie finanziell derart belastet, daß weitere nicht mehr verkraftet werden könnten. Durch den Ausfall von drei Herbsterträgen würden sie sich außerstande sehen, die anfallenden Kosten zu bezahlen, führten Winzer aus. Einige Wochen später fand erneut eine Versammlung in Vogtsburg/Oberrotweil statt, wo der Vorstand der Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung gewählt und diese somit eingeleitet werden sollte. Von Seiten des Flurbereinigungsamtes und einiger Winzer war geplant, eine erneute Abstimmung zu verhindern, stattdessen eine „Kommission von 8 bis 10 Betroffenen (zu wählen), die im Stadium der ersten Vorbereitungen mit den Ingenieuren des Flurbereinigungsamtes zusammen ist und plant". Die Mehrheit von über 500 anwesenden Winzern verlangte Abstimmung. Einer rechnete vor, daß die Umlegung pro Hektar – einschließlich Kosten für Landzukauf, weil ⅓ vom Hektar für Wegebau etc. verloren geht – ca. 120000 DM kosten würde. Alle sind bereits verschuldet. Unter den etwa 250 direkt von der Umlegung Betroffenen sprachen sich in geheimer Abstimmung ⅔ gegen die Flurbereinigung aus.

Dänische Bauern gegen Krisenprogramm



z.bag. Aus Protest gegen das neue Krisenprogramm der dänischen Regierung rief der Bauernverband am 19.12. zu einer „größeren Ausstellung landwirtschaftlicher Geräte" vor dem Regierungsgebäude in Kopenhagen auf. Die Regierung will mit der Erhebung einer Sondersteuer von 7 Promille auf landwirtschaftlichen Boden zusätzliche 200 Millionen Kronen eintreiben. Als Rechtfertigung für diese Verschärfung der Ausplünderung führt die Regierung an, daß damit „der Gewinn abgesaugt werden" soll, den die Landwirtschaft mit der Abwertung der Krone angeblich macht. Auf der Jahresversammlung des Bauernverbandes am nächsten Tag betonte der Vorsitzende die „Notwendigkeit, daß die Bauern sich mit der Arbeiterbewegung über die Probleme verständigen".



Schlechtwetterzeit: Gezwungen durch den Schlechtwettersatz von 800 bis 1000 DM/Monat Arbeit unter den widrigsten Witterungsbedingungen.

Winterbauförderung – groß angelegte Plünderung der Arbeitslosenkasse durch die Kapitalisten

z.mid. Laut einer Untersuchung der IG Bau-Steine-Erden in den Wintermonaten November '78 bis März '79 waren 50% der Arbeitsplätze in der Bauindustrie nicht ausreichend beleuchtet, 23% der Baustellen nicht sicher befahrbar, 8% der Gerüste, die häufigste Quelle von Arbeitsunfällen, waren nicht vorschriftsmäßig gesichert. Obwohl ein direkter Zusammenhang zwischen der Arbeit unter solchen Umständen und den hohen, nur vom Bergbau überbotenen Unfallzahlen von 800 – 1200 Toten im Jahr in der Untersuchung nicht ermittelt wurde, steht fest, daß allein die Unfallgefahr größer ist, abgesehen vom häufigeren Auftreten rheumatischer Krankheiten, sowie Erkältungs-, Lungen- und Nierenkrankheiten. Dies ist die eine Seite der Bilanz des Winterbaus für die Bauarbeiter. Die andere Seite ist der Lohnverlust in Zeiten, wo die Baukapitalisten ,,witterungsbedingt" nicht arbeiten lassen, deshalb auch keinen Lohn zahlen. In §4.5 des Bundesrahmentarifvertrages sind die Baukapitalisten von dieser Pflicht entbunden.

In der Schlechtwetterzeit vom 1. November bis 31. März bekommen die Bauarbeiter des Bauhauptgewerbes stattdessen Schlechtwettergeld, das wie Kurzarbeitsgeld in Höhe von 68 % des Nettolohns gezahlt wird. Es wird aus der Arbeitslosenkasse gezahlt. Die Zahlung von Schlechtwettergeld wurde im 2. Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 7.12.1959 festgelegt. Der Verabschiedung des Gesetzes ging eine Untersuchung der Bundesregierung ,,über die finanziellen, technischen und sozialen Probleme des kontinuierlichen Bau-

Zeiten, wo die Baukapitalisten ,,witterungsbedingt" nicht arbeiten lassen, deshalb auch keinen Lohn zahlen. In §4.5 des Bundesrahmentarifvertrages sind die Baukapitalisten von dieser Pflicht entbunden.

In der Schlechtwetterzeit vom 1. November bis 31. März bekommen die Bauarbeiter des Bauhauptgewerbes stattdessen Schlechtwettergeld, das wie Kurzarbeitsgeld in Höhe von 68 % des Nettolohns gezahlt wird. Es wird aus der Arbeitslosenkasse gezahlt. Die Zahlung von Schlechtwettergeld wurde im 2. Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 7.12.1959 festgelegt. Der Verabschiedung des Gesetzes ging eine Untersuchung der Bundesregierung ,,über die finanziellen, technischen und sozialen Probleme des kontinuierlichen Bau-

ens" voraus. Diese Probleme wurden dann ab November 1958 im Bundestag gewälzt, und die Baukapitalisten förderten die endgültige Lösung des Problems, indem sie 1958/59 rund 750000 Bauarbeiter ,,witterungsbedingt" entließen.

In der Gewerkschaft gab es um die Zustimmung zu einer solchen Regelung, die von Georg Leber ab 1953 vertreten wurde, scharfe Auseinandersetzung, ,,traf auf Skepsis vieler und auf entschiedene Ablehnung einer Minderheit", den Mitgliedern der KPD.

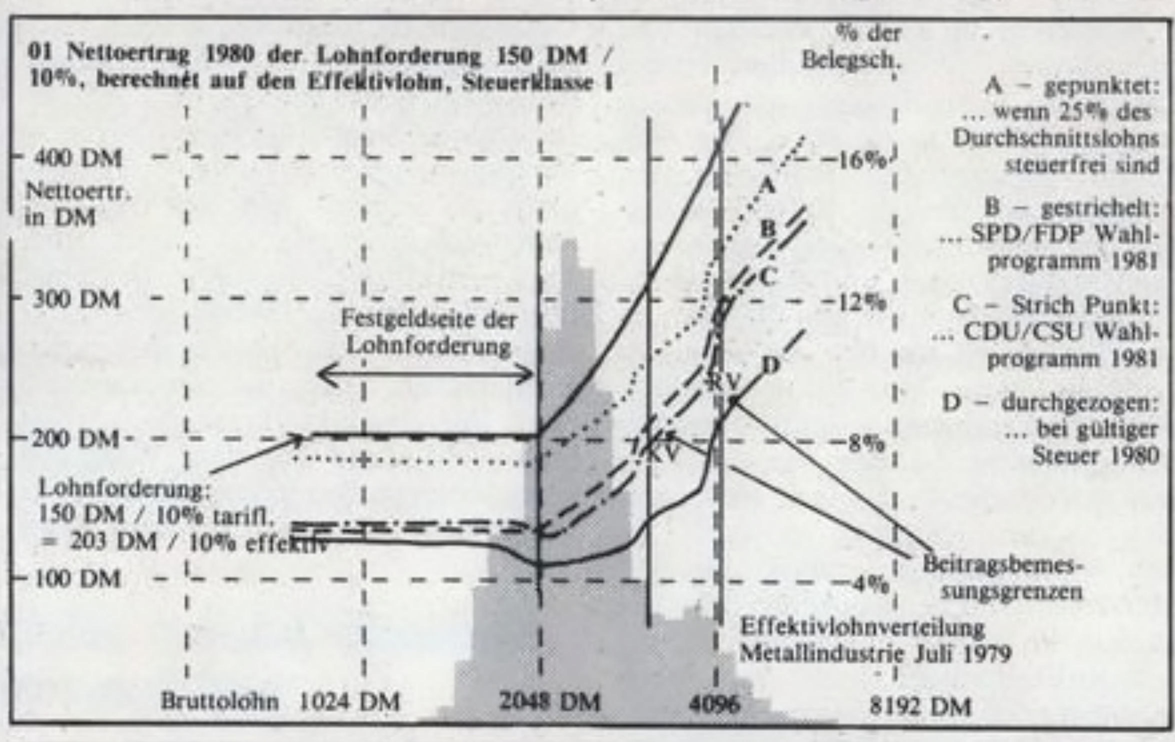
1969 ließen die Baukapitalisten weitere Maßnahmen im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) beschließen: Gewährung von Zuschüssen und Darlehen ,,für den Erwerb oder die Miete von Einrichtungen ..., die für die Durchführung von Bauarbeiten in der Schlechtwetterzeit" erforderlich sind in Höhe von 30 bis 50% der Investitionen und Mehrkostenzuschuß in Höhe von ⅓ bis ⅔ der Mehrkosten. Bezuschußt werden Winterbauschutzhallen, Heizaggregate, Warmwasserbereiter, etc., sowie die Mehrkosten, die durch deren Betrieb entstehen (§§77,78). Gleichzeitig ist ein Wintergeld von 2 DM/Arbeitsstunde für die Bauarbeiter festgelegt. Finanziert werden die Zuschüsse von der Arbeitslosenkasse, die Mehrkostenzuschüsse und Wintergeld aus einer Umlage der Baukapitalisten, deren Höhe vom Bundesminister für Arbeit und Soziales per Rechtsverordnung festgesetzt wird. In den 10 Jahren seit Geltung des AFG haben die Baukapitalisten zwischen 70 und 130 Mio. DM/Jahr aus der Arbeitslosenkasse geholt. Seit 1974 sinkt die WB-Umlage von 3,2% auf 2,5% der Gesamtlohnsumme, d.h. die Baukapitalisten haben, wie sich ein gewisser Ministerialrat a.D. Kranz im Bauzentralblatt ausdrückt, ,,den Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung dazu veranlaßt". Im gleichen Zeitraum steigt der Anteil des Schlechtwettergeldes /Wintergeldes von 4,5 auf 4,8%, die Zahl der witterungsbedingten ausgefallenen Tagewerke von 15,23 auf 26,13 Mio. Wie reimt sich das alles zusammen? Oben erwähnter Ministerialrat a.D. definiert die Winterbauinvestitionen so: ,,Vollschutzhallen und Heizaggregate sind Investitionen für einen längeren Zeitraum, ebenso wie Drehkrane und Bagger ... Vollschutzhallen bestehen aus Bauelementen, die ... ganzjährig und damit besonders wirt-

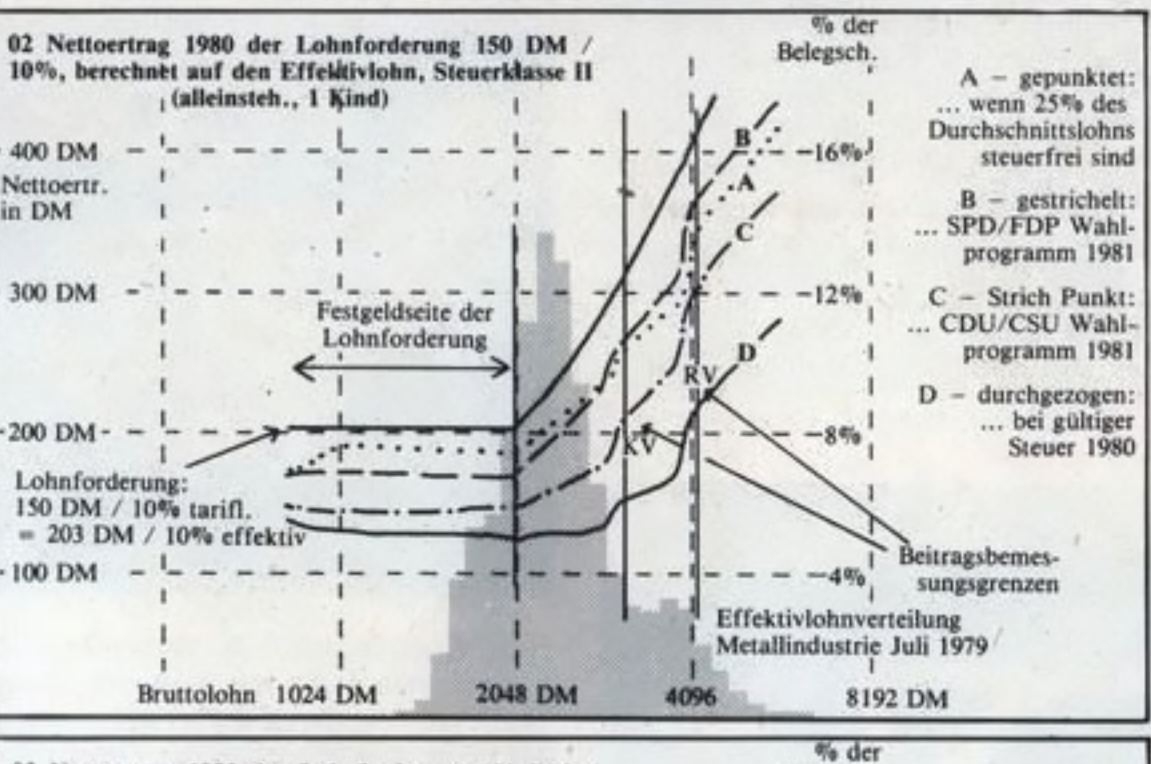
geholt. Seit 1974 sinkt die WB-Umlage von 3,2% auf 2,5% der Gesamtlohnsumme, d.h. die Baukapitalisten haben, wie sich ein gewisser Ministerialrat a.D. Kranz im Bauzentralblatt ausdrückt, ,,den Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung dazu veranlaßt". Im gleichen Zeitraum steigt der Anteil des Schlechtwettergeldes /Wintergeldes von 4,5 auf 4,8%, die Zahl der witterungsbedingten ausgefallenen Tagewerke von 15,23 auf 26,13 Mio. Wie reimt sich das alles zusammen? Oben erwähnter Ministerialrat a.D. definiert die Winterbauinvestitionen so: ,,Vollschutzhallen und Heizaggregate sind Investitionen für einen längeren Zeitraum, ebenso wie Drehkrane und Bagger ... Vollschutzhallen bestehen aus Bauelementen, die ... ganzjährig und damit besonders wirt-

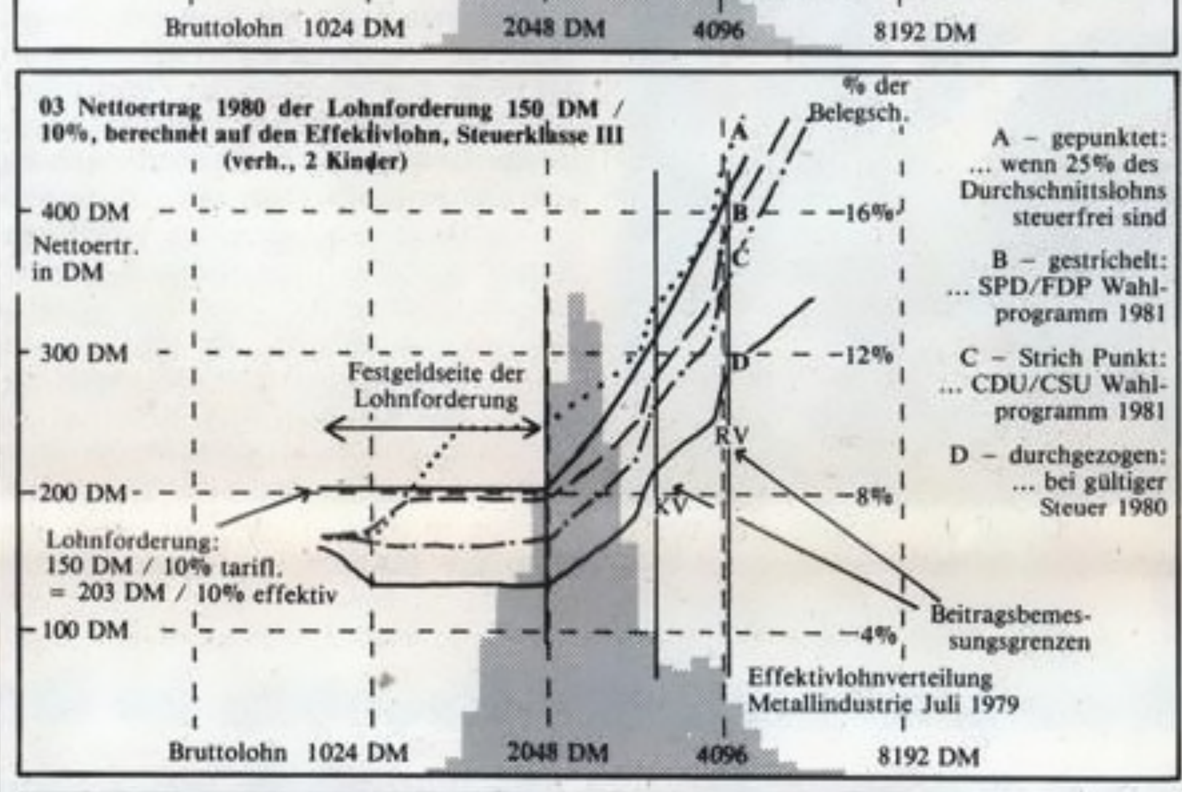
schaftlich eingesetzt werden können. (Die Konstruktion) besteht aus einem normalen Arbeitsgerüst oder aus üblichen Schaltafeln, die auch im Sommer einzusetzen sind."

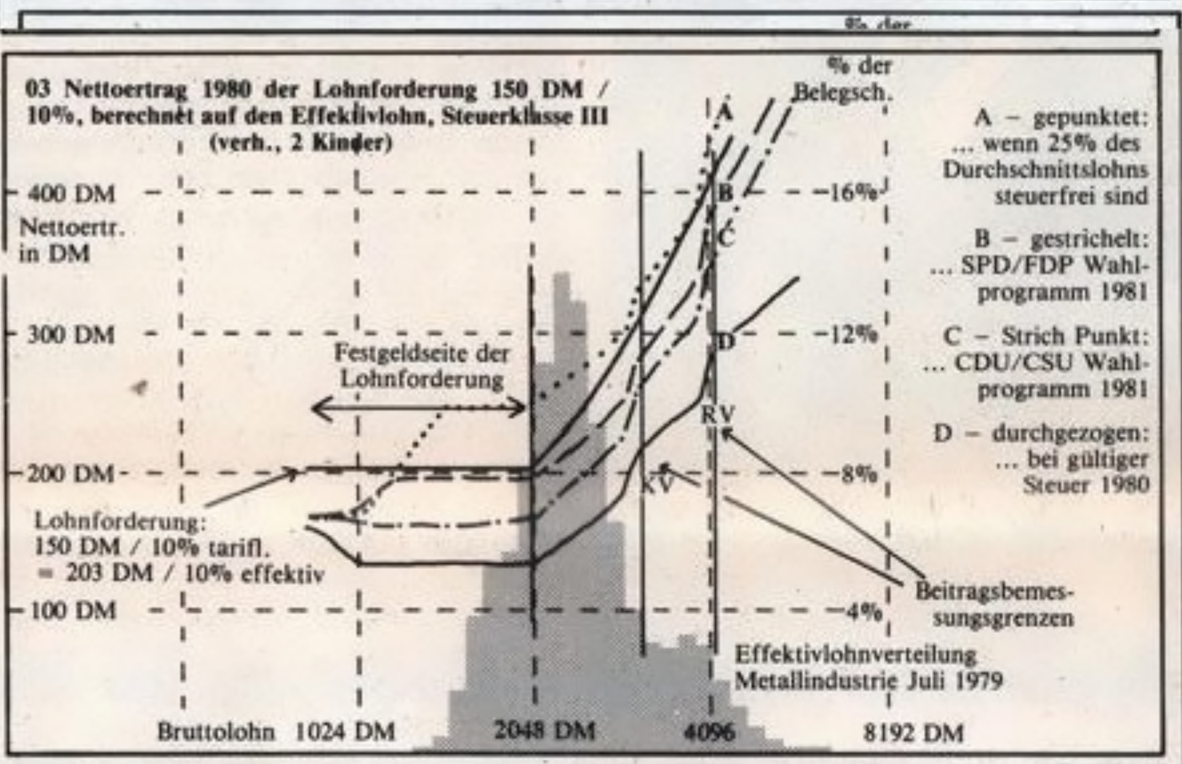
Also: Plünderung der Arbeitslosenkasse nach zwei Seiten hin: Die Baukapitalisten lassen die Kasse für Lohnausfall aufkommen und – unter dem Vorwand des Winterbaus – einen Teil des konstanten Kapitals ersetzen; entweder rascher Verschleiß der Arbeitskraft oder Schuldenmachen aufgrund des Schlechtwettergeldes bleibt die Alternative für die Bauarbeiter. Es ist nur richtig, wenn der 11. Gewerkschaftstag der BSE die ganzjährige Bezahlung des vollen Lohns durch die Kapitalisten gefordert hat.

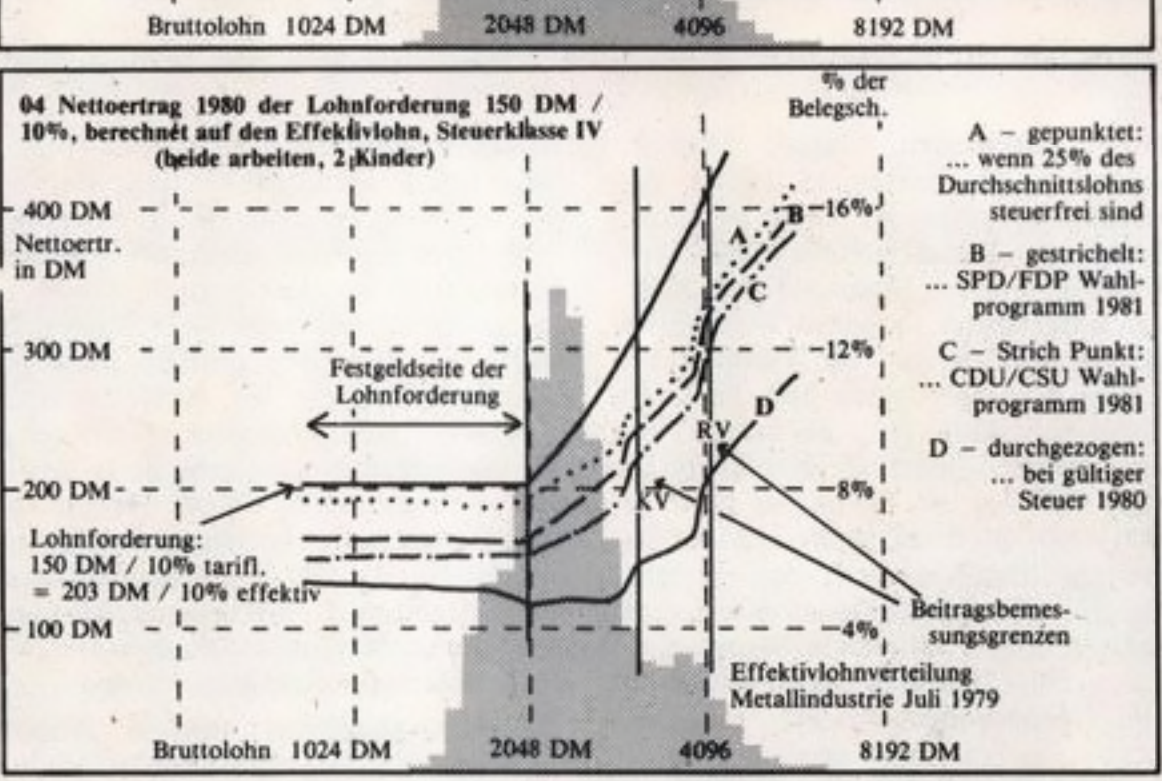
CDU/CSU/SPD/FDP – ,,Steuerpakete 1981": Versuche, die Lohnbewegung 1980 zu bestehlen











z.haj. 17,1 Mrd. DM Steuerentlastung verspricht die Regierung, 16,6 Mrd. fordert die CDU/CSU: für 1981. Alle bürgerlichen Parteien traten eine Woche nach den ersten Beschlußfassungen von Tarifkommissionen und am Tag nach Mitteilung des Forderungsvorschlages des Hauptvorstandes der ÖTV für den Lohntarif 1980 mit diesen im einzelnen leicht verschieden schattierten ,,Steuer-Entlastungs-Paketen 1981" auf. Der nach dem monatelangen Hin und Her zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien schließlich genau bestimmte Zeitpunkt läßt auf die Absicht schließen: es handelt sich vor allem um den breit angelegten Versuch, die Lohnbewegung 1980 zu bestehlen.

1. Kernpunkt des seit Oktober stattfindenden Hin und Her zwischen den bürgerlichen Parteien war vor allen Dingen die Frage des Zeitpunkts von auf längere Sicht sowieso einkalkulierten Anpassungen des Systems der Steuerprogression an das gestiegene, aber durch die Teurung ständig entwertete Niveau der Nominallöhne. Die CSU, die für eine im unteren Bereich der Lohnskala noch billig zu machende Reform 1980 auftrat, wurde zurückgepfiffen. Alle bürgerlichen Parteien haben sich damit auf Versprechungen gegen die Lohnbewegung 1980 geeinigt, um das Ergebnis dieser Lohnbewegung mit dem ganzen Umfang der gegenwärtig bereits erreichten Steuerlast gehörig abschmelzen zu können. Bei nicht verändertem Steuerrecht erreicht die Abzugsbelastung der Lohnerhöhung von Bruttolöhnen um etwa 2300 DM bereits 50% und zwar fast gleichmäßig in allen Steuerklassen. Nach Angaben ihrer Steuerschätzer verspricht sich die Bourgeoisie für 1980 eine Zunahme des Lohnsteueraufkommens um 13 Mrd. DM oder 13,5%. Die Einstreichung dieser Milliarden ist der erste Zweck der ,,Steuerentlastungspakete 1981".

2. Sodann weiß die Bourgeoisie den Vorteil zu schätzen, den ihr die in den letzten Jahren mehrfach durchgeführte ,,Steuerreform" durch Verschiebung der Progression einbringt: der Steuersatz wird für kurze Zeit angehalten, um anschließend mit steigendem Nominallohn um so sicherer weiter anzuziehen. Die Tarifkorrektur, die die bürgerlichen Parteien anbieten, folgt der Methode weiter. Die Lage der

erhöhung von Bruttolöhnen um etwa 2300 DM bereits 50% und zwar fast gleichmäßig in allen Steuerklassen. Nach Angaben ihrer Steuerschätzer verspricht sich die Bourgeoisie für 1980 eine Zunahme des Lohnsteueraufkommens um 13 Mrd. DM oder 13,5%. Die Einstreichung dieser Milliarden ist der erste Zweck der ,,Steuerentlastungspakete 1981".

2. Sodann weiß die Bourgeoisie den Vorteil zu schätzen, den ihr die in den letzten Jahren mehrfach durchgeführte ,,Steuerreform" durch Verschiebung der Progression einbringt: der Steuersatz wird für kurze Zeit angehalten, um anschließend mit steigendem Nominallohn um so sicherer weiter anzuziehen. Die Tarifkorrektur, die die bürgerlichen Parteien anbieten, folgt der Methode weiter. Die Lage der

Lohnverteilung im Juli des vergangenen Jahres, die den Schaubildern unterlegt ist, läßt vermuten, daß sich etwa im April 1981 als ,,Irrtum" der Steuerschätzer herausstellen würde, was jetzt als ,,Entlastung" versprochen wird, vorausgesetzt, die Bourgeoisie käme mit dieser Methode durch und hielte sich zumindest an diese Versprechen. – Fest steht: Die von der Regierung verlangte Bindung des Grundfreibetrages von jetzt 3690 DM an die Höhe von 25% des Durchschnittslohns kann diesen Methoden einen Riegel vorschieben und sie bringt über 800 DM tatsächliche Entlastung allein in diesem Jahr. Die ,,Kosten" dieser Forderung für die Bourgeoisie: etwa 17,5 Mrd. 1980, also gerade soviel, wie die Bourgeoisparteien in Aussicht stellen.



Ausbildung einer FPolisario-Einheit

z.ans. **Am 21., 27. und 28.12.79 streikte der größte Teil der 13500 spanischen Hafenarbeiter.** Die spanischen Häfen waren lahmgelegt. Der Streik, organisiert durch die Arbeiterkommissionen, die Generalunion der Arbeiter und die Koordination der Hafenarbeiter, richtet sich gegen Lohnabbau und gegen die vom Arbeitsministerium geplante Privatisierung der ,,Organisation der Hafenarbeit", die bisher eine staatliche Gesellschaft ist. Die Hafenarbeiter bekämpfen diese Pläne, weil sie verschärfte Rationalisierung und Entlassungen bedeuten. Die internationale Kommission der Hafenarbeiter hat einen Boykott spanischer Schiffe angekündigt. – Aus Solidarität mit dem Kampf des saharauischen Volkes verweigerten Mitte Dezember spanische Matrosen Schiffen die Ausfahrt nach Frankreich, wo sie Waffen für Marokko an Bord nehmen sollten.

z.ulg.Rom. **Im Kampf gegen die von dem italienischen Elektronikmonopol Olivetti angekündigten 4500 Entlassungen haben die Arbeiter einen Teilerfolg erzielt.** Der Konzern gestand in einem Abkommen mit der Gewerkschaft am 21.12. zu, ,,nur" 750 zu entlassen. Diese werden zunächst für zwei Jahre auf Kurzarbeitergeld in Höhe von 80% des Lohns gesetzt. Seit einem Dreivierteljahr hatten die Belegschaften der Olivetti-Werke immer wieder gegen die Massenentlassungen gestreikt und zuletzt einen Großteil der Warenauslieferungen blockiert. Reformisten und Revisionisten versuchten, den Kampf der Arbeiter zu einem sozialchauvinistischen Unternehmen für die vaterländische Elektronikindustrie zu verdrehen. Das hat dem Konzern jetzt erleichtert, die teilweise Rücknahme der Entlassungen von der Zusage der Regierung abhängig zu machen, ,,zur Förderung der Forschung" Milliarden aus der Steuer zu zahlen. Die Arbeiter werden Anfang Januar über die Annahme des Abschlusses entscheiden.

z.scc. **76 Jahre nach seiner Verankerung im Strafgesetzbuch mußte das niederländische Parlament Mitte Dezember das Streikverbot für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und bei der Eisenbahn wieder aus dem Strafgesetzbuch streichen.** Scheinheilig führt die Erste Kammer die ,,Europäische Sozialcharta" an, ein Papier, auf dem die westeuropäischen Imperialisten ,,prinzipiell" das Streikrecht anerkennen. (Warum auch nicht, das macht sich gut, kostet nichts, und das nationale Recht mit weitgehender Einschränkung des Streikrechts geht ohnehin vor.) So ist die Aufhebung des Streikverbots für die öffentlich Bediensteten alles andere als ein Geschenk der EG oder des Parlaments. Tausendfach haben sich die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst das Streikrecht genommen, so 1978 und 1979 bei den vielfältigen Kampfaktionen gegen das Ausplünderungsprogramm der Regierung, und erst jüngst hatte u.a. auch die Lehrergewerkschaft erklärt, auf das Mittel des Streiks nicht weiter verzichten zu wollen. Dienstherr Wiegel, Innenminister, beeilte sich dann auch zu erklären, gegebenenfalls Streiks im öffentlichen Dienst – nach allgemeiner Praxis der niederländischen Bourgeois – per Gerichtsbeschluß verbieten zu lassen. Ein von ihm für 1981 vorbereitetes Gesetz zur neuerlichen besonderen Einschränkung des Streikrechts lehnt die Gewerkschaft im öffentlichen Dienst ABVA entschieden ab.

z.hef.London. **Die Laborbeschäftigten in britischen Krankenhäusern und Blutbanken begannen vor zwei Wochen, die ,,freiwillige" Aufstellung der Dienstpläne für den Bereitschaftsdienst außerhalb der normalen Arbeitszeit zu boykottieren.** Die beteiligten Gewerkschaften kündigten Streiks an. Mit dem Argument, für Notfälle, z.B. Unfalloperationen, müsse schnell Blut getestet werden, ein Bereitschaftsdienst sei also nötig, dehnen die Krankenhausverwaltungen die Arbeitszeit für die Laborbeschäftigten oft auf mehr als 60 Stunden aus, ohne entsprechende Zuschläge zu zahlen. Und die Regierung hat die Nichtbesetzung freier Planstellen verordnet. Die Angestellten sind gegen diese Bereitschaftsdienste und fordern jetzt zumindest eine wesentlich höhere Bezahlung.



z.pel.Paris. **,,Gegen die Forderungen der Ruhrherren" – die Revisionistenfraktion in der Gewerkschaft CGT hatte zur Besetzung des BRD-Konsulats in Lille aufgerufen.** Wenige Stahlarbeiter waren bereit, mit der Nationalfahne

Teilzeitkräfte im Hertie-Konzern: tarifliche Gleichstellung nötig

z.lip. Gegenwärtig sind in den meisten Tarifbezirken die Manteltarife im Einzelhandel gekündigt. Die HBV fordert u.a. eine „gerechte Regelung für Teilzeitbeschäftigte". Mindestens Tariflohn und gleiche Rechte wie die Vollbeschäftigten wird dabei herauskommen müssen, soll nicht die Spaltung der Lohnabhängigen im Handel verstärkt, die Lohnsumme der Beschäftigten weiter nach unten, die Arbeitsintensität jedoch rapide nach oben gedrückt werden. Dazu das Beispiel Hertie-Konzern, der es in Sachen Lohndrückerei und Ausdehnung und Intensivierung der Arbeit durch Spaltung der Belegschaft in Vollzeit- und verschiedenste Art von Teilzeitkräften bereits zur Meisterschaft gebracht hat.

Offiziell waren 1979 bereits 26% der 56000 Hertie-Beschäftigten unter Teilzeitverträgen, vermutlich nicht gerechnet die Unzahl verschiedener Aushilfen. Dabei sind nur jene Teilzeitkräfte den Vollbeschäftigten gleichgestellt, die als ehemalige Ganztagsverkäufer noch ihrem früheren Stundenlohn entsprechend gezahlt werden, Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Jahresprämie im März anteilig. Völlig abgespalten von den Lohnabhängigen dagegen sind die übrigen Aushilfen: die „Kapofaz", die kapazitätsorientierten Aushilfen, die für sieben DM Brutto-Stundenlohn je nach Bedarf in den Betrieb abgerufen werden, jedoch nur nach tatsächlicher Anwesenheit im Betrieb gezahlt werden; die Weihnachts- und Ausverkaufsaushilfen, deren Lohn Hertie ebenfalls auf sieben DM gedrückt hat gegenüber 8,50 DM bei Kaufhof. Tägliche Kündigung ist ebenso vertraglich festgelegt wie die 6-Tage-Woche üblich ist.

Am meisten nach unten gedrückt – für die Hertiekapitalisten eine wahre Goldgrube – sind die „Pauschalkräfte". Gemäß dem Steuer- und Sozialabgabegesetz für „geringfügig Beschäftigte" (wöchentliche Arbeitszeit unter 15 Stunden und 390 DM monatlich) werden diese Verkaufsaushilfen, zumeist Rentnerinnen und Hausfrauen mit Kindern, an den arbeitsintensiven Tagen wie Montag, Freitag oder Samstag eingesetzt. Entlohnt wird „pauschal", 40 DM netto für 7,5 Arbeitsstunden. Im Monat November erhielt eine solche Aushilfe für rund 56 Stunden 300,88 DM, die Steuern von 32,50 DM muß Hertie bezahlen, jedoch keinerlei Sozialversicherungsbeitrag. Müßte nach Tarif gezahlt werden, so wären es für den Konzern bei gleicher Stundenzahl z.B. für eine ehemalige Verkäuferin/5.Bj. 465,86 DM gewesen – *monatliche Ersparnis* der Hertiekapitalisten: 132,48 DM, im Jahr 1590 DM, nicht gerechnet das anteilige Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

„Der entscheidende Punkt ist ... die Verbesserung des Verhältnisses von Personalkosten zu Leistung, ... ein verstärkter Einsatz von Teilzeitkräften ist erwünscht", so Hertie.

Chemiemonopole versuchen, die Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter zu unterlaufen

z.waf. In den Chemiebetrieben und der Gewerkschaft beraten die Schichtarbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte, wo die Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter, die mit dem Abschluß des nächsten Lohn- und Gehaltstarifvertrages in Kraft tritt, liegen soll. Stufenweise über 2 Jahre soll die Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden verkürzt werden. Stufenweise über 4 Jahre soll aber auch der Lohn abgebaut werden. In den Betriebsvereinbarungen muß jetzt genaueres geregelt werden.

werden, bis 1982 weitere 6. Im Werk Offenbach hatten die Arbeiter Unterschriften für die Streichung aller Sonderschichten, die Verkürzung der Schlaf- und Reproduktionszeit bedeuten, gesammelt.

Kalle: Die Arbeiter fordern einen Schichtplan, wo der kurze Wechsel (ganze 8 Stunden frei zwischen Nacht- und Spätschicht am Samstag) wegfällt. Bis 1982 soll die 12-Stundensonntagsschicht abgeschafft sein.

Bayer: Der Betriebsrat fordert eine



Nachdem die geplanten Massenentlassungen bei US Steel bekannt wurden, haben 800 Stahlarbeiter vor der Hauptverwaltung demonstriert. – Am 2. Januar beginnen die britischen Stahlarbeiter ihren Streik gegen das provokative Lohnangebot von 2%. Sie streiken für 22–25% Erhöhung des Grundlohns.

Land	Jahr	Rohst. 1000 t	% der. Welterz.	Oxygenst % *	Walz.erz. 1000 t
BRD	1977	38985	5,79	74,4	28758
	1978	41250	5,79	74,6	31288
F	1977	22089	3,28	73,4	18010
	1978	22844	3,20	78,1	19372
GB	1977	20474	3,04	53,0	14799
	1978	20362	2,86	55,7	14855
I	1977	23333	3,47	44,8	18762
	1978	24271	3,40	43,1	19641
USA	1977	113700	16,89	61,8	80727
	1978	102105	17,39	61,1	86589
J	1977	102405	15,22	80,5	88531
	1978	102105	14,32	78,1	90014
SU	1977	146655	21,79	26,3	100375
	1978	151400	21,24	–	103548

* In Prozent der Rohstahlerzeugung des jeweiligen Landes

Tarifkommission Eisen und Stahl: Vorweganhebung 37 DM mindestens / 9,5%

z.wig. Anrechenbare Vorweganhebung von 37 DM mindestens auf den Tariflohn und 9,5% hat die Tarifkommission für die Eisen- und Stahlindustrie beschlossen. Für die Auszubildenden einheitlich 60 DM mehr und zusätzlich 40 DM für die jetzt 16–18jährigen.

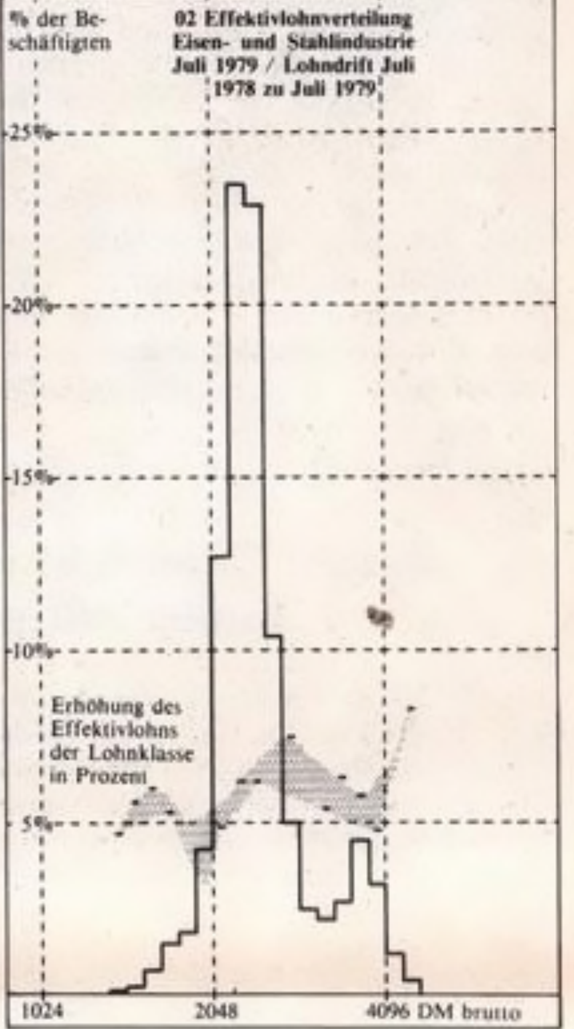
Zweifellos wäre eine Prozentforderung mit einem Festgeldbetrag günstiger gewesen. Trotzdem enthält auch die Forderung für die Stahlindustrie Elemente der Komponente gegen die Niedriglöhne, weil die Vorweganhebung als Mindestbetrag für alle Lohngruppen unter dem Ecklohn gestellt ist. Diese Elemente muß man im Zusammenhang mit der Effektivlohnerhöhung des letzten Jahres beurteilen, wo bei den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen im Gegensatz zur Metallindustrie im wesentlichen Steigerungsraten erzielt wurden, die denen in den mittleren Lohngruppen entsprechen.

Durch die Art der Forderung wird für die Wirkung gegen die Niedriglöhne und für die Höhe der Forderung entscheidend, ob es gelingt, die Vorweganhebung auf den Effektivlohn umzuwälzen. Man kann gewisse Schlüsse aus den Ergebnissen der Jahre ziehen, in denen die IGM schon einmal anrechenbare Erhöhungen der Tariflöhne abgeschlossen hat.

Der tarifliche Ecklohn betrug am 1.7.66 3,07 DM, der durchschnittliche Effektivlohn zu diesem Zeitpunkt 5,05 DM. Am 1.1.67 und am 1.10.67 wurde eine anrechenbare Erhöhung des tariflichen Ecklohns von 0,53 DM und 0,12 DM abgeschlossen, am 1.10.71 eine weitere von 0,22 DM. Anfang 72 war der Ecklohn einschließlich der abgeschlossenen Tariflohnerhöhungen von 5%, 2%, 11%, 10% und 6% auf 5,40 DM gestiegen. Eine entsprechende Anhebung des Effektivlohnes seit 1.7.66 hätte ihn auf den Stand von 8,12 DM gehoben (einschließlich der 0,53 DM, 0,12 DM und 0,22 DM). Die Statistik weist zu diesem Zeitpunkt einen durchschnittlichen Effektivlohn von 7,90 DM aus. Am 1.1.73 nach der Tariflohnerhöhung von linear 0,46 DM auf den Ecklohn (ca. 8,5%) hätte der Effektivlohn bei voller Umwälzung auf 8,81 DM steigen müssen, laut Statistik betrug er 8,83 DM. Es ist der IGM, den Betriebsräten und Belegschaften also gelungen – wenn auch mit geringer Verzögerung – die Anhebungen des Tariflohns auf den Effektivlohn umzuwälzen, was den Schluß zuläßt, daß es auch diesmal gelingen *kann*.

An der Tabelle sieht man, daß es bei 37 DM mindestens, 7% schon kritisch wird, weil die Wirkung der Vorweganhebung wegen allzu niedrigem Ertrag der Forderung in den unteren Lohngruppen belanglos wird. Viel Spielraum hat man mit der Forderung also nicht, man kann aber hinkommen.

Forderungsertrag in DM brutto
01 Effektivlohnverteilung Eisen- und Stahlindustrie Juli 79 / Bruttoertrag der Forderung der IGM: Vorweganhebung 37 DM mindestens auf den Tariflohn und 9,5%
% der Beschäftigten
500 DM
400 DM
300 DM
200 DM
100 DM
10%
5%
Vorweganhebung und 9,5%
Vorweganhebung angerechnet auf den Effektivlohn, 9,5%
Vorweganhebung und 7%
Vorweganhebung angerechnet auf den Effektivlohn, 7%
1024
2048
4096 DM brutto



Chemiemonopole versuchen, die Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter zu unterlaufen

z.waf. In den Chemiebetrieben und der Gewerkschaft beraten die Schichtarbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte, wo die Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter, die mit dem Abschluß des nächsten Lohn- und Gehaltstarifvertrages in Kraft tritt, liegen soll. Stufenweise über 2 Jahre soll die Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden verkürzt werden. Stufenweise über 4 Jahre soll aber auch der Lohn abgebaut werden. In den Betriebsvereinbarungen muß jetzt genaueres geregelt werden.

In der chemischen Industrie gibt es rund 555860 Beschäftigte, davon 306338 Arbeiter, jeder vierte in Schicht. Vorreiter sind die Chemiemonopole. Das entsprechende Schichtsystem sind die 12-Stundenschichten. Im Hauptwerk der Hoechst AG liegt der Anteil der Schichtarbeiter an der Gesamtbelegschaft bei 21%, bezogen auf die Arbeiter bei 43%, bei der BASF bei 38% und bei Bayer bei ca. 30%. Um 3% konnten die BASF-Kapitalisten den Anteil in den letzten 6 Jahren erhöhen. Geht es den Chemiekapitalisten um zügigen Ausbau der Kontischichten, beraten die Schichtarbeiter die Arbeitszeitverkürzung als Schritt hin zum 8-Stundennormalarbeitstag, bei 40-Stundenwoche.

Hoechst: Der Betriebsrat fordert die Streichung der Sonderschichten, die die Schichtarbeiter alle 4 Wochen durch den 12-Stundenschichtplan machen müssen. 1980 sollen von den 12 Sonderschichten im Jahr 3 gestrichen

werden, bis 1982 weitere 6. Im Werk Offenbach hatten die Arbeiter Unterschriften für die Streichung aller Sonderschichten, die Verkürzung der Schlaf- und Reproduktionszeit bedeuten, gesammelt.

Kalle: Die Arbeiter fordern einen Schichtplan, wo der kurze Wechsel (ganze 8 Stunden frei zwischen Nacht- und Spätschicht am Samstag) wegfällt. Bis 1982 soll die 12-Stundensonntagsschicht abgeschafft sein.

Bayer: Der Betriebsrat fordert eine zusätzliche Freischicht alle 8 Wochen, mit 55 raus aus der Schicht, die Schichtbesatzungen dürfen durch die zusätzliche Freischicht nicht schrumpfen. Der Lohnausgleich muß in die Betriebsvereinbarung.

Die Kapitalisten denken sich, die Arbeitszeitverkürzung zum einen durch Intensivierung der Arbeit wett zu machen. Durch die Streichung von einer 12-Stundensonderschicht z.B. im Monat bei 5600 Arbeitern fallen 67200 Arbeitsstunden weg. Die Produktion läuft vollkontinuierlich, Arbeiter einstellen, daran denken sie nicht. Zum anderen wettzumachen durch Lohnsenkung. 1984 werden einem Hoechst-Arbeiter ca 1500 DM im Jahr fehlen. Damit es tatsächlich zur Arbeitszeitverkürzung kommt, muß die Frage des Lohnausgleichs geklärt werden. Ohne Kampfaktionen wird dies in keiner Betriebsvereinbarung drinstehen. Günstig ist es, den Lohnausgleich einheitlich auf Tarifebene zu sichern.

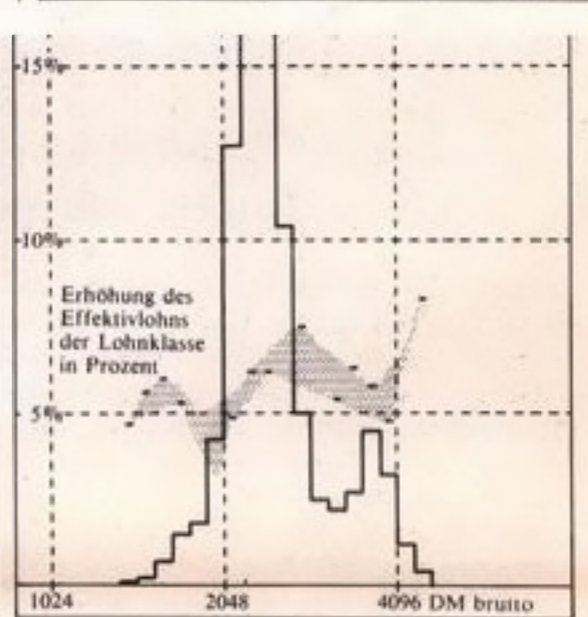
gruppen im Gegensatz zur Metallindustrie im wesentlichen Steigerungsraten erzielt wurden, die denen in den mittleren Lohngruppen entsprechen.

Durch die Art der Forderung wird für die Wirkung gegen die Niedriglöhne und für die Höhe der Forderung entscheidend, ob es gelingt, die Vorweganhebung auf den Effektivlohn umzuwälzen. Man kann gewisse Schlüsse aus den Ergebnissen der Jahre ziehen, in denen die IGM schon einmal anrechenbare Erhöhungen der Tariflöhne abgeschlossen hat.

Der tarifliche Ecklohn betrug am 1.7.66 3,07 DM, der durchschnittliche

fektivlohn bei voller Umwälzung auf 8,81 DM steigen müssen, laut Statistik betrug er 8,83 DM. Es ist der IGM, den Betriebsräten und Belegschaften also gelungen – wenn auch mit geringer Verzögerung – die Anhebungen des Tariflohns auf den Effektivlohn umzuwälzen, was den Schluß zuläßt, daß es auch diesmal gelingen *kann*.

An der Tabelle sieht man, daß es bei 37 DM mindestens, 7% schon kritisch wird, weil die Wirkung der Vorweganhebung wegen allzu niedrigem Ertrag der Forderung in den unteren Lohngruppen belanglos wird. Viel Spielraum hat man mit der Forderung also nicht, man kann aber hinkommen.



Lohn- bzw. Gehaltsgruppe	37 DM mind. 9,5%	9,5%	37 DM mind. 7%	7%
Lohngruppen				
1 über 18 J.	197	160	155	118
1 über 16 J.	173	136	138	101
1 unter 16 J.	150	113	120	83
2 über 18 J.	202	165	159	122
2 über 16 J.	178	141	141	104
2 unter 16 J.	154	117	123	86
3 über 18 J.	207	182	162	125
3 über 16 J.	182	145	144	107
3 unter 16 J.	157	120	125	88
4 über 18 J.	215	178	168	131
4 über 16 J.	189	152	149	112
4 unter 16 J.	163	126	130	93
5 über 18 J.	223	186	174	137
5 über 16 J.	196	159	154	117
5 unter 16 J.	168	131	137	97
6 über 18 J.	232	195	181	144
7 über 18 J.	244	205	190	151
8 über 18 J.	263	221	163	121
9 über 18 J.	286	240	223	177
Gehaltsgruppen				
K/T1 v.19.Lj.	152	115	122	85
K/T1 n.21.Lj.				
im 1.Bj.	185	148	146	109
im 2.Bj.	195	158	154	117
im 3.Bj.	207	170	162	125
n. 3.Bj.	217	180	170	133
K/T2 v.19.Lj.	166	129	132	95
K/T2 n.21.Lj.				
im 1.Bj.	203	166	159	122
im 2.Bj.	215	178	168	131
im 3.Bj.	227	190	177	140
n. 3.Bj.	239	202	186	149
K/T3 v.19.Lj.	180	143	142	105
K/T3 n.21.Lj.				
im 1.Bj.	221	184	172	135
im 2.Bj.	238	198	186	146
n. 3.Bj.	270	225	211	166
K/T4 im 1.Bj.	283	236	221	174
K/T4 im 2.Bj.	308	257	242	191
K/T4 n. 3.Bj.	347	289	271	213
K/T5 im 1.Bj.	358	298	280	220
K/T5 im 2.Bj.	385	298	280	220
K/T5 n. 3.Bj.	438	365	342	269
K/T6 im 1.Bj.	453	377	353	277
K/T6 im 2.Bj.	487	405	380	298
M2 im 1. Bj.	350	291	274	215
M2 im 2. Bj.	366	305	286	225
M2 im 3. Bj.	383	319	299	235
M2 n. 3. Bj.	401	334	313	246
M3 im 1. Bj.	401	334	313	246
M3 im 2. Bj.	419	349	327	257
M3 im 3. Bj.	437	364	341	268
M3 n. 3. Bj.	454	378	355	279
M4 im 1. Bj.	454	378	355	279
M4 im 2. Bj.	483	402	377	296
M4 n. 2. Bj.	506	420	400	314
Ausbildungstarife			alt	neu
1. Ausbildungsj.			465	525
nach 16. Lj.			–	565
nach 18. Lj.			505	–
2. Ausbildungsj.			497	547
nach 16. Lj.			–	597
nach 18. Lj.			537	–
3. Ausbildungsj.			546	606
nach 16. Lj.			–	646
nach 18. Lj.			586	–
4. Ausbildungsj.			612	682
nach 16. Lj.			–	712
nach 18. Lj.			652	–

und dem Stahlkonzern Usinor gegen den Bundesadler zu ziehen. Der gespaltene Streik gegen die geplanten Umsetzungen in Denain (KVZ 50) wurde am 28.12. abgebrochen. Ergebnis der Zersetzungsarbeit der PCF.

z.scc.Brüssel. **Seit fast zwei Jahren verhandeln die belgischen Gewerkschaften ABVV und ACV mit den Friseurmeistern über einen Tarifvertrag.** Mit umgerechnet unter 8 DM liegt der Durchschnittsstundenlohn der Friseurangestellten um mehr als ein Drittel unter dem der Industriearbeiter. ABVV und ACV riefen die Lohnabhängigen im Friseurhandwerk deshalb zu einem Streik am 24. und 31.12. auf, Tagen, an denen in den Friseurbetrieben Hochbetrieb herrscht. Je mehr Lohnarbeiter ein Meister ausbeutet, desto härter trifft ihn der Streik Eine wirkungsvolle Aktion also, die die Konkurrenz unter den Friseurmeistern geschickt ausnutzt.

z.ger. **Auf einen „Kompromiß" von 612 Mio. $ Lohnsenkung im Sanierungsplan für den bankrotten Chrysler-Konzern haben sich US-Senat und Repräsentantenhaus am 20.12. geeinigt.** Der Sanierungsplan hat einen Umfang von 3,6 Mrd. $, wovon 1,5 Mrd. $ staatliche Kreditgarantien sind. 462 Mio. $ soll die in der Automobilarbeiter-Gewerkschaft (UAW) organisierte Belegschaft in bar und in Form von Lohnkonzessionen in den nächsten drei Jahren zahlen; dazu kommen 150 Mio. $ von den nicht organisierten Belegschaftsteilen. Einig waren sich Senat und Repräsentantenhaus, daß nur eine kräftige Senkung der gerade für drei Jahre ausgehandelten Löhne den Konzern kreditwürdig mache. Der „Kompromiß" ging um die Höhe der Lohnsenkung – ob 525 Mio. $ oder 400 Mio. $. Die UAW hatte 400 Mio. $ Lohnkonzession als oberste Grenze bezeichnet. Die FAZ meldete am 17.12., daß dem Präsidenten der UAW ein Sitz im Aufsichtsrat zugesagt worden sei.

z.her. **Mit Streik beantworteten 11000 Arbeiter der Chicagoer Verkehrsbetriebe am 17. Dezember die Absicht der Stadtregierung, die Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate dratisch zu kürzen.** Die Chicagoer Verkehrsbetriebe verlangen von der Gewerkschaft (ATU), den Vertrag so zu ändern, daß bei einer Inflationsrate über 14% keine weitere Anpassung mehr gezahlt wird. Außerdem sollen die Zeiträume innerhalb der dreijährigen Laufzeit des Lohntarifs, nach denen die Anpassung vorgenommen wird, verlängert werden. In San Francisco war ein 3monatiger Streik gegen eine 40%ige Kürzung der Anpassung gescheitert, und am 31.3.80 laufen die Verträge in New York City aus.

z.dos. **Der Stadtrat von Detroit mußte ein Verbot erlassen, den Einwohnern im Winter den Anschluß an das öffentliche Versorgungsnetz zu sperren, wenn sie ihre Rechnung nicht bezahlen können.** Im vergangenen Winter hatte die Michigan-Gas-Company über 85000 Einwohnern deswegen die Heizung abgedreht. Von 1970–75 hat sich in Michigan der Gaspreis fast verdoppelt: von 0,78 auf 1,43 $ pro Einheit. 1976 mußten die Haushalte bereits 1,88 $ für eine Einheit bezahlen, die Kapitalisten jedoch nur 1,54 Dollar. Ende November haben 500 Einwohner von Detroit auf einer Stadtratssitzung gefordert, daß die Menschen nicht gezwungen werden dürfen, zwischen Essen und Heizen zu wählen. Der Stadtrat war gezwungen, ein Verbot zu verabschieden, im Winter den Anschluß an die öffentliche Gasversorgung zu sperren wegen unbezahlter Rechnungen. Jetzt soll die Regierung unter Druck gesetzt werden, daß die gleiche Bestimmung für alle Einwohner Michigans gültig ist.

z.rua. **Die Beschäftigten der Zentralbank des Sudan traten am 15.12.1979 in einen unbefristeten Streik.** Sie fordern Lohnerhöhungen und die Freilassung von Gewerkschaftsvertretern, die bei Kämpfen gegen Preiserhöhungen vor allem für Nahrungsmittel im August inhaftiert worden waren. Anfang Dezember streikten dafür ebenfalls die Lehrer und Universitätsbeschäftigten zwei Tage lang. Sudan ist mit ca. 2 Mrd. Dollar bei den Imperialisten verschuldet – 48% des Bruttosozialprodukts. 30% der Exporte, vor allem Zucker und Baumwolle, müssen jährlich für Schuldenrückzahlungen verwendet werden. Über den IWF haben die Imperialisten dem Sudan für 1980 weitere Lohnsenkung im öffentlichen Dienst, Abwertung der Währung und die Erhöhung von Nahrungsmittelexporten angeordnet.

z.bew. **Straßenblockaden der Bauern, Generalstreik im Norden, 30000 Mann Demonstration in La Paz, Hunderttausende, die dem Aufruf des zentralen Gewerkschaftsbundes COB zu Demonstrationen und Streiks Folge leisteten** – das war die Antwort der bolivianischen Arbeiter und Bauern Anfang Dezember auf die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung. Zwei Wochen, nachdem die Putschisten durch den Kampf der Arbeiter und Bauern gestürzt waren, verordnete die neue Regierung auf Drängen des Weltwährungsfonds u.a. eine 25%-Abwertung des Peso, 75%ige Ölpreiserhöhung und eine Erhöhung der Transportgebühren um 80–100%. Erster Erfolg war die Rücknahme der Ölpreis- und Transportgebührenerhöhung um 15–20%. Die Streiks der Fahrer der Transportmittel (Bild: Polizisten als Streikbrecher) und die Straßenblockaden der Bauern gehen weiter.



„nf" – nicht feststellbar – eine Note gleich 6, die beseitigt gehört

z.hej. Im Januar werden in den Schulen viele Klassenarbeiten geschrieben, denn Ende Januar gibt es Halbjahreszeugnisse. Die bürgerliche Presse, so der „Spiegel", die „Frankfurter Allgemeine" und „Frankfurter Rundschau", stimmen die Begleitmusik an – für Noten. Der Aufhänger ist der Schulstreik im Sommer 1978 am Frankfurter Abendgymnasium und dessen parlamentarisches Nachspiel vor einem Untersuchungsausschuß des hessischen Landtages. Gegen die Kämpfe der Schüler wurden 1978 81 Polizeieinsätze, Abordnung und Versetzung von Lehrern, Eingriffe in die Prüfungen, Verlegung von Kursen, Aufnahmestopp und Notensenkung von der Schulaufsicht durchgeführt.

Im Juni 1979 soll eine Klasse eine Physikarbeit schreiben. Nachdem die Schüler feststellen, daß die Aufgabenstellung noch nicht im Unterricht behandelt war, geben sie geschlossen die Arbeit zurück. Wegen „Leistungsverweigerung" bekommen alle die Note 6. Dagegen klagt die Klasse und boykottiert bis heute den Physikunterricht. Durch Befragung der Lehrer hat die Klasse einen Notenspiegel erhoben. Danach sollen 4 Schüler in Deutsch mündlich mit „nf" bewertet werden. Ohne Physik hat die Klasse 7mal „nf", wo ja auch „nf" zu erwarten ist. „nf" – nicht feststellbar – heißt die Note und wird als 6 gewertet. 4 der 14 Schüler der Klasse müssen damit rechnen, nicht versetzt zu werden.

Vor Weihnachten wurden die „blauen Briefe" verschickt. In einer Klasse haben 8 von 12 Schülern einen Brief bekommen, weil ihre bisherigen Leistungen „ungenügend, mangelhaft oder nicht feststellbar" seien und die Versetzung ins nächste Semester gefährdet sei. Ein Notendurchschnitt von 1,7 1977 und 1,9 1978, trotz der Eingriffe der Schulaufsicht, ist beim Abitur jetzt in die Nähe des Landesdurchschnitts auf 2,4 gedrückt, prahlt die Schulaufsicht vor dem Untersuchungsausschuß. Die Lehrer, die nur Noten von 1 bis 3 geben, werden gezwungen, die Notenverordnungen anzuwenden. Die Note „nf" wird in der hessischen Schulordnung festgelegt. Da heißt es unter Versetzungsbestimmungen: „Erscheint im Zeugnis anstelle einer Note aus Gründen, die der Schüler zu vertreten hat, der Vermerk ‚nicht feststellbar', so ist dieses wie die Note ‚ungenügend' zu werten." Die neueingesetzte SPD-„Linke" Schulleiterin Vorbeck: „Sie habe sich vorgenommen, das Abendgymnasium auf den Weg der Normalität und des Rechts zu bringen." Die Schüler, die fehlen, sollen jetzt eine Entschuldigung vorlegen, Klassenarbeiten werden bei entsprechender Sitzordnung geschrieben, gemeinsame Notenkonferenzen von Schülern und Lehrern, die früher schon mal in Schlägereien geendet hätten, wurden abgeschafft. „Normalität und Recht" sind da nichts anderes als die Absicht der Landesregierung, dem Kampf der Schüler gegen Noten und Nichtversetzung durch Anwendung der Verordnungen und Notensenkung das Kreuz zu brechen.

Texas: Unterricht für die mexikanischen Kinder nur gegen Schulgeld

z.mam. Bis zu 180 Dollar müssen die Eltern mexikanischer Kinder für deren Ausbildung an öffentlichen Schulen im Monat bezahlen. Aufgrund des texanischen Schulgesetzes von 1974 werden die Kinder der mexikanischen Landarbeiter, die saisonabhängig von den US-Lebensmittelkonzernen ausgebeutet werden als „Einwanderer" behandelt. Wie ihre Eltern werden sie „Illegale" genannt, per Gesetz vollkommen rechtlos gehalten und von dem erkämpften Recht auf kostenlosen Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen. Sie werden ausgebeutet, zahlen Steuern und Versicherung. Bei der Verabschiedung des Schulgesetzes fand es die texanische Regierung passend, sie als „Abstauber" zu bezeichnen, die sowieso nur nach Texas kämen, um Wohlfahrtsunterstützung und Arbeitslosengeld zu kassieren. Einen Anspruch auf Zahlung von Schulgeld sieht die texanische Regierung erst recht darin, daß die Schulen durch zweisprachigen Unterricht „belastet" würden. Zu dieser „Belastung" ist die US-Bourgeoisie durch den Vertrag von Gouadeloupe-Hidalgo von 1848 gezwungen, durch den die Annektierung mexikanischen Landes, nämlich Texas, festgeschrieben wurde. Der Vertrag garantiert den Chicanos, einem Teil der

Texas: Unterricht für die mexikanischen Kinder nur gegen Schulgeld

z.mam. Bis zu 180 Dollar müssen die Eltern mexikanischer Kinder für deren Ausbildung an öffentlichen Schulen im Monat bezahlen. Aufgrund des texanischen Schulgesetzes von 1974 werden die Kinder der mexikanischen Landarbeiter, die saisonabhängig von den US-Lebensmittelkonzernen ausgebeutet werden als „Einwanderer" behandelt. Wie ihre Eltern werden sie „Illegale" genannt, per Gesetz vollkommen rechtlos gehalten und von dem erkämpften Recht auf kostenlosen Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen. Sie werden ausgebeutet, zahlen Steuern und Versicherung. Bei der



An der Grenze werden die Landarbeiter für Texas auf Lkw's verladen

Verabschiedung des Schulgesetzes fand es die texanische Regierung passend, sie als „Abstauber" zu bezeichnen, die sowieso nur nach Texas kämen, um Wohlfahrtsunterstützung und Arbeitslosengeld zu kassieren. Einen Anspruch auf Zahlung von Schulgeld sieht die texanische Regierung erst recht darin, daß die Schulen durch zweisprachigen Unterricht „belastet" würden. Zu dieser „Belastung" ist die US-Bourgeoisie durch den Vertrag von Gouadeloupe-Hidalgo von 1848 gezwungen, durch den die Annektierung mexikanischen Landes, nämlich Texas, festgeschrieben wurde. Der Vertrag garantiert den Chicanos, einem Teil der mexikanischen Nation, die im Südwesten von Texas lebt, das Recht auf Ausbildung in ihrer Muttersprache wie den Erhalt und die Entfaltung ihrer eigenen Kultur. Wie alle Verträge, die die USA mit den unterdrückten Nationen im Land abgeschlossen hat, tritt sie deren Rechte mit Füßen. So haben die Chicanos zwar das Recht auf kostenlosen Schulbesuch – aber in Schulen die nichts kosten. Keine Ausstattung, zu wenig Lehrer, hochgeschraubte Prüfungsanforderungen, die die Schulzeit kurzhalten, so daß 70% der Chicanos keinen Schulabschluß haben, aber frühzeitig das Geld für den Unterhalt ihrer Familien verdienen müssen.

Für ausländische Jugendliche nur unqualifizierten Hauptschulabschluß

r. mah. Am 1.6.79 hatte der niedersächsische Kultusminister Remmers den Erlaß verabschiedet: „Erprobung zweisprachiger Klassen für ausländische Schüler." Was er unter „zweisprachig" versteht: „ In Ballungsgebieten ausländischer Arbeitnehmer können an Grundschulen, Orientierungsstufen und Hauptschulen gesonderte Klassen für ausländische Schüler mit gleicher Muttersprache... eingerichtet werden. Dabei können Schüler aus angrenzenden Schulbezirken mit aufgenommen werden." Das Ziel dieser Kasernierung ausländischer Schüler sogar über die Grenzen der Schulbezirke hinweg ist im Erlaß ausdrücklich festgehalten: die Eltern seien darauf hinzuweisen, daß

„ – Schüler, die in der Orientierungsstufe oder Hauptschule zweisprachige Klassen besuchen, den Hauptschulabschluß, nicht aber den qualifizierten Hauptschulabschluß erwerben können, und
– der Übergang aus einer zweisprachigen Klasse in eine Regelklasse nur noch nach Klasse 4 oder nach Klasse 6 möglich ist."

Es wird also von vornherein festgelegt, daß ausländische Jugendliche nicht mehr als den minderwertigsten Abschluß bekommen können. Wenn sie überhaupt einen Abschluß bekommen, denn nach dem Erlaß könnten sie nicht mehr nach einem Jahr oder auch weniger in die Regelklasse kommen, sondern müßten ein paar Jahre in Remmers „Sonderklassen" bleiben, bis Klasse 4 bzw. Klasse 6. Vier Stunden Deutsch sind in diesen „zweisprachigen" Klassen wöchentlich vorgesehen. Daß danach die ausländischen Schüler unmöglich z.B. die Orientierungsstufe schaffen können, ist dem Kultusminister durchaus klar.

Bei der Rechtfertigung dieses Erlasses beruft sich Remmers darauf, daß die ausländischen Eltern mehr Unterricht in der Muttersprache wollen. In der Tat. Sie fordern aber z.B. in Hannover seit langem die Abschaffung des Nachmittagsunterrichts und die Einbeziehung der Muttersprache in den Vormittagsunterricht als obligatorisches Fach. Gegen Remmers' „zweisprachige Klassen" leisten sie Widerstand: kein einziger war bisher bereit zu bewilligen, daß sein Kind dorthin kommt. Weswegen die „Erprobung" bis heute nicht stattfinden konnte, mangels Schülern.

Schmudes vier Thesen zur Hochschulpolitik

50-Stunden-Woche bei Sozialhilfesatz / Vielfalt der Prüfungen

z.bil. Um die Durchsetzung der „Studienreform" gibt's weiterhin ständig Krach. Nachdem Anfang Oktober ein Entwurf über Grundsätze für Studium und Prüfungen von der Studienreformkommission nach langem Mühen zur Welt gebracht wurde, reiste Schmude von Universität zu Universität, um die Hochschulbeamten auf Vordermann zu bringen. Die Schwierigkeiten rühren aus den zähen Kämpfen der Studentenmassen um die Bedingungen der Vernutzung ihrer Arbeitskraft. Aber auch die Hochschulbeamten humboldtscher Prägung hängen an ihrer hochdotierten Idylle des einsamen Wissenschaftlers, die der beabsichtigten fabrikmäßigen Umstrukturierung der Hochschulen entgegensteht. Schmude redete viel von der Gefahr der„Abkapselung und Isolation der Hochschulen von der Arbeitswelt" mit Blick auf die ausländischen Konkurrenten: „Es ist nicht einzusehen, warum im europäischen Ausland und in den Vereinigten Staaten junge Akademiker zwischen dem 23. und 25. Lebensjahr in die Arbeitswelt eintreten können, während man in der Bundesrepublik häufig 28 oder 30 Jahre alt wird." 20% eines Jahrganges befinden sich jährlich in den Hochschulen; die Bourgeoisie will endlich *Ergebnisse* sehen.

Die Grundsätze über Studium und Prüfungen der Studienreformkommission sind das Gerüst für gezielte Antreiberei und Aussieberei. Weil aber die Erfahrungen der Studentenmassen sie heute beständig gegen die Erhöhung der Arbeitszeit, gegen niedrige Bezahlung und für die Einschränkung der Konkurrenz und somit Prüferei zu gewerkschaftlichen Aktionen zwingt, firmiert der Entwurf unter dem Schein der Kritik an Hochschulbeamten, die zu viel Stoffülle und Orientierungslosigkeit bei der Studentenausbildung verursachen würden. Die Lösung ist die Propaganda für ein „breit angelegtes Grundstudium" und ein den „Neigungen und Fähigkeiten der Studenten entsprechend aufgefächertes Hauptstudium".

Anstatt von der Senkung der notwendigen Semesterwochenstunden zu sprechen, ist weitere Erhöhung durch „verbindliche Angabe von Semesterwochenstunden", „Selbststudium" und „berufspraktische Tätigkeit" verordnet. „Dem Selbststudium kommt erhebliche Bedeutung zu. Die Studen-

Bezahlung und für die Einschränkung der Konkurrenz und somit Prüferei zu gewerkschaftlichen Aktionen zwingt, firmiert der Entwurf unter dem Schein der Kritik an Hochschulbeamten, die zu viel Stoffülle und Orientierungslosigkeit bei der Studentenausbildung verursachen würden. Die Lösung ist die Propaganda für ein „breit angelegtes Grundstudium" und ein den „Neigungen und Fähigkeiten der Studenten entsprechend aufgefächertes Hauptstudium".

Anstatt von der Senkung der notwendigen Semesterwochenstunden zu sprechen, ist weitere Erhöhung durch „verbindliche Angabe von Semesterwochenstunden", „Selbststudium" und „berufspraktische Tätigkeit" verordnet. „Dem Selbststudium kommt erhebliche Bedeutung zu. Die Studen-

ten sind zu befähigen, sich auch im Selbststudium in Fachgebiete einzuarbeiten ...". Das heißt nichts anderes, als die Studenten über die vorgeschriebenen Semesterwochenstunden hinaus zu abprüfbarer Heimarbeit zu zwingen, womit der Stoff weiter erhöht wird. Berufspraktische Tätigkeiten sind bekanntlich die fast unentgeltlichen Vollarbeiten, wie sie schon heute bei den PJ-Studenten praktiziert werden. „Die erforderliche breite Ausbildung darf nicht davon absehen, daß die spätere Tätigkeit der Hochschulabsolventen in wandelnden Berufen ausgeübt wird. Anzustreben ist eine flexible Koppelung von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem".

Wenn die „Reformer" von „Flexibilität und Durchlässigkeit" sprechen, so ist die unerträgliche Konkurrenz gemeint, die dieses System bewirkt. Konkurrenz zwischen den Studenten, die vor dem Grundstudium schon abbrechen müssen, weil sie Leistungsnachweiſe nicht erbringen können, den Studenten, die das Grundstudium gerade schaffen, Studenten, die „in die kürzeren Ergänzungsstudiengänge und -kurse kommen, und schließlich denen, die in das „den Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Hauptstudium" Zugang finden.

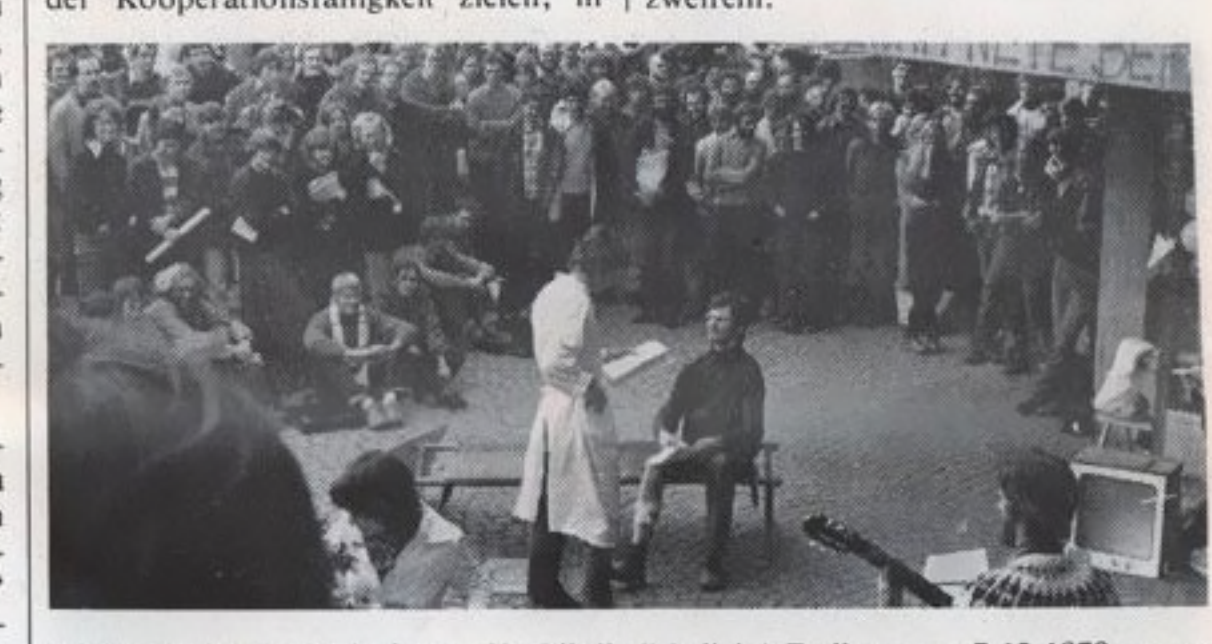
Das Kernstück der Reform sind dabei die Prüfungen: „Den unterschiedlichen Studienzielen und der Vielfalt der Lehrveranstaltungsformen sollte eine Vielfalt von Prüfungsformen entsprechen. Z.B. können Inhalte und Formen des Studiums, die auf Förderung der Kooperationsfähigkeit zielen, in angemessenem Rahmen durch geeignete Prüfungsverfahren (studienbegleitende Prüfungen) unterstützt werden." Dazu sind „Abschlußprüfungen, Vor- und Zwischenprüfungen, Leistungsnachweise usw." geeignet, wobei es um „stärkere Sicherung der Objektivität bei Abschlußprüfungen, stärkere Betonung der Individualisierung", die Sicherstellung der Bewertung von Leistungen des *einzelnen* Studenten (nicht Gruppenarbeiten) geht. Die Regelstudienzeit ist dabei der Akkordsatz, der die Bestätigung der Fähigkeit zur Überarbeit und gelungenen Entfaltung der Konkurrenz führt. Die *inhaltliche* Überprüfung erfolgt über die Auswahl der Studieninhalte, die den Studenten zum „verantwortlichen Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat befähigen". Schmude hatte dazu in seiner Rede an der Freiburger Universität am 20. November Vorschläge: „Wir brauchen die Hilfe der Wissenschaft als Grundlage für längerfristige Orientierung, z.B.: wie läßt sich sparsamer Umgang mit Energie wirksam organisieren? Wie reagiert eine Industriegesellschaft auf Energiemangel und den Zwang zum Energiesparen? Der *richtigen* Beantwortung dieser Fragen ist „in den Prüfungen deutliche Gewichtung (der Problemlösungsfähigkeit), neben der Feststellung erworbener Fachkenntnisse" zu verschaffen.

Dazu gehört auch das richtige Bewußtsein der Dankbarkeit eines Sozialleistungsempfängers – so Schmude anläßlich seiner Hochschulbesuche. Ob nun dieses neue Kind der Studienreformer Erhebliches bewirkt, läßt zweifeln.



Aktionen des Fachschaftsrats Vorklinik (Medizin) Freiburg am 7.12.1979 gegen die 3. Novelle zur Approbationsordnung

men des Studiums, die auf Förderung der Kooperationsfähigkeit zielen, in
reformer Erhebliches bewirkt, läßt zweifeln.



Aktionen des Fachschaftsrats Vorklinik (Medizin) Freiburg am 7.12.1979 gegen die 3. Novelle zur Approbationsordnung

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel: 0511/814045
Zelle Medizinische Hochschule Hannover
Hannover
24. Dezember 1979
52d1z0350q

Ein zusätzlicher Kindergarten tut not

Ein zusätzlicher Kindergarten tut not
Auf der Personalversammlung gab der Personalrat bekannt, daß zwei Drittel aller Anträge auf einen Kindergartenplatz wegen „Kapazitätenmangel" abgelehnt werden mußten. Diese Maßnahme betraf vor allem die Beschäftigten der Küche und der Wäscherei. Gleichzeitig kam heraus, daß Schwestern nur deswegen auf eine Einstellung in der MHH verzichteten, weil die Unterbringung ihrer Kinder im Kindergarten nicht gesichert war. So gesehen wird die Behauptung des Dienstherrn, er suche so sehr nach Personal, finde aber keins, weil keiner die Stelle annehme, ins rechte Licht gerückt. Die Schaffung neuer Kindergartenplätze wäre dringend notwendig, aber gerade daran hat der Dienstherr kein Interesse. Im Gegenteil: er treibt die Rationalisierung voran und schiebt die Schuld dafür auch noch den Schwestern, die angeblich die Stellenangebote verweigern, in die Schuhe.

Allein das Pflegepersonal, das ca. ein Viertel der Gesamtbelegschaft ausmacht, hat 380 Kinder. Bei gleichem Kinderanteil auch der übrigen Beschäftigten, wären das 1500 Kinder an der MHH.

Der Kindergarten ist mit 160 Plätzen bereits jetzt voll ausgelastet. Von den Beschäftigten des Kindergartens wurde durchgesetzt, daß pro 20 Kindern 3 Erzieher da sind, die sich allerdings die Zeit von 6.15 bis 19.30 aufteilen müssen. Das geht, ist aber schon die äußerste Grenze, wenn man mit den Kindern auch was sinnvolles machen möchte und der Kindergarten nicht einfach als „Aufbewahrungsanstalt" angesehen wird, woran weder die Beschäftigten noch die Erzieher ein Interesse haben. Im Kinderhort für die Schulkinder kommen auf drei Erzieher 33 Kinder. Hier geht es eigentlich nur, wenn Zivildienstleistende mitarbeiten. Man sieht, ein zusätzlicher Kindergarten tut not. Der seit langem leerstehende Kindergarten im Gebäude der „Concordia-Versicherung" braucht nur angemietet zu werden. Doch dafür Geld hergeben, schmerzt den Dienstherrn wohl zu sehr, er plant im Gegenteil, aus den Taschen der Beschäftigten noch mehr Gelder zu ziehen und die Kindergartengebühr von 88 auf 140 DM zu erhöhen. Von wegen der Angleichung an die städtischen Kindergartengebühren. Welch eine Gerechtigkeit!

Schon jetzt sieht es so aus, daß man bei dem niedrigen Lohn und bei dem Kindergeld das Großziehen der Kinder kaum gewährleisten kann. Dazu sind schon einige Kunststücke seitens der Eltern nötig. Aber was liest man in den bürgerlichen Zeitungen, allen voran die BILD-Zeitung mit ihrer heuchlerischen Aktion „Ein Herz für Kinder"? Die Familien der Werktätigen würden sich kaum um ihre Kinder kümmern, seien brutal und herzlos gegenüber ihren Kindern.

Gegen diese Lügen und Heuchelei gibt es unter den Lohnabhängigen Empörung. Verschiedene Belegschaften haben dazu an die BILD-Zeitung Leserbriefe geschrieben und ihren Standpunkt erläutert. So schreiben 21 Beschäftigte des Annastifts Hannover: „Wir meinen...sich überhaupt Kinder zu leisten...ist nicht nur eine Frage des ‚Herzens' sondern auch des Geldbeutels. Wir vermuten, das weiß auch Albrecht (Vater von sechs Kindern) – (Albrecht hat die BILD-Zeitung-Aktion öffentlich begrüßt, der Verf.) – Bei sechs Kindern würde ein Arbeiter...950 DM, ein Beschäftigter im öffentlichen Dienst 1424,37 DM und ein Minister... Sogar 1582,48 DM bekamen. Gerade jetzt...ist es richtig, die Forderungen nach Anhebung des Kindergeldes auf die Höhe der Minister für alle zu erheben. Man wird dann auch sehen, was für ein ‚Herz' die Politiker haben..." 54 Beschäftigte der Uniklinik Göttingen schreiben folgenden Brief: „Gut ein Drittel der Beschäftigten der Uniklinken Göttingen verdienen unter 2000 DM brutto. 50 DM Kindergeld und knapp 100 DM kinderbezogener Ortszuschlag reichen noch nicht einmal für einen Kindergartenplatz, der zwischen 140 und 250 DM kostet. Viele von uns haben einfach nicht genug Geld, um Kinder großziehen zu können, am Herzen mängelt es nicht..." Für die Beschäftigten der MHH gilt nichts anderes. Gerade die ausländischen Arbeiterinnen, die in der Küche und der Wäscherei zahlreich sind, werden besonders benachteiligt: für die Kinder, die sie in ihrem Heimatland lassen mußten, bekommen sie eine Ecke weniger Geld.

Für das erste Kind bekommen sie 10 statt 50 DM, für das zweite Kind 25 statt 100 und für jedes weitere Kind 60 statt 200. Begründen tut das die Regierung mit den „niedrigen Lebenshaltungskosten" in den Heimatländern dieses Teils der Beschäftigten. In welchem dieser Länder man mit sage und schreibe 10 DM ein Kind großziehen kann, sollten die Herrschaften mal selber mit ihren Kindern ausprobieren.

Die Wurzel des Übels liegt nicht bei dem mangelnden Herz der Werktätigen, sondern daran, daß man gezwungen ist, die eigene Arbeitskraft dem Dienstherrn zu verkaufen, weil man nichts anderes als diese besitzt...

Zivildienst und Arbeitsdienst: gewerkschaftliche und politische Entrechtung

Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935

§ 1, Abs. 4 Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt.

§ 17, Abs. 2 Die Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes bedürfen zum Erwerb oder Ausübung der Mitgliedschaft in Vereinigungen jeder Art sowie zur Bildung von Vereinigungen innerhalb und außerhalb des Reichsarbeitsdienstes der Genehmigung. Der Erwerb der Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bedarf keiner Genehmigung.

Dienststrafordnung für die Angehörigen des Freiwilligen Arbeitsdienstes, 8.1.35

§ 2 Alle Handlungen und Unterlassungen, die
1. die Ehre der Gemeinschaft und das öffentliche Ansehen des Arbeitsdienstes, oder die Kameradschaft im Arbeitsdienst verletzen oder gefährden, oder
2. Gegen Zucht und Ordnung im Arbeitsdienst verstoßen, sind nach dieser Dienststrafordnung zu verfolgen.

§ 3 Die Dienststrafen
a) kleine Dienststrafen
1. Dienstverrichtungen im Innendienst außer der Reihe oder außer der Zeit, jedoch nur zur Wiedergutmachung nachlässiger Dienstverrichtungen gleicher Art.
2. Einfacher Verweis
b) förmliche Dienststrafen
3. strenger Verweis
4. Lagerarrest bis zu 4 Wochen
5. Stubenarrest bis zu 4 Wochen
6. Verschärfter Stubenarrest bis zu 10 Tagen ...
7. Zellenarrest (in Gefängniszelle) von 1 bis 8 Monaten (...)

Zivildienstgesetz von 1973

alle §§ sind im Entwurf d. Bundesregierung im wesentlichen unverändert

§ 1 Im Zivildienst erfüllen anerkannte Kriegsdienstverweigerer Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen, (vorrangig im sozialen Bereich)*

* (.) wird im Entwurf d. Bundesregierung gestrichen

§ 29, Abs. 1 Der Dienstleistende darf sich im Dienst nicht zugunsten oder zuungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch mit anderen seine Meinung zu äußern, bleibt unberührt.
2. Innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen darf die freie Meinungsäußerung während der Freizeit das Zusammenleben in der Gemeinschaft nicht stören ...

§ 27 (1) Der Dienstleistende hat seinen Dienst gewissenhaft zu erfüllen. Er hat sich in die Gemeinschaft, in der er seinen Dienst ableistet, einzufügen ...
(2) Außer Dienst hat sich der Dienstleistende außerhalb der dienstlichen Unterkünfte so zu verhalten, daß er das Ansehen des Zivildienstes oder der Einrichtung, bei der er seinen Dienst leistet, nicht ernsthaft beeinträchtigt.
§ 30 (1) Der Dienstleistende hat die dienstlichen Anordnungen des Direktors des Bundesamtes, des Leiters der Dienststelle sowie der Personen einschließlich anderer Dienstleistender zu befolgen, die mit der Leitung und Aufsicht beauftragt sind (Vorgesetzte).
§ 54 Mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren wird bestraft,
1. wer die Befolgung einer dienstlichen Anordnung dadurch verweigert, daß er sich mit Wort oder Tat gegen sie auflehnt oder, ...
§ 58 Ein Dienstleistender begeht ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft seine Pflichten verletzt.
§ 58a (1) Dienstvergehen können durch Disziplinarmaßnahmen geahndet werden (...)



Einsatz von ZDLern in der Behindertenwerkstatt

Zivildienstschule Staffelstein: Freizeitangebot Korbflechten

Die Befugnisse der Bahnpolizei - „Gefahrenabwehr bis Täter gestellt"

r.mid. Am 8.Dezember wurden die Jugendlichen, die mit einem Zug aus Bielefeld zu einem Fußballspiel in Hannover wollten, auf dem Bahnsteig von Polizei und Bahnpolizei „empfangen". Die Bahnpolizei hatte mit Unterstützung der hannoverschen Polizei den gesamten Bahnsteig abgesperrt und jeden Jugendlichen einer Leibesvisitation unterzogen (siehe Bild). Als Vorwand wurde angegeben, es wären „Ausschreitungen" anläßlich des Fußballspiels zu befürchten. Dieses Eingreifen und auch z.B. die Verfolgung eines Volksmiliz-Verteilers außerhalb des Bundesbahngeländes ist durch die Eisenbahn-, Bau- und Betriebsordnung (EBO) in §55 und §56 geregelt. Dort heißt es: „§55 Aufgaben der Bahnpolizei – (1) Wird die öffentliche Ordnung bedroht, so hat die Bahnpolizei im Rahmen des geltenden Rechts die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um 1. von den Anlagen und dem Betrieb der Bahn oder ihren Benutzern Gefahren abzuwehren". Ausdrücklich wird in dem Kommentar zu diesem Absatz festgestellt, daß „der Betrieb... nicht im engen eisenbahntechnischen Sinn zu verstehen (ist), sondern ... auch die Abfertigung und die Beförderung mit der Eisenbahn zu transportierenden Personen und Güter" umfaßt. Daher war es auch durchaus „rechtmäßig", als die Bahnpolizei nach dem Fußballspiel die Jugendlichen während der Fahrt nach Bielefeld mit Polizeihunden „begleitete". Umgekehrt ist eine Amtshilfe der Bahnpolizei für die Polizei der Länder ebenso vorgesehen. In §56 der EBO heißt es: „(2) Außerhalb des Gebietes der Bahnanlagen können Bahnpolizeibeamte im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeiten (§55) die notwendigen vorläufigen Maßnahmen treffen,
1. solange bei Gefahr im Verzuge die allgemeine Polizei die zur Abwehr der Gefahr notwendigen Maßnahmen nicht treffen kann,
2. um Personen, die auf dem Gebiet der Bahnanlagen auf frischer Tat ertappt werden, zu verfolgen und zu ergreifen."

Um diesen Punkt kommt es seit längerem zu Auseinandersetzungen, so versucht die Bahnpolizei immer wieder 'Strafzettel gegen Falschparker auf dem Bahnhofsvorplatz auszustellen. Hier mußte sie eine Niederlage hinnehmen. So kommt ein Polizeioffizier in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Polizist" nach der Auseinandersetzung mit verschiedenen Gerichtsurteilen selbst zu dem Schluß: „die Bahnpolizei ist also auf den Bahnhofsvorplätzen nicht zuständig." Sie darf auch keine Strafzettel ausstellen.

Die Bahnpolizei hatte 1975 2800 Beamte auf 136 Dienststellen. Das erscheint auf den ersten Blick nicht viel, daher hat sich die Bourgeoisie die Möglichkeit eröffnet, alle Beamten der Bundesbahn (etwa 100000) zu „nebenamtlichen" Polizeibeamten zu machen.

Die Polizeirechte der „nebenamtlichen" Bahnpolizeibeamten können in Kraft gesetzt werden, wenn „ihre hauptamtliche Tätigkeit behindert wird". Bevor die Bourgeoisie Zugführer, Schaffner oder Bahnsteigschaffner zu Hilfspolizisten ernennt, greift sie doch lieber auf die Möglichkeit der „Amtshilfe" zurück und setzt starke Kräfte der Polizei des Landes Niedersachsen ein, um wie am 8. Dezember die Jugendlichen zu schikanieren und einzuschüchtern.



Sonderrechte für die Besatzertruppen im Straßen-, Wasser- und Luftverkehr

z.ger. Außer den allgemeinen Verkehrsregeln sind die Besatzungstruppen sowie ihre Angehörigen den Bestimmungen der deutschen Straßenverkehrsordnung nicht unterworfen. Die britischen Besatzer z.B. müssen zwar rechts fahren, die Beleuchtung oder die Bremsen ihrer Fahrzeuge – militärische wie private – brauchen nicht den Vorschriften in der BRD zu entsprechen. Grundlage der Sonderrechte der Besatzer bildet das „Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) vom 19.6.51" und das „Zusatzabkommen" zu diesem Abkommen „hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3.8.59". (siehe KVZ Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm 06.10.e.)

In Art. 57 des Zusatzabkommens haben sich die Besatzer die völlige Freizügigkeit für ihre Truppen, für die einzelnen Soldaten und deren Angehörige gesichert, „mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren, sowie sich in und über der Bundesrepublik zu bewegen." Die Registrierung und Zulassung dieser Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge ist ausschließlich Sache der Besatzerbehörden (Art. 10). Die Fahrzeuge müssen ein Kennzeichen haben und private Fahrzeuge müssen haftpflichtversichert sein. Hinsichtlich der Sicherheit der registrierten Fahrzeuge treffen die Behörden der Besatzertruppen die „angemessenen" Maßnahmen. Die in der BRD gültigen Vorschriften für „den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge" usw. gelten nicht, sondern es gelten die Vorschriften der jeweiligen Besatzer (Art. 57). Für Fahrzeuge, die in Länge, Breite oder Gewicht die nach deutschem Recht gültigen Höchstmaße überschreiten, vereinbaren die Behörden der BRD und die Besatzer besondere Straßen, die benutzt werden dürfen. Bei Unglücksfällen, Katastrophen und Staatsnotstand brauchen sich die Besatzer nicht daran zu halten. So vorausschauend ist das NATO-Truppenstatut mit Zusatz, daß die Besatzer im Falle der Niederschlagung eines Aufstands mit ihren Panzern noch nicht einmal die Straßenverkehrsordnung verletzen müssen.

Die Militärpolizei der Besatzer hat hinsichtlich des Straßenverkehrs keine besonderen Rechte. Sie hat allgemein das Recht, „auf öffentlichen Wegen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und an anderen Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind, Streife zu gehen und gegen die Mitglieder (der Besatzertruppen und deren Familienangehörigen) ... die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin notwendigen Maßnahmen zu treffen." Straßensperren und allgemeine Personenkontrollen, wie sie die britischen Besatzer nach der Explosion von Bomben auf ihrem Gelände durchgeführt haben, sind nach dem Truppenstatut so ohne weiteres nicht zulässig. Jedoch sind die Bestimmungen genügend dehnbar: z.B. können die Besatzerbehörden tätig werden, „wenn eine deutsche Behörde um die Festnahme ersucht." (Art. 20). Oder es „ist Gefahr im Verzug und ... ein deutscher Polizeibeamter nicht rechtzeitig erreichbar" und es handelt sich um eine strafbare Handlung innerhalb der oder gegen die Anlagen der Besatzer und der Täter ist flüchtig, dann können sie Festnahmen vornehmen. (Art. 20) Oder die Besatzer erklären das Ganze zu einer Übung. Selbst wenn ihr Vorgehen nicht durch das NATO-Truppenstatut gedeckt wäre, die Anordnung und Durchführung der Kontrollen wäre dann eine dienstliche Handlung der Besatzertruppe und damit der Gerichtsbarkeit der BRD entzogen. (Art. 18)

Ariane gestartet – europäische Bourgeoisie drängt ins Weltraumgeschäft

Deutsch-französische Satelliten / Gemeinsam gegen die Hegemonie der US-Konkurrenten / Einheit bis zum nächsten Krach

z.pel.Paris. Cap Canaveral, Florida, 19.12.1974. Die US-Imperialisten schießen den ersten französisch-deutschen Fernsehsatelliten in den Weltraum. Heftige Konkurrenz der europäischen Imperialisten untereinander und die enge Allianz der westdeutschen Bourgeoisie mit der Supermacht hatten 1969 und 1971 die gemeinsame Rakete „Europa" sechsmal buchstäblich platzen lassen. Nach dem Rückgriff auf die amerikanische Rakete Thor-Delta können die US-Imperialisten diktieren. Den europäischen Bourgeois wird vertraglich jede kommerzielle Nutzung des Satelliten „Sinfonie" verboten.

24.12.1979. Kourou, in der französischen Kolonie Guayana. Im dritten Versuch klappt der Start der Rakete Ariane. Der französische Industrieminister Giraud erklärt direkt nach dem Start im Fernsehen: „Und ich glaube tatsächlich, daß hinter diesem Versuch das Symbol Europa steht. Ein Europa, das im Weltraum nicht fehlen will, das wünscht, seine Unabhängigkeit zu erlangen, indem es dort oben, wo sich die Weltnachrichtenverbindungen abspielen, wo sich die Übermittlung der Daten abspielt und wo auch das Fernsehen übertragen wird, mit Satelliten präsent ist."

Der Triumph des Augenblicks legt den harten Geldkern wie die strategischen Absichten frei. 2135 Satelliten sind bis heute von den beiden Supermächten in den Weltraum geschossen worden, 1978 allein über 150. Für die imperialistische Konkurrenzschlacht sind sie mittlerweile unerläßlich. Fernsehsatelliten, von denen die Ariane mehrere gleichzeitig befördern kann, können fünf Farbfernsehprogramme übermitteln, die genaue Erforschung der Erdformationen läßt Rückschlüsse auf Rohstoffvorkommen zu. Mit Hilfe des Satelliten Sirio 2 wollen die EG-Imperialisten nach dem fünften Arianestart über von ihm abgeschickte Laserstrahlen, die schneller als Radiosignale sind, eine noch exaktere Synchronisierung der Uhren erreichen. Von Kourou aus soll er in eine geostationäre Umlaufbahn in 35800 km Höhe geschossen werden, d.h. die Umlaufgeschwindigkeit entspricht genau der Erdrotation, er erscheint als stillstehend, Abweichungen werden ausgeschlossen. Der Satellit ermöglicht gleichfalls Radioverbindungen zwischen z.B. allen Schiffen einer Handelsflotte auf Langwelle.

Auf 200 solcher Satelliten schätzen die Imperialisten den Bedarf bis 1990. Kostenpunkt im Schnitt: 250 Mio. Dollar pro Stück. Etwa 50 davon gedenken sie den amerikanischen Konkurrenten abzujagen. Die fehlende eigene Abschußmöglichkeit verhinderte bis jetzt das Geschäft. Ariane soll da Abhilfe schaffen. Die dreistufige, 47 m hohe Rakete kann bis zu 1700 kg befördern. Ihre Technik ist gegenüber den bisherigen amerikanischen Raketen keineswegs umwälzend. Da deren Produktion jedoch ausläuft und die US-Imperialisten mit ihrer Mondfähre „Spaceshuttle" in großem Produktionsrückstand sind, ergibt sich die Marktlücke. Jeder Satellitenstart mit Ariane soll außer den Satellitenkosten nochmal jeweils 40 Mio. Dollar in die Kassen der v.a. französischen und westdeutschen Monopole spülen.

Die großen Profiterwartungen auf dem bisher zu 95% von den US-Imperialisten beherrschten Satellitenmarkt (SU ausgenommen) haben die europäischen Imperialisten nach dem „Europa"-Reinfall erneut in die begrenzte Zusammenarbeit getrieben. Für die französischen Bourgeois, die das Projekt am hartnäckigsten betrieben und sich heute bei Produktion und Handel mit jeweils 60% den Löwenanteil gesichert haben, ist es darüberhinaus jedoch entscheidend, um sich über ihre militärische Hegemonie zur führenden westeuropäischen Macht im Schatten der Supermächte zu entwickeln. Neben der NATO haben sie ihre eigene Nuklearwaffe entwickelt. Deren Einsatzfähigkeit und Wirksamkeit hängt von schnellen Nachrichtenverbindungen ab. Der Satellit „Samro" z.B. stellt jede Veränderung in gewünschten Gegenden fest, indem er die gleiche Stelle mehrmals zu exakt gleichen Zeiten passiert.

Hohe Entwicklungskosten trieben die französischen Bourgeois zu Zusammenarbeit mit der BRD. Auf dem Sektor Weltraumflugkörper liegt der Anteil der BRD-Konzerne, v.a. MBB, an der Produktion der französischen Konzerne 1978 bei 47%. Seit langem werden die Raketen Milan, Hot und Roland sowie der Airbus gemeinsam produziert. In die gemeinsame Freude über erwartete Markteinbrüche auf Kosten der US-Imperialisten mischt sich jedoch in der BRD schon erste Klage über „französische Hegemonie", die westdeutsche Bourgeoisie verlangt eine „Verkaufskontrollklausel". Und an Nuklearraketen kommt Schmidt auch nur mit Hilfe Carters.





Guayana, an den Norden Brasiliens angrenzend, dient den französischen Imperialisten als Einsatzbasis der Legion. Seit 1973 führt die Gewerkschaft UTG den Kampf der Indianer und Kreolen für nationale Unabhängigkeit.

Französische Militärbasen im Indischen Ozean – riesige UNO-Mehrheit für Rückzug von Mayotte

z.pel.Paris. Anstatt, wie im Gesetz vom 24.12.1976 vorgesehen, eine Volksabstimmung durchzuführen, hat die französische Nationalversammlung Anfang Dezember entschieden, das Statut der Insel Mayotte als ,,Territorialgemeinschaft der französischen Republik'' um fünf Jahre zu verlängern und somit die koloniale Herrschaft aufrechtzuerhalten. Am 5. Juli 1975 hatte das Volk der Inselgruppe der Komoren – im Indischen Ozean zwischen Mozambique und Madagaskar gelegen – sich von der französischen Kolonialherrschaft befreit. Wenige Tage später putschten die Franzosen auf der südlichsten Insel Mayotte. 45000 Einwohner, vorwiegend Moslems, wurden erneut der Knechtschaft unterworfen, die Insel erhielt einen französischen Präfekten, bald darauf wurden eine Flugzeuglandebahn und ein elektronischer Horchposten angelegt.



Innerhalb eines knappen Jahres baute sich der französische Imperialismus in dieser Region seinen größten Militärstützpunkt in der Dritten Welt auf. Auf den weiter östlich gelegenen unbewohnten Iles Glorieuses, die er sich 1960 unter den Nagel gerissen hatte, wurden Raketenabschußrampen sowie ein Sender errichtet, die Truppen der Legion in der Kolonie La Réunion wurden auf 2000 Mann verstärkt. Der General Schweitzer verteidigte frech die Expansion: ,,In dieser Zone haben wir jeden Tag 70 Handelsschiffe und grundlegende Interessen, v.a. Ölinteressen. Man läßt nicht seine Brieftasche am Straßenrand, ohne auf sie aufzupassen.''

Imperialistische Räuberlogik. Wo ein Straßenrand ist, ist oft ein Graben. Bald könnten sich die französischen Imperialisten dort wiederfinden. Die UNO-Vollversammlung forderte am 6.12. die sofortige Rückgabe der Insel an die Komoren. Mit 112 Stimmen gegen *eine*. Madagaskar beansprucht die Iles Glorieuses, die Seychellen haben soben nach Aufdeckung eines Putschversuches alle französischen ,,Helfer'' rausgeworfen.

Noch ist Südkorea eine imperialistische Arbeitskolonie

Risse in der Kompradorenbourgeoisie / Aufschwung der Kämpfe von Studenten und Arbeitern

z.hev. Die Kommandeure der US-Armee in Südkorea waren zutiefst entrüstet. Die am 13. Dezember gegen den Park-Nachfolger Choi Kyu-huah putschenden Offiziere der südkoreanischen Armee hatten sie nicht um Erlaubnis gebeten, die putschenden Bataillone von der Demarkationslinie des 38. Breitengrades, der gewaltsam zur Volksrepublik Korea aufrechterhaltenen Grenze, abzuziehen. Daß überhaupt Einheiten abgezogen wurden, hatte es seit 1961 nicht mehr gegeben, damals allerdings mit ausdrücklicher Billigung durch die USA, die damit Park in den Sattel hievten. Offensichtlich beginnen die Widersprüche innerhalb der Kompradoren Südkoreas so zu tanzen, daß die US-Imperialisten teilweise die Kontrolle zu verlieren drohen.

Der Tanzboden ist die desolate Wirtschaftslage Südkoreas, und dies nicht erst seit dem Fangschuß für Park vom 26. Oktober. Im April bereits versuchte Park auf der 11. Konferenz der gemeinsamen Wirtschaftskomitees Japans und Südkoreas verzweifelt, Japan zu Maßnahmen zu bewegen, die das bis dahin seit 1961 angehäufte Handelsbilanzdefizit von 13,3 Mrd. Dollar verringern sollten. Direkt im Anschluß zog Park die Kreditbremse, um die ausländischen Konzerne in Südkorea an noch größeren Importen zu hin-
an noch größeren Importen zu hin-
dern. Die Importe waren 1979 doppelt so schnell wie die Exporte gestiegen. Anfang Mai muß Südkorea, das noch 1976 eine angebliche Selbstversorgung mit Reis verkündet hatte, riesige Mengen Reis kaufen, in den folgenden Monaten wiederholt. Ebenfalls im Mai setzt Carter den japanischen Premierminister Ohira in Washington unter Druck, der daraufhin von ,,Großkäufen'' in Korea zum Abbau der Handelsbilanz redet. Eine 56 Mann starke Delegation von US-Managern unter Führung von W. E. Tucker, dem Caltex-Boß, bringt das Park-Regime wieder auf Vordermann. Der Premierminister Chio Kyu-huah kündigt eine noch weitergehende Liberalisierung des Warenimports an, statt einer Positivliste von 481 erlaubten Waren nur noch eine Negativliste mit einigen wenigen unerlaubten Importwaren. Fast gleichzeitig findet in Seoul ein Seminar unter der Regie des US-koreanischen Wirtschaftsrates statt, auf dem den südkoreanischen Wirtschaftsführern von speziell geschulten Amerikanern eine Ausweitung der Auslandsverschuldung nahegelegt wird. Statt sich wie bisher fast ausschließlich auf relativ kurzfristige Bankkredite zu verlassen, sollten sie sich vorrangig um Kredite auf den internationalen Finanzmärkten des Euro-Dollar, des Asien-Dollar, der Deutschen Mark und des Schweizer Franken bemühen. Der Vorsitzende der First National Bank of Chicago A. R. Abbound hat auf demselben Treff die klare Vorstellung von einer ,,Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft''. Er rechnet damit, daß eine solche Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 2000 größer sein wird als ,,jede andere vergleichbare Gruppe von Nationen''. Den Anfang sollen gemeinsame Geschäfte in den Ländern der Dritten Welt machen, wobei Südkorea den Weg zu ebnen hätte für die US-Konzerne.

Ende Juni ist Carter in Seoul, am 20. Juli storniert er endgültig den Truppenabzug, der eh nur auf dem Papier gestanden hatte. Im September beginnt die Sitzungsperiode der südkoreanischen Nationalversammlung, die über den Haushalt für 1980 zu bestimmen hat. Park läßt einen sogenannten Oppositionspolitiker, auf den die US-Imperialisten wohl gesetzt hatten, aus der Versammlung ausschließen unter heftigem Begleittönen der US-Presse. Anfang Oktober muß sein Außenminister Park Tong-jin in New York bei Vance und dem Ostasienexperten Holbrooke antanzen, und am 17. Oktober beginnt das 12. Konsultativtreffen über Sicherheit zwischen den USA und Südkorea. Letzteres muß sich zu einer weiteren Steigerung des Verteidigungsbudgets auf nunmehr über 6% des Bruttosozialprodukts verpflichten, kurzfristig Ölreserven für 25 Tage auf eiligst gekauften ausrangierten Tankern anlegen und sich erneut und bedingungslos dem im November 1978 eingerichteten gemeinsamen Oberkommando der US-südkoreanischen Streitkräfte unterwerfen.

In Pusan und anderen Städten gehen Studenten und Arbeiter massenhaft auf die Straße – eine Lage ,,wie vor 1961''. Westdeutschlands Wirtschafts-
1961''. Westdeutschlands Wirtschafts-
minister Graf Lambsdorff ist wohl mehr zufällig auch gerade in Seoul, als sich die Demonstrationen wie ein Lauffeuer ausbreiten und die Schüsse auf den Diktator fallen. ,,Das Volk ist wegen der fehlenden politischen Freiheiten unzufrieden, und jetzt trifft sie, um dem ganzen die Krone aufzusetzen, auch noch wirtschaftliche Not'', sagte der Führer der größten Oppositionspartei ,,Neue Demokratie'' Kim Yong Sam, der durchaus kein Revolutionär ist.

50000 Won erhält nach Regierungsstatistiken vom August eine Arbeiterin pro Monat, ein Bergarbeiter, der zu den besser verdienenden Arbeitern zählt, 106500 Won. Mindestens 200000 Won aber braucht eine 5köpfige Familie, um gerade über die Runden zu kommen. Die Durchschnittseinkommen in der Landwirtschaft liegen um rund 20% niedriger, einer der Gründe für die ungeheure Landflucht der letzten Jahre, während Seoul in den ersten fünf Jahren des Jahrzehnts von 1,4 auf 6,9 Mio. Einwohner geradezu explodierte, wie andere Städte auch. Die Profite aus diesem riesigen in die Leichtindustrie (Textilien) geschleuderten Arbeiterheer steckten die Imperialisten in ihre Tasche. Mit dem Wachstum der Industrie und der Ausdehnung auf weitere Produktionsbereiche (Elektro- und Maschinenindustrie) wuchs auch die Zahl der Kompradoren, die den Profit für sich einstecken wollen und die zunehmend, gestoßen und geschoben von der nationalen Volksbewegung, in Widerspruch zu ihrem einstigen Ziehvater geraten. Selbst Park redete vom ,,Vertrauen in die eigene Kraft'' und forderte die Entwicklung der eigenen Ressourcen. Derzeit müssen die Rohstoffe, die in Südkorea verarbeitet werden, zum großen Teil eingeführt werden. Die Energiebasis beruht zu 61% auf dem Öl, während die einheimische Kohle vernachlässigt wurde. Aus dieser Abhängigkeit machen die USA ein weiteres Geschäft: sie garantierten einen 1 Milliarde-Dollar-Kredit zum Kauf von Atomkraftwerken.

Südkorea wurde so gezwungen, alle
Südkorea wurde so gezwungen, alle
Kräfte auf den Export zu legen, der doch nie die immensen Importe wettmachen konnte. Die Mittel zur Entwicklung einer ausgewogenen Wirtschaft mit der Landwirtschaft als Basis fehlten. Südkorea ist heute eine Arbeitskolonie zum Nutzen der Expansion vor allem des US- und japanischen Kapitals in Asien geworden. ,,Asien'', sagte der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Brown, ,,ist wie Westeuropa von vitalem Interesse für die USA. Geographisch reichen die USA – mit den Aleuten, Hawaii und Guam – ins Herz des Pazifik. Ökonomisch wächst unser Handel mit Asien mit enormer Geschwindigkeit, er erreichte 1977 insgesamt 60 Milliarden Dollar, mehr als mit Westeuropa.''




Die Maschinen, die im Land gebraucht würden, gehen in den Export. Selbst mit brutalster Unterdrückung kann das Volk nicht mehr niedergehalten werden.

Österreich: Klärung der Fronten

Österreich: Klärung der Fronten

im Kampf der slowenischen Minderheit

z.anb.Wien. Mit dem Volksgruppengesetz von 1976 und der anschließenden *Minderheitenfeststellung* beabsichtigte die Regierung Kreisky vor drei Jahren, die Zwangsintegration der nationalen Minderheiten in Österreich (Tschechen, Kroaten, Slowenen) per Volksabstimmung demokratisch legitimieren zu lassen, um darüber den Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages zu unterlaufen. Die Anerkennung der Volksgruppen als Nationalitäten sollte an einen Anteil von 25% der Gesamtbevölkerung der jeweiligen Gemeinde gebunden werden. Die Abstimmung wurde von den Volksgruppen boykottiert, während die Behörden in Wien mehr ,,Slowenen'' registrierten als in ganz Kärnten.

Mit dem Staatsvertrag von 1955 hatte die Sowjetunion als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges nicht nur die staatliche Souveränität Österreichs wiederhergestellt, die Regierung der neuen Republik Österreich wurde vertraglich verpflichtet, die nationalen Minderheiten den Österreichern gleichzustellen, ihnen Meinungs-, Presse, Organisations-, Versammlungsfreiheit zu gewähren und die Zweisprachigkeit in den von ihnen bewohnten Gebieten anzuerkennen.

In der zweiten Dezemberwoche haben die Vertreter der Organisationen der Slowenen der Regierung in neuerlichen Verhandlungen einen Operationsplan bis 1985 vorgelegt. Er sieht die völlige Abschaffung des Volksgruppengesetzes bis 1985 vor und fordert für die Zwischenzeit die Durchführung folgender Maßnahmen:

– Anerkennung von Slowenisch als Pflichtfach an den Schulen Kärntens
– Kostenlose Schulbücher in Slowenisch
– Übernahme der bisher privat getragenen Dorfkindergärten für 250 slowenische Kinder auf Staatskosten, Zweisprachigkeit aller öffentlichen Kindergärten
– ab Mitte 1980 Eröffnung einer Wirtschaftsfachschule in Südkärnten.

Der Zentralrat der Slowenen erklärte, auf dieser Grundlage sei die Entsendung von Vertretern in den ,,Volksgruppenbeirat'' der Regierung denkbar mit dem klaren Auftrag, den Kampf für die Umsetzung obiger Forderungen zu führen sowie für ein neues Gesetz in Übereinstimmung mit Art. 7 des Staatsvertrages, dessen Kern ohnehin die Abschaffung dieser Beiräte unter Regierungsaufsicht beinhalten müsse.

Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion verteidigen Stalin gegen die Revisionisten

z.gek. Am 100. Geburtstag Josef Stalins hat in den Straßen seiner Geburtsstadt Gori in Georgien eine große Menschenmenge von den Morgenstunden an mit Bildern und Spruchbändern, die das Andenken des früheren Vorsitzenden des ZK der KPdSU und Oberkommandierenden im Großen Vaterländischen Krieg gegen den Hitler-Faschismus ehrten, defiliert. In Moskau haben Tausende Blumensträuße und Kränze am Grab hinter dem Lenin-Mausoleum niedergelegt. – Die Meldungen haben sich seit längerem gehäuft: Hunderttausende kommen jährlich nach Gori. An zahllosen Maschinen, in Fabrikspinden, in Kolchosräumen, an Taxischeiben etc. hängt als stumme Demonstration sein Bild. Schüler tragen es in der Tasche mit. Stalin-Kalender wie der abgedruckte *(Bild)* werden zu Millionen illegal gedruckt und verbreitet. Kaum eine Familienfeier, auf der der erste Toast nicht auf Genossen oder ,,Väterchen'' Stalin ausgebracht wird. An Bergwänden des Kaukasus werden nachts Rieseninschriften angebracht, die ihn rühmen.



Die Versuche der Revisionisten, die 1956 die Macht ergriffen haben, Stalin zur ,,Unperson'' zu erklären, sind gescheitert. Die Prawda hat es jetzt mit einer ,,kritischen Würdigung'' versucht: ,,Die KPdSU hat die Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit, den groben Machtmißbrauch und ... alle auf den Personenkult zurückgehenden Entstellungen entschieden verurteilt''. Man könne Stalin gewisse Verdienste, z.B. als Oberbefehlshaber, nicht absprechen. Man solle aber die Wirkung einzelner Personen in der Geschichte nicht überschätzen ...

Wie geschickt! Und wie zwecklos. Die Verteidigung Stalins, d.h. der revolutionären Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU, ist eine Hauptform des politischen Protestes der Arbeiter und Bauern gegen die revisionistischen Machthaber und neuen Zaren geworden. Es war gerade das Aufkommen dieser neuen Bourgeoisie gewesen, das die proletarische Diktatur unter Stalins Leitung (als durch die offenen Aggressionspläne des deutschen Faschismus die Existenz der Sowjetunion auf dem Spiel stand) unterdrückt hatte.

Demonstranten in Taiwan fordern politische Freiheiten

z.elf. Über 10000 Menschen demonstrierten am 10. Dezember in Kaoshiung, der größten Hafenstadt im Süden Taiwans. Anlaß war das Verbot einer Versammlung, die die Zeitung ,,Formosa'' zum Internationalen Tag der Menschenrechte der Vereinten Nationen einberufen hatte. Seit den 30er Jahren hält die Kuomintang-Clique in Taiwan das Kriegsrecht aufrecht, die Bildung von politischen Parteien ist verboten, jede Einberufung einer Versammlung genehmigungspflichtig. Die Zeitung ,,Formosa'' hat sich als Plattform der Gegner der Kuomintang-Clique herausgebildet und tritt für Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit ein. Die Kuomintang-Clique verbot die Versammlung und ging gegen die Protestdemonstration mit Tränengas vor. Nach der Demonstration wurden zahlreiche Gegner des Regimes verhaftet, ein 75jähriger Oppositionspolitiker wurde wegen ,,kommunistischer Verschwörung'' zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Kuomintang-Clique ist international isoliert. Das vereinfacht im Inneren den Kampf gegen das Regime. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China zum 1.1.79 waren die USA gezwungen, sich von einem Teil ihrer Bastionen zurückzuziehen. Sie mußte die Regierung der Volksrepublik China als ,,einzig legale Regierung Chinas'' anerkennen und ,,daß Taiwan ein Teil Chinas ist'' (aus dem gemeinsamen Kommuniqué China/USA zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Dez. 78). Den Beistandsvertrag USA/Taiwan hat Carter zum 1.1.80 rechtskräftig gekündigt.

Palau-Inseln: Errichtung von US-Stützpunkten abgelehnt

z.gug. Die malayische Bevölkerung der Palau-Inseln, westlich der Philippinen gelegen, hat einen Verfassungsentwurf abgelehnt, der die Errichtung von US-Stützpunkten und den Transport von Atomwaffen vorsah. Die aus 26 Inseln bestehende Inselgruppe mit einer Gesamtfläche von 480 km² und einer Bevölkerung von ca. 11500 steht seit dem 2. Weltkrieg unter US-amerikanischer Verwaltung. 1899 erklärten die deutschen Imperialisten die Inseln zu deutschem Schutzgebiet, nach dem 1. Weltkrieg errichteten die japanischen Imperialisten ihre Oberherrschaft über das Land. Die ehemals auf den Inseln vorhandenen Phosphat-Vorkommen haben die Imperialisten vollständig ausgeraubt. Das Land ist fruchtbar und die fischreichen Gewässer bieten eine Ernährungsquelle für die Bevölkerung.

Nur noch 50% der Arbeiter im US-Bergbau organisiert

z.mif. Der 109tägige Streik der US-Bergarbeiter 1978 hat Carters Plan, Verdoppelung der Kohleförderung bis 1985 durch Steigerung der Ausbeutung, zerschlagen. Die in der Gewerkschaft UMWA organisierten Bergarbeiter haben eine wesentliche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen in den alten Kohlerevieren verhindern können, nicht allerdings die Schließung zahlreicher kleinerer Zechen. Allein in West-Virginia im Osten der USA sind 9500 Bergarbeiter arbeitslos. Die Kapitalisten, vor allem die Ölmonopole, die derzeit riesiges Kapital in den Kohlebergbau werfen, haben im Westen der USA neue Bergwerke im Tagebau eröffnet: in Wyoming,

Supermächte fürchten „explosive Situation" in Indien

Wahlen am 3. Januar / Sozialimperialisten in Schlüsselbetrieben / Bauernaufstände

z.mif. Zu den Parlamentswahlen in Indien am 3. Januar sind 360 Millionen wahlberechtigt. Bei einem solchen Reservoir an Arbeitskraft in einem Land der Dritten Welt ist die Aufmerksamkeit der Imperialisten für die Wahl gesichert. Die „Neue Zeit, Wochenschrift für Politik" der Sozialimperialisten untersucht die Lage in Nr. 43/79:

„Alles deutet darauf hin, daß sich der Wahlkampf auf drei prominente Politiker und dementsprechend auf drei politische Gruppierungen konzentrieren wird. – Erstens ist es Charan Singh, Premierminister der derzeitigen provisorischen Regierung" (20.8. zurückgetreten) ... „Meldungen liegen vor, daß einige Linksparteien, darunter die KP, mit diesem Block zusammenarbeiten wollen. – Charan Singh gilt in Indien als Interessenvertreter der wohlhabenden indischen Farmer ... Nach Singhs Ansicht ist die Rolle des staatlichen Sektors in der Wirtschaft zu vermindern und das Industrialisierungstempo zu drosseln ... – Zweitens ist es Jagjivan Ram, der Führer jener Gruppe, die von der Janata Party übriggeblieben ist. Ein erfahrener Politiker und Staatsmann ... – Und schließlich Indira Gandhi. Sie hat eine schwere Zeit hinter sich, und noch immer schwebt ein Gerichtsverfahren gegen sie ... Hinter ihr steht ein bedeutender Teil der Geschäftskreise, die an Indira Gandhi die Hoffnung auf eine Industrialisierung und Modernisierung des Landes knüpfen. Mit ihr sympathisieren bestimmte soziale Gruppen in Stadt und Land, die über die Politik ihrer Nachfolger enttäuscht sind ... – Nach Ansicht der einflußreichen Zeitung ‚Hindu' beginne in Indien ‚ein gefährliches Jahrzehnt, da die noch immer nicht gelösten Probleme der Vergangenheit und die versäumten Gelegenheiten der Gegenwart zu einer explosiven politischen Situation führen könnten'."

Diesen Hinweis auf die Aussicht auf Revolution, also Beseitigung des Großgrundbesitzes, Hinwegfegung der Kompradorenklasse, Hinauswurf des imperialistischen Kapitals, bezeichnet die „Neue Zeit" als „Befürchtungen". Es stimmt, daß die sozialimperialistische Sowjetunion von der Entwicklung der Faktoren der Revolution einiges zu befürchten hat. Sie hat wesentliche Teile des Staatsapparates in der Hand, ausgehend von den Staatsbetrieben. Das war möglich, weil die *revolutionäre* Sowjetunion in Indien schon lange vor dessen Unabhängigkeit hohes Ansehen genoß, von dem die Sozialimperialisten noch immer zehren. 1928 sagte Jawaharlal Nehru über Sowjetrußland: „Es ist heute der bedeutendste

land: „Es ist heute der bedeutendste

Kämpfer gegen den Imperialismus, und was es für die Völker des Ostens getan hat, ist gerecht und großzügig."

Heute bilanzieren die Sozialimperialisten das als Unterstützung begonnene und nach dem Farbwechsel der Sowjetunion als Infiltration und imperialistische Ausbeutung ins Gegenteil verkehrte Werk folgendermaßen: „Mit technischer Hilfe der Sowjetunion wurden mehr als 50 Betriebe in den Schlüsselzweigen der indischen Wirtschaft, wie beispielsweise in der Stahlindustrie, im Schwermaschinenbau, in der Energiewirtschaft, in der Kohleindustrie, in der Nichteisenmetallurgie, in der Landwirtschaft und in der pharmazeutischen Industrie gebaut ... Der Anteil von Fertigerzeugnissen belief sich 1977 auf 50 Prozent des ganzen sowjetischen Imports aus Indien" (Außenhandel 11/78). „Mehr als 20 Prozent des gesamten Imports der UdSSR aus den Entwicklungsländern kommen in den letzten Jahren aus Betrieben, die mit wirtschaftlicher und technischer Hilfe der Sowjetunion gebaut wurden." (Außenhandel 2/79)

Wie diese Hilfe aus der Sicht der indischen Arbeiter aussieht, zeigt ein Flugblatt der Bezirksleitung Ranchi der CPI/ML, das anläßlich Kossygins Besuch der Heavy Engineering Corporation (Gesellschaft für Schwerindustrie) in Ranchi im März 1979 verteilt wurde: „Tausende von Technikern hier sind in der Sowjetunion ausgebildet worden, aber selbst heute nach 18 Jahren müssen wir immer noch wegen jeder Reparatur zu den Russen gehen ... Die sowjetischen Sozialimperialisten sind soweit gegangen, keine Abteilung für Ersatzteilproduktion vorzusehen ... Die sowjetischen Sozialimperialisten senden Leute mit gewöhnlichen Kenntnissen als ‚Experten' in unser Land. Wir müssen ihnen jegliche Bequemlichkeit bieten und hohe Gehälter zahlen. Unsere gut ausgebildeten Techniker müssen die Beleidigungen dieser sogenannten Experten ertragen."

Die Blüteperiode des sozialimperialistischen Wirkens war die Regierungszeit von Indira Gandhi, der Tochter Nehrus, 1966 bis 1977, ab 1975 mit einer Notstandsdiktatur. Die Arbeiter und Bauern, die dieses Regime bekämpften, haben zahlreiche Spaltungen und große Zersplitterung zu überwinden, die noch aus der jahrhundertelangen britischen Kolonialherrschaft herrühren. Ihr Kampf brachte 1977 die Janata-Partei unter Desai an die Macht, der demokratische Freiheiten versprach. Den Notstand hob er auf, machte sich aber bald an die Einrichtung von Sondergerichten, Vorbeuge-

tung von Sondergerichten, Vorbeuge-

haft, fortgesetzte Unterdrückung der nationalen Minderheiten, militärische Zerschlagung von Streiks, Erhöhung der indirekten Steuern, Zwangsarbeit in großem Maßstab unter dem Motto „Brot gegen Arbeit". Die Kämpfe der Volksmassen gegen dieses Programm, andererseits sozialimperialistische Intrigen, spalteten die Janata-Partei und machten Neuwahlen erforderlich.

Die Regierung Desai war gegen den erklärten Willen der Sozialimperialisten an die Macht gekommen. Aber die Sozialimperialisten sind bereits so eng mit dem indischen Staatsapparat verflochten, daß ein einfacher Regierungswechsel ihn nicht viel ändert. Die neue Regierung gewann nur eine gewisse Handlungsfreiheit auf außenpolitischem Gebiet. Die „Hindustan Times" schrieb im März 1978, „Verzerrungen" hätten die indisch-sowjetischen Beziehungen geprägt. „Bindungen zu anderen Ländern wurden im wesentlichen vom Wohlwollen der Sowjetunion abhängig gemacht. Überdies war Moskau tief in Indiens Innenpolitik verwickelt."

Der indische Außenminister Vajpayee reiste im Februar 1979 in die VR China, verurteilte jedoch kurz darauf den Gegenschlag der VR China gegen Vietnam. Der indisch-chinesische Handel wurde ausgeweitet, der Export Indiens in die VR China erreichte 1977/78 19,3 Mio. Rs; in den ersten neun Monaten 1979 bereits 186 Mio. Rs. Ebenfalls wurde der Handel mit Jugoslawien ausgeweitet. Frühzeitig vor der Gipfelkonferenz der Blockfreien wurde der jugoslawische Außenminister Anfang Mai 1979 nach Indien eingeladen, beide Seiten erklärten sich entschlossen, den unabhängigen Charakter der Blockfreien-Bewegung zu erhalten.

Der rasche Verschleiß der Regierung Dessai, die Spaltung der Kongreß-Partei durch Gandhi zur erneuten Durchsetzung ihrer Kandidatur – der eingangs zitierten Untersuchung der Sozialimperialisten merkt man an, daß sie sich nicht sicher sind, ob eine erneute Gandhi-Diktatur ihre Interessen sichern kann. Die Marxisten-Leninisten haben mit ihrem Aktionsprogramm vom 26. Juni 1979, das von PCC, CPI(M-L) und CC, CPI(M-L) verabschiedet wurde, die Voraussetzungen verbessert, die vielfältigen Kämpfe der Arbeiter, der Bauern und der unterdrückten Völker „gegen die beiden Supermächte, insbesondere gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, und gegen ihre hiesigen reaktionären Verbündeten, den Feudalismus und den kompradorbürokratischen Kapitalismus" voranzutreiben.

mus" voranzutreiben.

Außenhandel Indiens nach Ländern
(Geschäftsjahr 1976/77 in Mio. Rs)

	Einfuhr	Ausfuhr
EG	9526	13301
davon GB	3002	4548
F	1326	1276
BRD	2875	1865
Japan	2909	5269
USA	10189	5153
UdSSR	1970	4243
Gesamt	50152	49678

Haupteinfuhrartikel Indiens
(Geschäftsjahr 1976/77 in Mio. Rs)

Getreide und -erzeugnisse	8785,2
Mineralöl und -erzeugnisse	14120,4
Eisen und Stahl	2197,2
Maschinen	6585,8
Textilfasern	2034,0
Elektrotechn. Erzeugnisse	1729,2
Chemische Düngemittel	1977,6
Gesamt	50152,0

Hauptausfuhrartikel Indiens
(Geschäftsjahr 1976/77 in Mio. Rs)

Tee, Kaffee, Gewürze	4806,0
Textilgarne und -gewebe	7076,4
Erze und Schrott	2982,0
Leder und Lederwaren	2635,2
Bekleidung, Schuhe	3544,8
Eisen und Stahl	3872,4
Maschinen	1183,2
Gesamt	49678,0

Quelle: Ostasiatischer Verein, Bericht 1977/78

Indien und die Supermächte

1.1.78. Indien will den Handel mit den Comecon-Ländern innerhalb von fünf Jahren auf konvertible Währungen umstellen.

1.–3.1.78. Besuch Carters, Ansprache vor dem indischen Parlament. Indien stimmt weder einer Kontrolle seiner Kernforschungsanlagen noch der Aufrechterhaltung von US-Militärstützpunkten im Indischen Ozean zu.

17.2.78. Ergebnisloser Abschluß der 4. Gesprächsrunde USA-UdSSR über eine Friedenszone im Indischen Ozean.

März 1979. Die Nuklear-Reaktor-Kommission der USA spricht Indien das Recht zu, 16,8 t angereichertes Uran für das Tarapur-Kernkraftwerk zu beziehen; der Antrag war 13 Monate vorher gestellt worden.

9.–15.3.79. Besuch von Außenminister Kossygin (UdSSR). Fünf Abkommen werden unterzeichnet: ein 15-Jahre-Programm über die wirtschaftliche, Handels-, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit; ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich wissenschaftlicher und gesundheitsfürsorglicher Dienste; ein Abkommen über die Lieferung von 600000 t Erdöl durch die UdSSR gegen Reis; ein Programm über den Austausch in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung; ein Protokoll über die Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen und Kraftfahrzeuge als Geschenk an den staatlichen Landwirtschaftsbetrieb Suratgarh.

11.–20.6.79. Desai in Moskau. Kooperationsabkommen zur Errichtung eines Stahlwerks in Vishakhapattanam mit Hilfe eines Kredits von 250 Mio. Rubel mit einer Gesamtjahreskapazität von 3 Mio. t; Start eines weiteren indischen Satelliten mit sowjetischer Hilfe 1980 mit der Bezeichnung „Bhaskara 2".

Juni 1979. Die USA sagen Indien Entwicklungshilfe in Höhe von 550 Mio. Rs (68 Mio. Dollar), davon 470 für die Elektrifizierung des Landes und 80 Mio. für Kauf von Insektiziden gegen Malaria zu.

Sommer 1979. USA, UdSSR und Indien führen gemeinsam über zweieinhalb Monate ein meteorologisches Monsun-Experiment durch.

Imperialisten nutzen die Aggression Vietnams zum Zugriff auf Thailand

z.cht.Sydney. Am 4. Dezember hat eine Kommission des Weltwährungsfonds Verhandlungen mit der thailändischen Regierung über die Vergabe von Stand-by-Krediten in Höhe von 600 Millionen US-Dollar für die nächsten zwei Jahre abgeschlossen, die das Defizit in der Zahlungsbilanz auffangen sollen. Thailand muß sich dafür den Rahmen für Preispolitik, Kreditexpansion, Auslandsverschuldung und Agrar- und Industriepolitik vom IWF vorschreiben lassen. Im September hatte Thailand es abgelehnt, sich Kredite des IWF nach dem „extended fund facility program' aufzwingen zu lassen, die dem Umfang nach höher und für drei Jahre gewährt werden, die aber die direkte Bestimmung des IWF über jede wirtschaftspolitische Maßnahme bedeutet hätten.

Die Imperialisten wollen sich Thailand als billigen Nahrungs- und Rohstofflieferanten, günstiges Investitionsland und Basis für Interventionen in Indochina erhalten. Dazu nutzen sie jetzt die durch die sowjetisch-vietnamesische Aggression entstandene Lage Thailands aus. Im letzten Finanzjahr hat Thailand nach Angaben des „Asian Wall Street Journal" militärische Ausrüstung von den USA im Wert von 400 Millionen Dollar gekauft, wertmäßig so viel, wie es in den vorherigen 23 Jahren für Waffenkäufe in den USA ausgegeben hatte. Das De-

in den USA ausgegeben hatte. Das De-

fizit in der Zahlungsbilanz ist damit auf 640 Millionen Dollar (im September vom IWF geschätzt) gestiegen, von 4,1 Millionen 1976 über 369,5 Millionen 1977. Da Thailand niemals Kolonie geworden ist, ist seine landwirtschaftliche Struktur nie völlig zerstört worden. Die Landwirtschaft hatte immer die Selbstversorgung des Landes und ein Mehrprodukt für den Export ermöglicht. Nach jahrzehntelanger imperialistischer Einflußnahme und Kapitalisierung der Landwirtschaft sind die Bauern heute jedoch in der Mehr-



Reis ist Thailands Hauptexportgut.

zahl verarmt und von Großgrundbesitzern abhängige Pächter und Landarbeiter. Die damit einhergehende Stagnation der Landwirtschaft kann die wachsenden Importkosten für Maschinen, Energie und Rohstoffe nicht ausgleichen, und die Imperialisten haben wiederholt über die Weltbank sie seit Jahren negative Handelsbilanz Thailands zur Einmischung genutzt.

Die Regierung hofft, die Kontrolle durch den IWF nach zwei Jahren wieder abschütteln zu können, indem bis dahin die Erdgasvorkommen vor der Küste erschlossen sein sollen. Bei ihrem augenblicklichen Versuch, unter dem Würgegriff der Imperialisten die Last auf die thailändischen Arbeiter

Last auf die thailändischen Arbeiter

und Bauern abzuwälzen, stößt sie auf heftigen Widerstand. Im Sommer haben sich 5000 Hafenarbeiter eine Lohnerhöhung von 15% erkämpft, zum Ausgleich für erhöhte Benzin- und Brennstoffpreise. Für den November hatte die Regierung Preissteigerungen für Wasser und Strom in Höhe von 55% angekündigt. Unter dem gemeinsamen Protest von Arbeitern, Bauern und Studenten mußte sie diese Entscheidung zurücknehmen und einen parlamentarischen Ausschuß zur Untersuchung übergeben.

Utah, North Dakota, Colorado, New Mexico. Dort werden bereits 30% der Kohle gefördert, bei einer Gesamtförderung von 653,8 Mio. t Steinkohle in den USA 1978. Von etwa 800000 im gesamten Bergbau Beschäftigten sind 180000 Arbeiter in Kohlebergwerken, die UMWA hat 200000 Mitglieder. Viele der neu im Bergbau ausgebeuteten Arbeiter sind mexikanischer Herkunft und ungelernt, im Westen ist die Gewerkschaft schwach vertreten. vom 10.–20. Dezember hat sie ihren Jahreskongreß abgehalten: in Denver, Colorado. Sie hat damit einen Schritt in die richtige Richtung getan, Ungelernte und Angehörige nationaler Minderheiten zu organisieren.

Kakaoproduzierende Länder beschließen Preisstützungsfonds

z.dab. Die Allianz der kakaoproduzierenden Länder (COPAL), die zehn Staaten umfaßt, hat Mitte Dezember in Abidjan (Elfenbeinküste) beschlossen, einen gemeinsamen Preisstützungsfonds sowie eine langfristige Lagerhaltung in ihrem Interesse einzurichten. Dieser Zusammenschluß nach dem Vorbild der kaffeeproduzierenden Länder richtet sich gegen die fortwährenden Versuche der Imperialisten, den Preis für Kakao zu drücken. Den US-Imperialisten gelang es als Hauptabnehmerland – mit 174000 t, gefolgt von der BRD mit 150000 t (Gesamternte 1978: 1,5 Mio. t) –, den Preis von 172 US-Cents 1977 auf 154 Cents 1978 (pro Pfund) zu senken. Um die kakaoproduzierenden Länder zu erpressen, haben die Imperialisten Ghana, dessen Export 1978 zu 50% aus Kakao bestand, einen Kredit gesperrt. Gleichzeitig versuchen sie, das Kakaofett (die Kakaobohne besteht zu 50% aus Fett) durch minderwertige Fette wie Palm- und Sojaöl zu ersetzen. Ende November haben sie dann die Verhandlungen zwischen „Produzenten- und Konsumentenländer" platzen lassen, weil sie sich weigerten, der Forderung nach einem Interventionspreis von 120 Cents pro Pfund Kakao nachzukommen, sie wollten höchstens 110 zahlen. Das hätte für die Produzentenländer Elfenbeinküste, Ghana, Nigeria und Brasilien, die zusammen 85% herstellen, einen Verlust von über 200 Mio. $ bedeutet. Der gefaßte Beschluß der COPAL, ferner das Zurückhalten von Teilen der Ernte durch Brasilien und Elfenbeinküste und die Vergrößerung der Lagerkapazitäten z.B. auf ein Drittel der Ernte in Elfenbeinküste hat zu sofortigen Preissteigerungen um 3% auf 3273 $ pro Tonne geführt.

Französischer Haushalt 1980 annulliert – Bourgeois uneinig

z.pel.Paris. Der französische Ministerpräsident Barre verlebte unruhige Weihnachten. Am 24.12. verkündete der Verfassungsrat die Annullierung des Haushaltes für 1980. Barre hatte ihn ohne Mehrheit durchs Parlament gebracht. Das kann er laut französischer Verfassung, wenn er die sich anschließenden Mißtrauensanträge übersteht. Er überstand davon ein halbes Dutzend. Dennoch war die Finanzbourgeoisie nicht zufrieden. Warum? Die Nationalversammlung hatte über die *Ausgaben* abgestimmt, bevor die *Einnahmen* bewilligt waren. In Zeiten, wo die französischen Arbeiter in großen Streiks gegen die Lohnsenkung kämpfen und die Regierungsmehrheit tief gespalten über die einzuschlagende Strategie ist, schien das Vorgehen Barres etwas riskant. Die RPR wollte im Haushalt weitere Lohnkürzung veranken sehen, die Staatsausgaben kürzen und über geringe Steuersenkung für die „Sozialfälle" Sozialdemagogie verstreuen. Barre hingegen hatte starke Neuverschuldung durchgesetzt, die Steuerschraube erheblich angezogen, dabei die höheren Beamten jedoch eher geschont. Einheit konnte nicht hergestellt werden. Das soll durch Neubehandlung des Haushalts besorgt werden. Es könne bis Anfang Februar dauern. Vorneweg hat sich die Bourgeoisie aber schon mal die Steuersätze für 1980 beschließen lassen. Gegen die größte Uneinigkeit.

Nepal: Verfassungsreferendum für Mai 1980 angekündigt

z.hku. Am 24. Mai vergangenen Jahres hatte der König von Nepal erklärt, das Volk könne in naher Zukunft wählen zwischen dem gegenwärtigen „Panchayat"-System und einem parlamentarischen Mehrparteiensystem; das war Reaktion gewesen auf Massenaktionen der Studenten und Bauern. Diese Aktionen hatten sich gerichtet gegen die reaktionäre Universitätsverfassung; gegen die steigende Grundsteuer, die Pacht an den Großgrundbesitzer wie den Zwang zur unbezahlten Arbeit beim Bau von Straßen und Bewässerungsanlagen; insgesamt gegen die „moderne" Feudalverfassung von 1962, die „Panchayats" – „Räte", die bei Verbot jeglicher politischer Tätigkeit formell von Gemeindeebene aufwärts gewählt werden, um den König zu *beraten*, tatsächlich jedoch Instrument der Feudalherrn und ihrer Beamtenkaste sind, um für „Gemeindearbeiten" noch mehr aus den Bauern herauszuholen. – Parteien blieben auch nach dem 24. Mai verboten, aber die politische Bewegung aller unterdrückten Klassen der Gesellschaft und die Herausbildung von Parteiorganisationen setzte sich schwungvoll fort. Die landwirtschaftliche Produktion stagniert unter der Feudalherrschaft; an vielen Punkten des Landes haben die Bauern gewaltsame Aktionen gegen Steuer- und Zollämter durchgeführt; sie verlangen Verteilung von Land an landlose Bauern und das Recht, sich darauf auch dauerhaft niederzulassen. Im Oktober hat sich die noch junge Arbeiterklasse einen eintägigen Generalstreik organisiert; die Studenten haben sich landesweite Vertretungsorgane geschaffen.

1 Jahr Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea gegen sowjetisch-vietnamesische Invasion

29. Juni 1978 Vietnam wird Mitglied des Comecon.

3. November Vietnam und die Sowjetunion unterzeichnen einen „Freundschaftsvertrag", der eine militärische Beistandsklausel enthält.

3. Dezember Vietnam gibt die Gründung einer „Befreiungsfront" bekannt, die sich zum Ziel gesetzt habe, die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu stürzen.

25. Dezember Über 100000 Mann starke vietnamesische Truppen dringen entlang der Hauptstraßen in das Demokratische Kampuchea ein.

5. Januar 1979 Ministerpräsident Pol Pot ruft in einer Rundfunkansprache das kampucheanische Volk auf, die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren durch einen langandauernden Volkskrieg zu vernichten.

7. Januar Phnom Penh wird durch die Regierung des Demokratischen Kampuchea evakuiert, die Regierung zieht sich in den Dschungel zurück, um von dort den Widerstandskrieg zu führen. Vietnamesische Truppen besetzen Phnom Penh.

8. Januar Die vietnamesischen Besatzer bilden eine Marionettenregierung unter Heng Samrin und lassen diese die „Volksrepublik Kampuchea" proklamieren.

12. Januar Die Außenminister der ASEAN-Staaten verurteilen die bewaffnete Intervention gegen das Demokratische Kampuchea und fordern den sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea.

11.–15. Januar Beratungen des UN-Sicherheitsrates über die Lage in Kampuchea. Sihanouk nimmt als Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea an den Beratungen teil. Ein von den ASEAN-Staaten eingebrachter Antrag, der den Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea fordert, wird von 13 von 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates unterstützt. Die Sowjetunion legt ihr Veto ein.

18. Februar Vietnam und das Marionettenregime unterzeichnen in Phnom Penh einen „Freundschaftsvertrag", der die Besatzung Kampucheas durch vietnamesische Truppen rechtfertigen soll.

6./7. Mai Eine Ministerratstagung des Demokratischen Kampuchea unter Vorsitz von Staatspräsident Khieu Samphan und Ministerpräsident Pol Pot untersucht die Erfahrungen des Widerstandskrieges gegen Vietnam. 40000 Mann vietnamesische Truppen sind von der Revolutionären Armee vernichtet worden. Die Revolutionäre Armee wird in Guerillaeinheiten umgruppiert.

6.–9. Juni Ieng Sary nimmt als Vertreter des Demokratischen Kampuchea an der Koordinationskonferenz der Blockfreien in Colombo teil. Vietnam scheitert mit dem Versuch, das Demokratische Kampuchea ausschließen und seine Aggression dadurch rechtfertigen zu lassen.

17. Juli Die Regierung des Demokratischen Kampuchea gibt die Gründung des Roten Kreuzes des Demokratischen Kampuchea bekannt.

16. August Die Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten in Kuala Lumpur fordert den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea, deren Stärke inzwischen 200000 Mann überschreitet.

6. September Khieu Samphan gibt den Programmentwurf der „Patriotischen und Demokratischen Front der großen nationalen Einheit Kampucheas" bekannt.

6. September Auf Grund einer einseitigen Entscheidung des kubanischen Vorsitzenden wird der Delegation des Demokratischen Kampuchea die Teilnahme an der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna verwehrt und der Sitz des Demokratischen Kampuchea unbesetzt gehalten. 20 Delegationen protestieren in einem gemeinsamen Schreiben gegen das Vorgehen Kubas.

13. September Das Radio des Demokratischen Kampuchea gibt bekannt, daß die Guerillastreitkräfte die Einkreisungsfeldzüge Vietnams gegen Ende der Regenzeit
13. September Das Radio des Demokratischen Kampuchea gibt bekannt, daß die Guerillastreitkräfte die Einkreisungsfeldzüge Vietnams gegen Ende der Regenzeit
zerschlagen habe.

21. September Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschließt, mit 71 gegen 35 Stimmen bei 34 Enthaltungen, den Sitz des Demokratischen Kampuchea aufrechtzuerhalten.

29. September Das Außenministerium des Demokratischen Kampuchea erklärt, daß über 500000 Kampucheaner durch die vietnamesischen Truppen getötet und weitere 500000 durch die Hungersnot vernichtet worden seien, die Vietnam systematisch erzeuge, um das kampucheanische Volk auszurotten.

5. November UNO-Hilfskonferenz für Kampuchea beschließt, 250 Millionen Dollar zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes aufzubringen.

14. November Die Generalversammlung der UNO beschließt auf Initiative der ASEAN-Staaten mit 81 gegen 21 Stimmen bei 29 Enthaltungen eine Resolution, die den Abzug aller fremden Truppen aus Kampuchea fordert. In ganz Kampuchea, einschließlich der von Vietnam vorübergehend besetzten Gebiete, finden Versammlungen statt, die die Resolution begrüßen und ihre Durchführung verlangen.

17./18. November Internationale Kampuchea-Konferenz in Stockholm.

14. Dezember Die ASEAN-Außenministerkonferenz in Kuala Lumpur bekräftigt ihre Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea.

8./9./10. Dezember Ministerpräsident Pol Pot empfängt japanische, schwedische und amerikanische Journalisten und gibt ihnen Interviews.

15.–17. Dezember Der Nationalkongreß des Demokratischen Kampuchea bekräftigt die Einheitsfrontpolitik und beschließt eine Regierungsumbildung.

Kampuchea wird keine vietnamesische Kolonie. Kampuchea wird kein Sprungbrett für den sowjetischen Expansionismus in Südostasien

z.ges. Die vietnamesischen Aggressoren haben oft behauptet, ihre Truppen abzuziehen, sobald die Lage in Kampuchea „gesichert" sei. Wenn ihre Marionetten, wie die Hanoier Machthaber ebenfalls dauernd behaupten, tatsächlich das ganze Land kontrollieren, warum ziehen sie dann ihre 220000 Mann Aggressionstruppen nicht aus Kampuchea zurück? Tatsächlich haben die vietnamesischen Truppen noch nicht einmal Phnom Penh unter effektiver Kontrolle und regt sich selbst unter ihren Marionetten Widerstand. Eine Korrespondentin der französischen Zeitung „Le Monde" berichtet am 20. Dezember aus Phnom Penh:

„Fast überall in der Hauptstadt sieht man Wachtposten. ‚Die Stadt ist nicht sicher', sagt man uns. Um neun Uhr abends ist Ausgangsverbot. Die Soldaten halten die Zuwiderhandelnden an und bedrohen sie mit dem Gewehr. Oft unterbrechen Gewehrschüsse die Ruhe. ‚Das sind die Kräfte von Pol Pot', sagt uns ein Wachtposten. Aber nach der offiziellen Version sollen alle Guerillakämpfer Pol Pots gezwungen worden sein, sich nach Thailand zurückzuziehen. In Phnom Penh gibt es mehrere verbotene Stadtgebiete, und wer sich dorthin wagt, riskiert, durch Gewehr aufgehalten zu werden. Dort, so sagt man, unterhält die vietnamesische Armee ihr Hauptquartier. In ganz Kampuchea soll sie 200000 Mann umfassen. Die alte französische Botschaft liegt in einem dieser Gebiete. Der vietnamesische Generalstab soll sich dort eingerichtet haben."

Aggressoren haben meistens Sinn für Symbolhandlungen, und es wäre nur passend, wenn der vietnamesische Generalstab in der alten Botschaft der ursprünglichen Kolonialherren Unterschlupf genommen hätte. Beliebt machen sich die Okkupatoren nicht. Die Anwesenheit der vietnamesischen Truppen sei unterdrückerisch, wird der französischen Korrespondentin gesagt: „Sie treffen alle Entscheidungen, ohne uns zu fragen, und diese Entscheidungen nützen ihnen und nicht uns." In Phnom Penh ginge das Gerücht um, daß eine große Fracht von Handschellen eingetroffen sei. „Woher kommen sie? Für wen sind sie? Wir konnten dem Gerücht nicht auf den Grund gehen", schreibt die Korrespondentin. Zur Dekoration für die angeblichen Folterkammern, die die vietnamesischen Aggressoren bei ihrer Eroberung Phnom Penhs entdeckt haben wollen, werden die Handschellen kaum gedacht sein. Bei ihrer Kolonial- und Aushungerungsstrategie kann sich die Besatzungsarmee auf keine Schicht oder Klasse des kampucheanischen Volkes stützen. Wo die Besatzer alles abtransportieren lassen nach Vietnam, wovon sie sich Nutzen versprechen, ist es da ein Wunder, daß in Phnom Penh das Gerücht entsteht, im Austausch würden neben Waffen gegen die befreiten Gebiete auch Handschellen für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten antransportiert werden? Die Grundlage des Gerüchts ist die Besatzung. Und da die Besatzung eine Tatsache ist, warum soll der Handschellenantransport ein Gerücht sein?

Im Zentralorgan der vietnamesischen Kommunistischen Partei hat das Politbüromitglied Truong Chinh rechtzeitig vor der Jährung der Invasion des Demokratischen Kampuchea einen langen Rechtfertigungsartikel veröffentlicht. In dem Artikel wird das Demokratische Kampuchea einmal mehr als chinesische Kolonie und Zwangsanstalt beschrieben. Je giftiger über das Demokratische Kampuchea hergezogen wird, umso eher kann die Aggression als „Befreiung" gefeiert werden: „Es gab da nur Konzentrationslager, die als ‚große Kommunen' bezeichnet wurden, wo das Volk durch die Angka der Zwangsarbeit unterworfen wurde. In diesen ‚Kommunen' mußten alle, Alte und Junge, wie Sklaven arbeiten und wurden wie Lasttiere geschlagen. Frauen wurden steril, das Volk mußte jeden Moment darauf gefaßt sein, massakriert zu werden mit Spaten und mit Stiefeln." Wenn es in Kampuchea so schlimm ausgesehen hat vor der vietnamesischen Invasion, warum hat dann die Flüchtlingsbewegung in Kampuchea erst mit der vietnamesischen Invasion begonnen? Wo sind denn die Menschen wie Vieh vertrieben worden? Sind es nicht die Hanoier Machthaber, die diese Methoden in Vietnam gegen die chinesische Minderheit und gegen ihre eigenen Landsleute erprobt haben, um sie jetzt mit Hunger und Waffen gegen das kampucheanische Volk anzuwenden? Es gibt im übrigen viele Berichte, wie das kampucheanische Volk sich auch heute im Kampf gegen Hunger und Aggression auf die ‚Angka' stützt, deren Herrschaft doch auf Zwang beruht haben und längst zerschlagen sein soll.

So berichten die norwegischen Journalisten Eirik Rossen und Svein-Erik Dahl aus einem kampucheanischen Gebiet an der Grenze zu Thailand: „Auch hier hängen die Leute bei der Reisversorgung von der UNICEF ab. Nicht daß UNICEF Reis über die Grenze liefern würde. Stattdessen geschieht folgendes: UNICEF-Lastwagen laden 100-Kilogrammsäcke an zwei Depots an der Straße (in Thailand) ab, die wir entlang gegangen waren. Dann kommen Vertreter aus verschiedenen Dörfern an die kampucheanische Seite der Grenze. Sie warten geduldig auf einen Vertreter der ‚Angka' (der Khmer-Ausdruck für die ‚Organisation', mit dem die Kommunistische Partei Kampucheas und die Regierungsstruktur des Demokratischen Kampuchea bezeichnet wird). Der Vertreter der Angka sorgt dafür, daß jeder Dorfführer im Verhältnis zu den Leuten, die versorgt werden müssen, Reis erhält. Während der nächsten Stunden kommen und gehen Reihen von Trägern die Trampelpfade entlang. Öl zum Kochen wird auf gleiche Weise verteilt. Die ruhige Disziplin gewinnt die Sympathie von allen. Wenn ein Gebiet keinen Vertreter schickt, wird einiger Reis an dem Depot zurückgelassen. Niemand versucht, mehr zu bekommen, als ihm zusteht, und das Depot wird auch von der Thaibevölkerung respektiert. Denn



Guerillakämpfer der revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea

Stellungnahmen der Marxisten-Leninisten zur Kampuchea Solidaritätskonferenz in Stockholm

Stockholmer Konferenz zur Unterstützung Kampucheas

„La Forge", Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei (Marxisten-Leninisten) Kanadas, Nr. 41, 23. November 1979

„Die Delegierten der internationalen Konferenz über Kampuchea – aus 35 Ländern kommend – haben die gewaltsame Okkupation Kampucheas durch Vietnam verurteilt. Sie sind außerdem dafür eingetreten, eine breite internationale Kampagne einzuleiten, um den ausgehungerten Kriegsopfern des vietnamesischen Völkermordes Hilfe zu senden. Die Konferenz, die gestern mit Erfolg abgeschlossen wurde, hat den sofortigen Abzug aller vietnamesischen und ausländischen militärischen Kräfte, die gegenwärtig in Kampuchea sind, gefordert als eine notwendige Vorbedingung, um das Leiden zu beenden ... Die Reden von Madam Ieng Thirith, Sozialminister von Kampuchea, und der internationalen Experten haben die Verantwortung Hanois und Moskaus für die Hungersnot, die in Kampuchea wütet, herausgestellt ...

Welt-Kampuchea-Konferenz, ein Erfolg

„The Call", Organ der Kommunistischen Partei (Marxisten-Leninisten), USA, Nr. 45, 26. November 1979

„Stockholm, Schweden. Eine erfolgreiche internationale Zwei-Tage-Konferenz zur Unterstützung des Volkes von Kampuchea wurde am 18. November mit der Zustimmung zu einer Resolution beendet, eine machtvolle internationale Bewegung aufzubauen, die ‚nicht ruhen wird, bis der letzte vietnamesische Soldat aus Kampuchea zurückgezogen ist und die Unabhängigkeit des Volkes von Kampuchea und der Nation wieder hergestellt ist' ...

Ein Höhepunkt des Treffens war die Eröffnungsansprache von Madame Ieng Thirith, Sozialminister in der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Diese Regierung mußte Anfang des Jahres aufgrund der vietnamesischen Invasion Phnom Penh verlassen und führt nun den Guerillakrieg auf dem Land. Viele Mitglieder der Delegation Kampucheas waren gerade erst von den Schlachtfeldern im Dschungel Kampucheas in Europa eingetroffen. Ieng Thirith, die außerdem aktives Mitglied im Roten Kreuz Kampucheas ist, beschrieb redegewandt die Not des Volkes von Kampuchea, das seit Beginn der Invasion an Hunger und Krankheiten leidet. Sie legte die historischen Wurzeln der vietnamesisch-kampucheanischen Widersprüche dar, dabei hob sie besonders die engen Beziehungen Vietnams zur Sowjetunion hervor ... Ein Vertreter des Komitees für die Unabhängigkeit Laos' überbrachte persönlich eine Resolution, die den gemeinsamen Kampf der Völker Laos' und Kampucheas hervorhob ...

Außer der Annahme einer Hauptresolution zur Unterstützung des Volkes von Kampuchea verabschiedete die Konferenz eine besondere Resolution zur humanitären Hilfe, die zu internationalen Anstrengungen, besonders für das Rote Kreuz von Kampuchea Hilfe zu leisten, aufruft. In Bangkok, Thailand, würde vom Roten Kreuz ein Büro gegründet, und es ist nun möglich, Geld direkt zu diesem Zweck zu schicken. Die Konferenz betonte, daß bei dieser Art Hilfe gesichert sei, daß sie wirklich das Volk von Kampuchea erreicht, im Gegensatz zu der Hilfe, die an die Marionetten in Phnom Penh geschickt wird, die diese dann zur Ernährung der vietnamesischen Truppen umleiten ..."

Historische Konferenz über Kampuchea im Stockholm abgehalten

„Unity", Zeitung der Gruppe Revolutionärer Kampf (Marxisten-Leninisten), USA, Nr. 24, 30. November – 13. Dezember 1979

„Während der Konferenz wurden verschiedene Punkte besonders hervorgehoben. Einer war, daß der Kampf des Volkes von Kampuchea andauert und noch immer eine starke Kraft bildet. Ein anderer war, daß die vietnamesische Aggression in Südostasien, geführt mit der Rückendeckung durch die Sowjetunion, nicht aufgehalten ist, ein ausgedehnter Konflikt wird die unausweichliche Folge sein.

Die Notwendigkeit, sofort massive Hilfeleistungen gegen die Hungersnot zu mobilisieren, wurde betont. In den kommenden Monaten steht angesichts der systematischen vietnamesischen Strategie des Hungertodes und der Blockade von Hilfeleistungen Millionen der Tod durch Hunger und Krankheit bevor.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat wiederholt um Hilfe für das kampucheanische Volk im ganzen Land gebeten, einschließlich der Gebiete, die durch das vietnamesische Marionettenregime von Heng Samrin kontrolliert werden. Unglücklicherweise haben die Erfahrungen der letzten Monate gezeigt, daß Hilfe, die nach Phnom Penh geht, durchweg zur vietnamesischen Besatzungsarmee umgeleitet wurde, nach Phnom Penh gesandte Hilfslieferungen sind nun in Hanoi aufgetaucht. Aus diesem Grund wurde betont, daß Hilfe an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea gesandt wird, bis internationale Beobachter versichern können, daß Hilfe, die über Phnom Penh geschickt wird, auch das Volk erreicht ..."

Solidaritätskonferenz für Kampuchea in Stockholm

„Klassenkampf", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, Nr. 46/79, 26. November 1979

„Allen gemeinsam war die Erkenntnis, daß in Kampuchea nicht nur ein Volk grausam überfallen wurde, daß hier versucht wird, eine rechtmäßige Regierung von außen zu beseitigen, sondern daß auch ganz kaltblütig und geplant ein ganzes Volk ausgerottet bzw. vertrieben werden soll ...

Als die drei wesentlichen Ergebnisse

in diesem Gebiet regiert die Angka." Die beiden Journalisten berichten aus einem Dorf, in dem sich Flüchtlinge aus dem Osten des Landes gesammelt haben. Der Leiter des Flüchtlingsdorfes erzählt ihnen: „Wir mußten vor den Vietnamesen fliehen. Sie wollen alle umbringen, so daß es keinen Kampucheaner mehr gibt in Kampuchea." Er fährt fort: „Aber eines Tages werden wir sie loswerden. Wir vertrauen unseren Soldaten. Sie greifen die Vietnamesen fast jeden Tag an. Sie greifen an, ohne gesehen zu werden. 10 Kilometer von hier gibt es Kämpfe."

Solche Berichte von ausländischen Journalisten beschränken sich auf die Grenzgebiete zu Thailand, die gegenwärtig allein vom Ausland aus zugänglich sind. Aber im ganzen Land, selbst in den vom Feind vorübergehend besetzten Gebieten, führt das kampucheanische Volk unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea den Kampf gegen die Invasoren. In den letzten Monaten ist es gelungen, auch im Osten Kampucheas, wo die Kontrolle der Besatzer am stärksten ist und wo schon mit Besiedlung durch Vietnamesen begonnen worden ist, die Bedingungen für die Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes zu schaffen. Die Okkupatoren verstricken sich in ihren Lügen. Sie beschreiben das Demokratische Kampuchea als Konzentrationslager. Aber unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea verstärkt sich täglich der Kampf des kampucheanischen Volkes gegen die Okkupatoren, die sie angeblich befreit haben.

Truong Chinh tischt auch erneut das Märchen auf, die von Hanoi gegründete angebliche kampucheanische Front der nationalen Rettung hätte Ende 1978 / Anfang 1979, als das Demokratische Kampuchea alle Truppen zum Angriff auf Vietnam konzentriert habe und dort von der vietnamesischen Armee in Verteidigung Vietnams geschlagen worden sei, die günstige Lage genutzt, um im Rücken anzugreifen. Schwer zu erklären bleibt dann, warum sich die Kontrolle der Okkupatoren bis

sich die Kontrolle der Okkupatoren bis

heute im wesentlichen nur auf die Städte beschränkt. Kampuchea hätte im übrigen Vietnam seinerzeit im Auftrag Chinas angegriffen und China habe dabei eine alte chinesische Taktik angewandt. So hätte China wiederholt in der Vergangenheit im Norden angegriffen, während es im Süden die Champas zum Angriff auf Vietnam gehetzt hätte. Der historische Vergleich aus dem 13. und 15. Jahrhundert enthüllt nur die Absichten der Hanoier Machthaber: Die Champas wohnten einst im heutigen Zentralvietnam und sind durch vietnamesisches Vordringen beseitigt worden. Der historische Vergleich ist eine umso drastischere Drohung gegen Kampuchea, als die Kampucheaner selber auch schon gleiche Erfahrungen wie die Champas gemacht haben: In dem heutigen Südvietnam sind die Khmer Krom, denen früher das Gebiet gehörte, längst zu einer unterdrückten nationalen Minderheit geworden.

Mit dieser Argumentation aus der Geschichte läßt sich der vietnamesische Expansionismus beliebig rechtfertigen. Überall, wo sie auf Widerstand stoßen, behaupten die Hanoier Machthaber, einer Aggressionsdrohung ausgesetzt zu sein, hinter der letztlich die VR China stecke. Sie sind immer noch dabei, ihre Offensive zur Zerschlagung der befreiten Gebiete an der thailändischen Grenze vorzubereiten. Dabei bereiten sie gleichzeitig die Aggresssion gegen Thailand vor. Also sprechen sie jetzt in Nhan Dan davon, Thailand habe seine Neutralität verlassen und zeige „expansionistische Ambitionen". Die Argumentation ist die gleiche, die schon zur Rechtfertigung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea herhalten muß.

„Die Chinesen versuchen, Thailand in eine militärische Allianz zu ziehen ... Sie tun alles, um es in Opposition gegen Vietnam, Kampuchea und Laos zu versetzen und um der kambodschanischen Regierung feindlichen Kräften, darunter den Kräften Pol Pots und den Khmer Serei, zu ermöglichen, Thailand als Basis zu benutzen." Den UNO-Beschluß, der den Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea fordert, hat Vietnam sowieso als null und nichtig erklärt und damit erneut gezeigt, was es vom Völkerrecht hält. Unterstützt durch die Sowjetunion und im Rahmen der sowjetischen Hegemoniebestrebungen wollen die vietnamesischen Expansionisten keineswegs an der thailändischen Grenze halt machen. Die Logik der Aggression treibt zu weiterer Aggression: Um Kampuchea wirksam zu unterwerfen, muß auch Thailand unterworfen werden. Das größte Hindernis in der Verwirklichung dieser Logik ist der Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea.

In Verfolgung ihrer Einheitsfrontpolitik haben die Regierung des Demokratischen Kampuchea und die Nationalversammlung jetzt noch einmal ausdrücklich die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Etappe des Kampfes festgelegt: Es kommt darauf an, die Unabhängigkeit des Landes und die nationale Existenz gegenüber den Aggressoren zu verteidigen. Die Verwirklichung die-

zu verteidigen. Die Verwirklichung die-

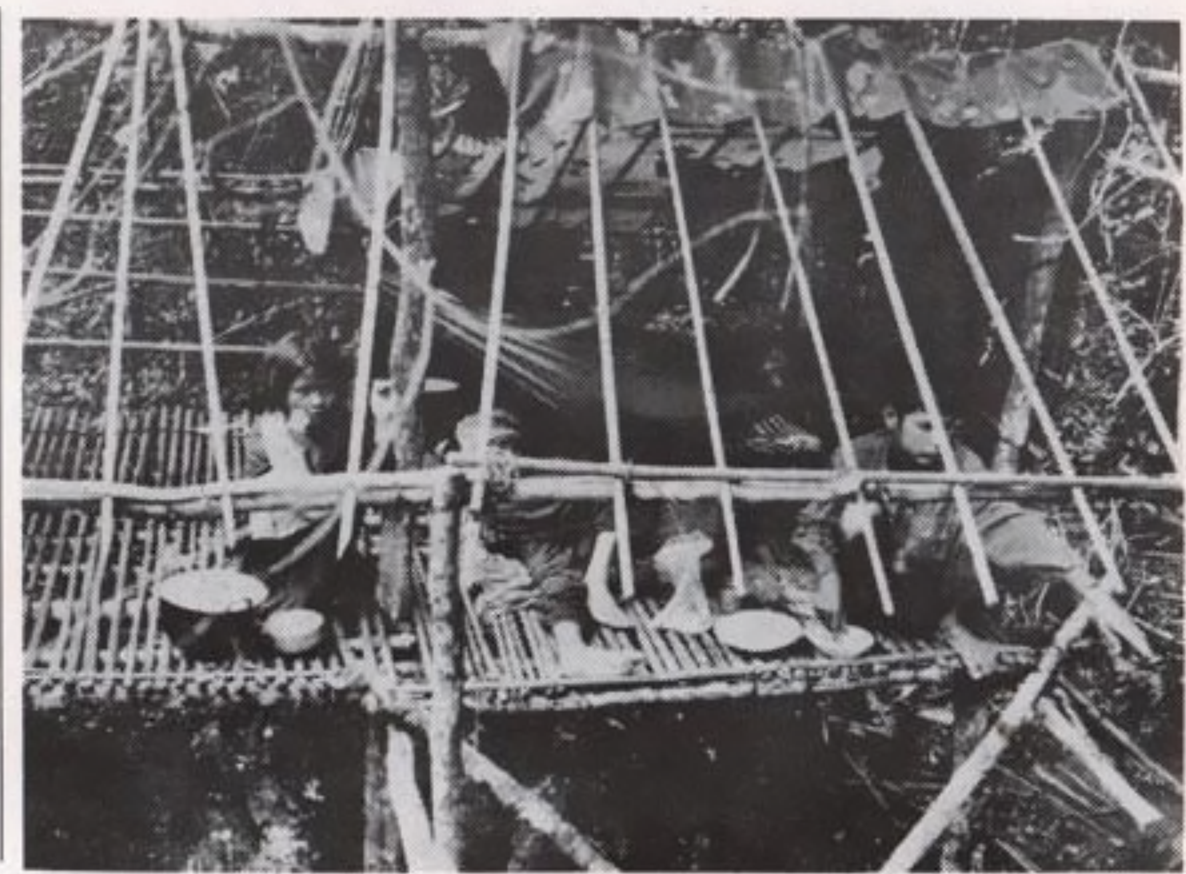
ser Aufgabe ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau des Landes und der Fortsetzung der kampucheanischen Revolution. Gleichzeitig mit der Bekräftigung dieses Kurses wurde eine Regierungsumbildung vorgenommen. Der Sekretär der Kommunistischen Partei Kampucheas, Pol Pot, leitet den Widerstandskrieg als Hauptverantwortlicher. Das Amt des Ministerpräsidenten in dem Päsidenten des Staatsrates, Khieu Sampham, übertragen worden, der auch den provisorischen Vorsitz der „Patriotischen Front der Großen Nationalen Einheit Kampucheas" führt. Damit scheint eine Intensivierung der Kriegsführung wie der Einheitsfrontpolitik im internationalen Maßstab beabsichtigt zu sein. Wie sehr die sowjetischen Hinterleute der vietnamesischen Aggression beides fürchten, zeigte eine Meldung von Radio Moskau, kaum daß die Nachricht über die Regierungsumbildung bekannt geworden war: Pol Pot sei ermordet worden. Mit psychologischer Kriegsführung jedoch ist ein zum Scheitern verurteilter Aggressionskrieg noch nie vor der drohenden Niederlage bewahrt worden.



Thiounn Thioeun, Gesundheitsminister der Regierung des Demokratischen Kampuchea während einer Inspektionstour im Westen Kampucheas. In diesen Gebieten haben die Guerillaeinheiten der Revolutionären Armee im November mehrere Einkreisungsfeldzüge der vietnamesischen Aggressoren zurückgeschlagen.



Reguläre Guerillakämpfer mit Munitions- und Reisgürtel sichern die befreiten Gebiete

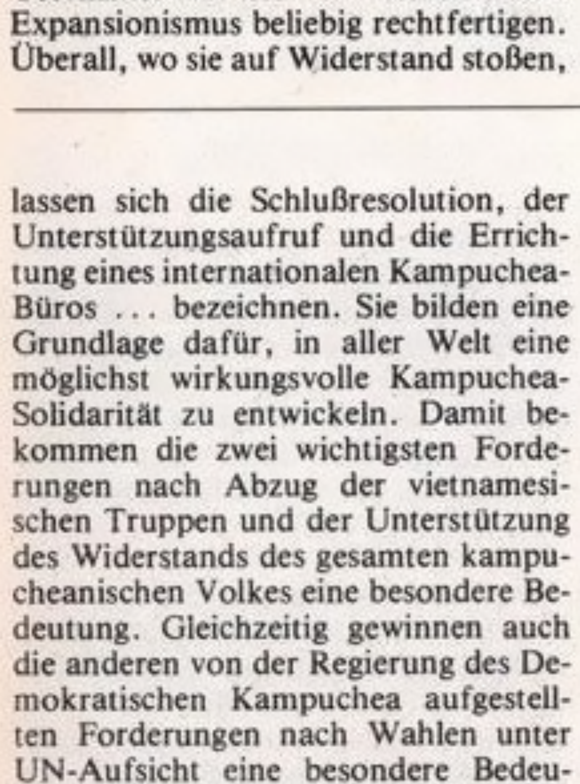


Unterkunft in einem der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebiete. Diese Gebiete machen gegenwärtig ein Viertel des gesamten kampucheanischen Territoriums aus.





Soldaten der Revolutionären Armee, ausgerüstet mit AK 47-Gewehren und Panzerabwehrgeschützen (links). Gefangengenommene vietnamesische Soldaten (rechts). Die Revolutionäre Armee behandelt Gefangene milde. Sie können nach Vietnam zurückkehren, ins Ausland gehen oder bis zum Ende des Krieges in Kampuchea bleiben. Wiederholt haben vietnamesische Gefangene die Forderung nach Abzug der vietnamesischen Truppen und Einhaltung der UNO-Resolution durch Vietnam unterstützt.



lassen sich die Schlußresolution, der Unterstützungsaufruf und die Errichtung eines internationalen Kampuchea-Büros ... bezeichnen. Sie bilden eine Grundlage dafür, in aller Welt eine möglichst wirkungsvolle Kampuchea-Solidarität zu entwickeln. Damit bekommen die zwei wichtigsten Forderungen nach Abzug der vietnamesischen Truppen und der Unterstützung des Widerstands des gesamten kampucheanischen Volkes eine besondere Bedeutung. Gleichzeitig gewinnen auch die anderen von der Regierung des Demokratischen Kampuchea aufgestellten Forderungen nach Wahlen unter UN-Aufsicht eine besondere Bedeutung für den weiteren Weg der internationalen Unterstützungsarbeit; sowohl der diplomatischen als auch der Unterstützung durch die Volksmassen aller Länder der Welt."

Solidaritätskonferenz mit Kampuchea

„TPO", Partei der Arbeit von Belgien, Nr. 46, 28. November 1979

„... Vertreter aus 35 Ländern haben an der Konferenz teilgenommen. Sie hatte das Ziel, ein Maximum an Organisationen, Parteien der verschiedenen politischen und philosophischen Richtungen zu einer Kampagne zu vereinen, die die internationale öffentliche Meinung zur aktiven Solidarität und humanitären Hilfe zugunsten des kampucheanischen Volkes mobilisieren soll. Dieses Volk ist im Überleben als Nation bedroht ..."

Weltkonferenz in Stockholm. 250 Delegierte aus vier Erdteilen gegen die vietnamesische Aggression in Kampuchea

„L'Humanité Rouge", Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Marxisten-Leninisten), Frankreich, Ergänzung Nr. 1172

„... Eingangs hat Madame Ieng Thirith zugleich an die Grausamkeit der vietnamesischen Aggression und an die Entschlossenheit des Volkes von Kampuchea erinnert, seine Unabhängigkeit und vollständige Souveränität wieder zu erlangen, und sie hat sich überzeugend dafür ausgesprochen, daß dieses historische Treffen einen neuen Aufschwung der Solidaritätsbewegung in der ganzen Welt zeigt und dazu beiträgt, die Niederlage der vietnamesischen Aggression, gestützt durch die Sowjetunion, zu beschleunigen ..."



Dorf in einem der von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebiete. Im November und Dezember haben in diesen wie auch in den von Vietnam besetzten Gebieten große Versammlungen stattgefunden, die den Abzug der vietnamesischen Truppen und Einhaltung der UNO-Resolution durch Vietnam forderten.

„Bete und arbeite!" – Wojtyla poliert katholische Soziallehre neu auf

z.ulg.Rom. „Um einen Dialog mit der Welt der Arbeit zu beginnen", ist Papst Wojtyla vor einigen Monaten in die Industriestadt Pomezia bei Rom gefahren. Fürs erste hat sich der „Dialog" auf eine Rede Seiner Heiligkeit beschränkt, die sich die Arbeiter auf dem Hauptplatz der Stadt anzuhören hatten. „Die Kirche hegt tiefe Dankbarkeit und Sympathie für das, was ihr seid, und das, was ihr tut." Aus dem Munde des Chefs des Kirchenkonzerns, der selbst von der Ausbeutung fremder Arbeit lebt, hat dieser Anschmeichelversuch einen eigentümlichen Doppelsinn. Jedenfalls gibt es ein Problem: „Zuweilen ist allerdings in der Welt der Arbeit die gegensätzliche Meinung verbreitet." So verbreitet immerhin, daß in Italien und Frankreich die eigens zur Spaltung der Arbeiterbewegung gegründeten katholischen Gewerkschaften der direkten Kontrolle der Kirche weitgehend entglitten sind.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Politik der reformistischen und revisionistischen Klassenversöhnler, die heute fast überall die Führung der wichtigsten Gewerkschaften besetzt halten, soll den Boden für neue Spaltungsversuche abgeben. Zur ideologischen Grundlage soll dazu die von Wojtyla in Mexiko proklamierte Wiederbelebung der „christlichen Soziallehre" dienen. In Pomezia machte der Papst zum ersten Mal auch in einem imperialistischen Land den Versuch, diesen abgestandenen Mist wieder unter die Leute zu bringen.

Von Anfang an bestand die katholische Soziallehre im wesentlichen darin, die allerelementarsten Forderungen der Arbeiter nur zu dem Zweck als „gerechtfertigt" anzuerkennen, den Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen besser spalten zu können. Vor allem aber, um jeden politischen Fortschritt zum Kampf gegen das Lohnsystem insgesamt zu verhindern.

Als erstes reklamiert Wojtyla kurzerhand die bisherigen Errungenschaften der Arbeiterbewegung für das Christentum. „Es ist schön festzustellen, wie die christliche Religion den Vorrang Gottes über alle Dinge verkündet, was zur Folge hat, daß in der zeitlichen Wirklichkeit dem Menschen der Vorrang zukommt. Es ist auch schön zu bemerken, wie diese Vorrangstellung das Motiv ist, das die soziale Bewegung und jenen bürgerlichen Fortschritt antreibt und rechtfertigt, der notwendig von der unausbleiblichen Industrialisierung bestimmt wird." Nicht etwa die Interessen der kämpfenden Arbeiter waren das „Motiv" zur Durchsetzung des Normalarbeitstags z.B., in Wirklichkeit stand „letzten Endes" der liebe Gott dahinter. Nur schade, daß derartige Erkenntnisse den Pfaffen immer erst im nachhinein kommen. Tatsächlich haben sie sich noch jeder wirklichen Bewegung der Arbeiterklasse mit geiferndem Gezeter entgegengestellt.

Hören wir, was Wojtyla über die Schönheiten der Lohnarbeit zu berichten weiß: „Das Ziel, dem eure Arbeit dienen will, (ist) das Leben des Menschen in seiner Gesamtheit, seiner Würde und seiner höheren Bestimmung zur Unsterblichkeit." Was immer „eure Arbeit" wollen mag, der Arbeiter jedenfalls will nicht, sondern muß seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen. Und vom Lohn kann er sich in der Regel keineswegs „in seiner Gesamtheit", sondern im Gegenteil nur höchst kümmerlich reproduzieren. Zum Trost kann er der „höheren Bestimmung der Unsterblichkeit" sicher sein.

Da haben es die Kapitalisten besser. Nicht genug, daß sie aus der Auspressung der Mehrarbeit, diesem wahrhaft herrlichen Ausdruck der Menschenwürde, Profit schlagen können. Nebenbei können sie sich dabei so verdient machen, daß ihnen das ewige Heil sozusagen sicher ist. Wojtyla: „Einen besonderen Gruß an Euch, Unternehmer, Leiter und Organisatoren der Unternehmen, die Ihr Arbeit und Brot gebt, damit die Gesellschaft durch das Zusammenwirken aller verfügbaren Kräfte sich wandle. Ihr macht Euch gewiß sehr verdient, aber Ihr tragt auch große Verantwortung."

Damit ist der Kurs für die „christliche Gewerkschaftsbewegung" abgesteckt. Das Privateigentum soll bleiben, denn wer wollte sich gegen den gesellschaftlichen
Privateigentum soll bleiben, denn wer wollte sich gegen den gesellschaftlichen
Wandel stellen, als dessen sicherste Garanten soeben – die Kapitalisten entdeckt worden sind. Aber „Verantwortung" haben sie auch, können sie also auch „mißbrauchen". Damit wird den katholischen Gewerkschaften der nötige Raum eröffnet, ohne den sie sich nicht als *Gewerkschaften* bewegen können. Der Einzug der christlichen *Moral* in die Fabrik, das soll die katholische Variante der Klassenversöhnung vorstellen: „Das christliche Element schafft keine Unruhen, sondern überwindet sie, denn es bringt Frieden, Gerechtigkeit und Einheit in die Fabrik." Amen.

Allzu begeistert scheint Wojtyla vom Erfolg dieser Predigt nicht gewesen zu sein, jedenfalls hat er den Versuch bisher nicht wiederholt. Dem Projekt einer Wiederbelebung der „christlichen Arbeiterbewegung" steht die wirkliche Entwicklung des Klassenkampfes entgegen. Überall drängen die Arbeiter auf Gewerkschaftseinheit und wenden sich gegen die Unterwerfung ihrer elementaren Organisationen unter die Herrschaft bürgerlicher Politiker. Doch wenn es den Revolutionären nicht gelingt, im Kampf gegen jede Form der bürgerlichen Ideologie die Führung der Arbeiterbewegung zu ergreifen, wird die Kirche die Vorteile ihres gewaltigen und feinverästelten Propagandaapparats zur Geltung bringen können.

Am Schluß seiner Rede in Pomezia hat Wojtyla gesagt: „In dieser höheren Sicht hat die Arbeit, die Mühe und zugleich Lohn für menschliche Tätigkeit ist, noch einen anderen Bezug, nämlich den wesentlich religiösen, der gut in der benediktinischen Formel ‚Bete und arbeite!' zum Ausdruck kommt. Die religiöse Beziehung gibt der menschlichen Arbeit eine anregende und erlösende geistliche Ausrichtung." Darauf gibt ein altes deutsches Arbeiterlied eine passende Antwort: „‚Bet' und arbeit!' ruft die Welt. Bete kurz, denn Zeit ist Geld. An die Türe pocht die Not, bete kurz, denn Zeit ist Brot." Und weiter: „Mann der Arbeit, aufgewacht, und erkenne deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will."

„Der Geist der Armut und Liebe"

Der Vatikan als Kapitalist / Solider Kitt zwischen Kirche und Bourgeoisie

z.ulg.Rom. Die Kardinäle klagten über Mangel an Barem! Im Pressekommuniqué der Kardinalsvollversammlung Anfang November heißt es, „daß die Einnahmen aus dem Immobiliar- und Mobiliarvermögen des Hl. Stuhls und seinen anderen möglichen institutionellen Ertragsquellen tatsächlich nicht ausreichen, um die Kosten für die Zentralregierung der Kirche und den Dienst weltweiter Nächstenliebe des Papstes zu decken." Über 20 Mio. Dollar werde das Defizit 1979 betragen. Aber, dem Herrn sei's gedankt, die Hl. Mutter Kirche verfügt außer über Aktien auch über „nicht institutionelle Ertragsquellen": „(Das Defizit) konnte bisher dank der freiwilligen Spenden aus der katholischen Welt ausgeglichen werden." So konnten die Herren „daran erinnern, ‚daß der Geist der Armut und der Liebe Ruhm und Zeichen der Kirche Christi ist'", ohne daß dieser Ruhm durch Verkäufe aus dem beträchtlichen „Immobiliar- und Mobiliarvermögen" geschmälert werden müßte.

Drei verschiedenen Ausbeuterklassen hat das Christentum, seit es sich zur römischen Staatsreligion aufschwingen konnte, zur Beweihräucherung ihrer Herrschaft gedient: antiken Sklavenhaltern, feudalen Fronherrn und modernen Kapitalisten. Der materielle Kitt dafür war von Anfang an, daß die höheren Kleriker der jeweils herrschenden Klasse selbst angehörten. Weniger dadurch, daß sie dieser Klasse selbst entstammten. Daß aber Bischöfe, Äbte und Päpste neben ihrem „geistlichen Amt" stets beträchtliches Vermögen zu verwalten hatten, stellte sicher, daß auch Emporkömmlinge im Pfaffenrock den herrschenden Klassen nie gefährlich wurden.

In jeder großen geschichtlichen Umwälzung der Produktionsverhältnisse führt das freilich zu gewissen Anpassungsschwierigkeiten. Nach dem Untergang des römischen Reichs stellten die Klöster vor allem in Italien schließlich die einzigen Einrichtungen dar, die noch im wesentlichen auf Sklavenarbeit beruhten. Im Mittelalter ist die Kirche in allen katholischen Ländern mit etwa einem Drittel des Bodens der bei weitem größte Grundbesitzer. In Italien unterhält der römische Papst über ein Jahrtausend einen eigenen Feudalstaat, den Kirchenstaat, der schließlich beinahe ganz Mittelitalien umfaßt. Die Begeisterung der bäuerlichen Untertanen über die päpstliche Herrschaft mag man daran ermessen, daß die identischen mittelitalienischen Regionen bis heute als „roter Gürtel" bekannt sind.

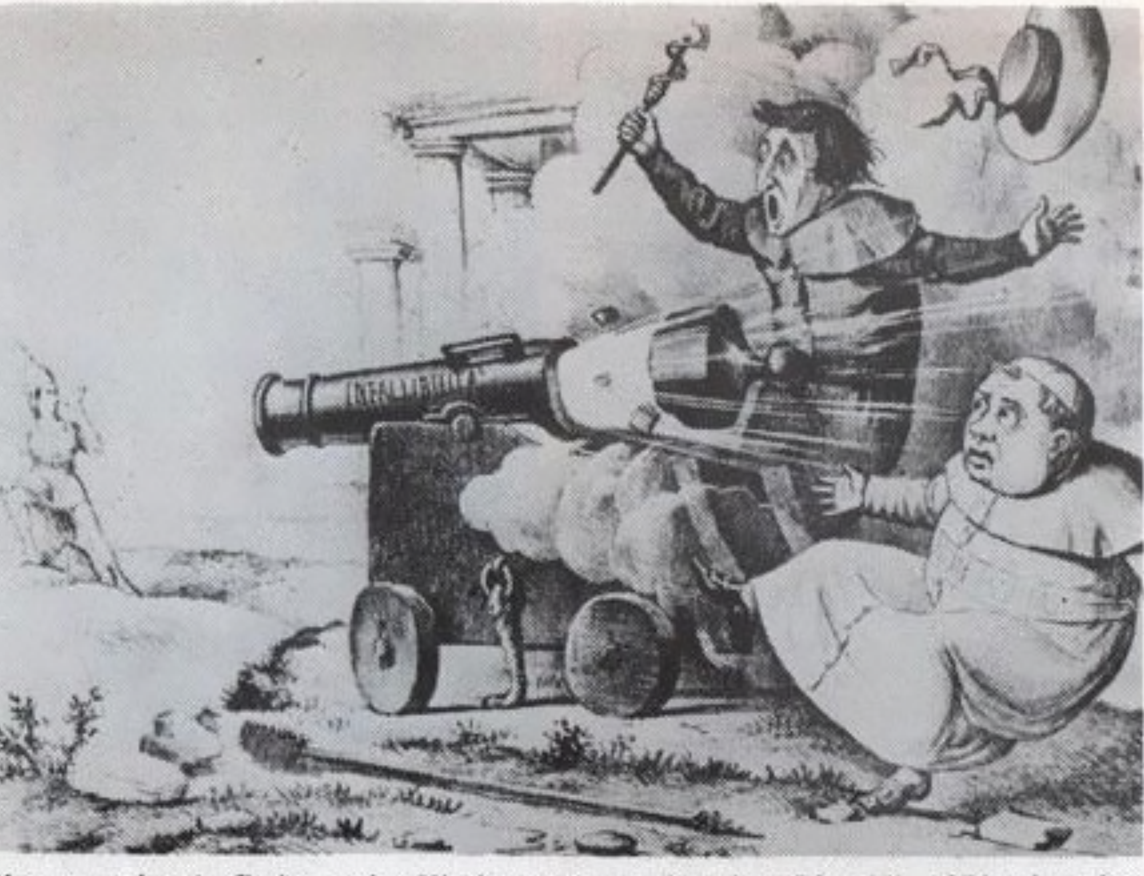
In allen Ländern hat sich die katholische Kirche der Herstellung bürgerlicher Rechtsverhältnisse – so lange es irgend ging – verzweifelt entgegengestemmt. In Italien wird der römische Papst (neben Österreich) zum Hauptfeind der bürgerlichen Revolution für die Einheit und Unabhängigkeit des Landes. Der Kampf endet 1870 mit der Einnahme Roms durch italienische Truppen und der Aufhebung des Kirchenstaats. Die zur Herrschaft gelangte Bourgeoisie reißt einen großen Teil des Kirchenvermögens an sich. Mehr als 770000 ha Kirchenland werden in den Jahren nach 1870 auf den Markt geworfen, weiteres Vermögen im Wert von umgerechnet 2 Mrd. DM (nach heutigen Preisen) geht an den Staat über.

Bei allem päpstlichen Gezeter über den Gewaltstreich, in Wirklichkeit wurden damit die letzten materiellen Hindernisse für den Einsatz der religiösen Ideologie zur Verteidigung der Kapitalistenherrschaft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung beseitigt. 1891 begründet Papst Leo XIII. mit der Enzyklika „Rerum Novarum" die christliche Soziallehre. Bereits 1605 hatte Paul V. die erste päpstliche Bank, die „Banco di S. Spirito" (Bank vom Hl. Geist) gegründet. Später kam die „Banco di Roma" hinzu. Der feudale Charakter des Kirchenstaats verhinderte, daß die päpstlichen Banken zu Ausgangspunkten der Akkumulation von industriellem Kapital wurden.

Nach der Zerschlagung des Kirchenstaats entwickeln sich die beiden päpstlichen Banken zu integralen Bestandteilen des italienischen Finanzkapitals. In Norditalien werden zudem neue katholische Banken gegründet, um den Finanzbedarf der dortigen Bistümer zu decken und die kleine und mittlere Bourgeoisie finanziell an die Kirche zu binden. Im Statut der 1896 gegründeten „Banco Ambrosiano" in Mailand ist z.B. ausdrücklich festgelegt, „daß ein Teil der Gewinne zu wohltätigen Zwecken, besonders für die katholischen Schulen verwendet werden muß". Der Vater von Papst Montini alias Paul VI. gehörte zu den Begründern der „Banca S. Paolo di Brescia", heute der Hausbank der Brescianer Stahlkapitalisten. 1934/35 übernimmt der Staat zusammen mit den anderen Großbanken auch „Banco di Roma" und „Banco di S. Spirito". Den Vatikan hat das nicht gehindert, beide Banken bis in die 60er Jahre über Personen seines Vertrauens faktisch zu kontrollieren.

Auf Grund der Lateranverträge mit dem faschistischen italienischen Staat erhält der Vatikan 1929 1,75 Mrd. Lire (nach heutigen Preisen 1,07 Mrd. DM) als „Entschädigung" für die Enteignungen nach 1870. Damit ist auch formell die Umwandlung des feudalen Grundbesitzes in Kapital abgeschlossen. Die „Entschädigungs"summe bildet den Grundstock des päpstlichen Aktienkapitals. Zur Abwicklung der damit verbundenen Transaktionen gründet Pius XII. 1942 mitten im Krieg das „Institut für Fromme Werke" (IOR), eine Bank mit Sitz im Vatikanstaat.

Außer kirchlichen Einrichtungen und hohen Pfaffen können auch Laien Konten beim IOR unterhalten und damit die italienischen Devisenbestimmungen umgehen. Einzige Voraussetzung ist, daß sie ihre Guthaben „wenigstens teilweise und in Zukunft" für „fromme Werke" verwenden, eine Bestimmung, der normalerweise mit testamentarischer Vermachung von 10%





Kurz vor der Aufhebung des Kirchenstaats verkündete Pius IX. 1870 seine eigene Unfehlbarkeit. „Der Schuß ging nach hinten los." (links) Die Kapitalisten im Pfaffenrock betreiben den Kolonialkrieg gegen Libyen (rechts).

Einheit mit den katholischen Arbeitern auf dem Boden des Klassenkampfes – Dokumente

Lenin: Sozialismus und Religion

Vollständige Trennung der Kirche vom Staat – das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt.

Für die Partei des sozialistischen Proletariats ist die Religion keine Privatsache. Unsere Partei ist ein Bund klassenbewußter, fortgeschrittener Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich nicht gleichgültig verhalten zu Unaufgeklärtheit, zu Unwissenheit oder zu Dunkelmännertum in Form von religiösem Glauben. Wir fordern die völlige Trennung der Kirche vom Staat, um gegen den religiösen Nebel mit rein geistigen und nur geistigen Waffen, mit unserer Presse, unserem Wort zu kämpfen. Aber wir haben unseren Bund, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter gegründet. Für uns ist der ideologische Kampf keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit der ganzen Partei, des gesamten Proletariats.

Doch wir dürfen uns dabei auf keinen Fall dazu verleiten lassen, die religiöse Frage abstrakt, idealistisch, „von Vernunft wegen" außerhalb des Klassenkampfes zu stellen, wie das radikale Demokraten aus der Bourgeoisie häufig tun. Es wäre unsinnig zu glauben, man könne in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, die religiösen Vorurteile auf rein propagandistischem Weg zerstreuen. Es wäre bürgerliche Beschränktheit zu vergessen, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsteren Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.

Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm von unserem Atheismus nicht sprechen und nicht sprechen dürfen; das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verwehren und nicht verwehren dürfen.

(Lenin, Über die Religion, Berlin 1970, S. 6ff.)

Partei der Arbeit Belgiens:

(Mit dem folgenden Dokument hat die Partei der Arbeit Belgiens aufgerufen zur Einheitsaktion von ABVV (Allgemeiner Belgischer Gewerkschaftsbund) und ACV (Allgemeiner Christlicher Gewerkschaftsbund) gegen das „Rahmengesetz". Mit dem „Rahmengesetz" will die belgische Regierung u.a. die Gewerkschaften darauf festlegen, für 1980 keine Lohnforderungen zu stellen. Die Führung des ACV kündigte die Gemeinsame Front der Gewerkschaftsbünde und stimmte dem „Rahmengesetz" im Prinzip zu.)

Sollen die Arbeiter der christlichen Gewerkschaft während der Aktionswoche vom 24. bis 30. November und während des nationalen Aktionstages am 7. Dezember an der Seite der Arbeiter stehen, die dem ABVV angeschlossen sind? Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten erwartet eine bejahende Antwort auf diese Frage. Einheit der Aktion, ABVV und ACV, Flamen, Wallonen, Brüsseler und Gastarbeiter, denn das ist die beste Verteidigung gegen den ständigen Angriff der Kapitalisten ... Eine solche Antwort muß die direkte Ablehnung der Politik des „Ja, aber" gegenüber der Regierung beinhalten ...

Innerhalb des ACV gibt es eine starke Opposition gegen die Regierungspläne, und die Opposition ist an der Basis noch stärker. In dem Maße, wie sich die Krise verschärft, soll man sein Lager deutlicher wählen: Ob man den plattgetretenen Pfad des Reformismus weiter beschreitet und weiterhin Anti-Arbeiter-Maßnahmen dieser Regierung unterstützt unter dem Vorwand, daß eine andere Regierung noch schärfere Maßnahmen durchsetzen wird. Das ist die Politik von André Cools und den anderen rechten Führern des ACV, eine Politik, die die Arbeiter demobilisiert und nicht im mindesten einen Wall gegen eine möglicherweise noch rechtere Regierung errichtet. Die andere Politik ist die des Klassenkampfes, wie sie aufgetreten ist auf dem ABVV-Kongreß und auch bei einem bedeutenden Teil des ACV. Innerhalb des ACV beginnt sich die Opposition gegen das „Ja, aber" zu rühren ...

Nur der gemeinsame Kampf aller Arbeiter kann der Politik des sozialen Abbaus Einhalt gebieten. Und die Antwort wird umso kräftiger sein, wenn die christlichen Arbeiter sich der Mobilisierung anschließen, die durch den ABVV in Gang gesetzt worden ist. Laßt uns in den Betrieben, mit der Gemeinsamen Gewerkschaftsfront, allgemeine Versammlungen durchführen zur Mobilisierung gegen die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften ... Der Zusammenschluß zwischen den Mitgliedern des ACV und des ABVV auf der Ebene der Betriebe und der Sektoren wird die Einheitsfront stärken ... Im ganzen Land sollen die Mitglieder der Partei der Arbeit Belgiens auf allen Ebenen ihren Beitrag zum Zusammenschluß zwischen beiden großen Gewerkschaften leisten. Die Partei der Arbeit ist die Partei der

der Einlagen Genüge getan ist. Die Gesamteinlagen beim IOR werden auf rund 2 Mrd. Dollar geschätzt.

Ein Teil der 1,75 Mrd. Lire aus den Lateranverträgen wurde noch vor dem 2. Weltkrieg ins Ausland, vor allem in die USA, transferiert. Doch den am stärksten konzentrierten Aktienbesitz hielt der Vatikan bis Ende der 60er Jahre in Italien. Dort kontrollierte er unter anderem die Generale Immobiliare, die größte Immobiliengesellschaft Europas. Weiter die größten Versicherungen, die Gasgesellschaft Italgas mit dem Monopol auf die Gasversorgung in den größten italienischen Städten, die größte Baugesellschaft Condotte sowie Mühlen und Nudelfabriken usw.

Über den Gesamtumfang des Aktienvermögens sind wegen der heiligen Scheu der Pfaffen vor der Öffentlichung von Bilänzen nur Schätzungen möglich. Noch die jüngste Kardinalsversammlung zierte sich: „Im Verlauf der Versammlung wurde auch die *Möglichkeit* besprochen, daß *zu gegebener Zeit* der Vorschlag, die Öffentlichkeit über diesen Gegenstand zu informieren, *wohlwollend behandelt* werde.“

„Wenn man den verschiedenen Erklärungen des Hl. Stuhls Glauben schenkt“, schreibt der katholische Theologe Cereti, „muß man schließen, daß sich das Aktienvermögen und die liquiden Depositen ... gegenwärtig auf rund 120 Mio. Dollar belaufen; diese Bewertung muß als sehr vorsichtig betrachtet werden.“ Schätzungen der bürgerlichen Nachrichtenmagazine „Time“ und „Economist“ kamen in den 60er Jahren auf 20 bis 60 Mrd. DM. Aus einer Erklärung des italienischen Finanzministers 1968 vor dem Parlament kann auf ein Vermögen von mindestens 0,62 Mrd. DM *allein in Italien* gefolgert werden.

Um der bevorstehenden Säkularisierung zuvorzukommen, hatte der Vatikan um 1879 einen großen Teil des kirchlichen Grundbesitzes verkauft. Die Erlöse wurden später zum Rückkauf von Ländereien verwandt. Heute ist die Kirche mit 467000 ha wieder größter Grundbesitzer Italiens. 5100 ha davon befinden sich im Stadtgebiet von Rom. Legt man einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 50000 Lire (120 DM) zugrunde, kann allein der römische Grundbesitz auf über 6 Mrd. DM bewertet werden. Selbstredend ist der Vatikan zugleich größter Besitzer von Mietwohnungen in der Stadt.

1962 wurde in Italien eine Dividendensteuer von zunächst 15%, dann 30% zur Begünstigung der Großaktionäre eingeführt, die vorher – gewöhnlich höhere – Einkommenssteuer hatten zahlen müssen. Der Vatikan ist aber von der italienischen Einkommenssteuer befreit. In Geheimverhandlungen setzte er auch die Befreiung von der Dividendensteuer durch. Das Abkommen wurde niemals vom Parlament ratifiziert, dafür ein Jahr später durch Erlaß einer bereits zurückgetretenen Regierung in Kraft gesetzt. Als die Sache aufflog, bot die Regierung Moro 1964 dem Vatikan die Ratifizierung des Geheimabkommens unter der einzigen Bedingung an, daß die päpstlichen Vermögensverwalter eine Aufstellung des Aktienbesitzes zur Verfügung stellten, um die Mindereinnahmen schätzen zu können. Der Vatikan ließ sich darauf nicht ein und drohte, den gesamten italienischen Aktienbesitz zu verkaufen – die Börsenkurse fielen um 40%. Erst 1968 erklärte er sich schließlich „unter Protest“ bereit, die Steuer zu zahlen und beantragte – Ratenzahlung.

Inzwischen hatte der Vatikan den Verkauf der wichtigsten Aktienpakete in Italien und die Verlagerung des päpstlichen Vermögens in andere Länder, vor allem in die USA, eingeleitet. Der Hauptgrund dafür war, daß sich die enge finanzielle Verflechtung mit der relativ schwachen italienischen Bourgeoisie schlecht mit dem „universellen“ Charakter der katholischen Kirche verträgt. Außerdem sank im Gefolge erfolgreicher Lohnkämpfe der italienischen Arbeiterklasse die vorher außergewöhnlich hohe Profitrate unter das internationale Durchschnittsniveau. Schließlich schadete die Präsenz von Vatikanvertretern in den Aufsichtsräten imperialistischer Konzerne dem mit dem Konzil eingeleiteten Versuch, in der Arbeiterklasse und in den Ländern der Dritten Welt neuen Einfluß zu gewinnen. Um sich nicht allzu offen als Kapitalist exponieren zu müssen, verfährt der Vatikan heute nach dem „Grundsatz“, nie mehr als 1% des Aktienkapitals eines einzelnen Konzerns aufzukaufen.

Abgewickelt wurde die Operation über den sizilianischen Banker Sindona, dessen Verbindungen mit der einheimischen wie mit der amerikanischen Mafia kein Geheimnis sind. Die wichtigsten italienischen Aktienpakete des Vatikan, vor allem die Generale Immobiliare und die darüber kontrollierten Versicherungsbeteiligungen, wurden an Sindona abgestoßen. Dieser machte 1974 – betrügerisch – bankrott. Wer nicht bankrott machte, war der Vatikan. Dessen „Sondervermögensverwaltung“ (zuständig für die Verwaltung der „Entschädigungssumme“ von 1929) hatte 1969 ihre italienischen Beteiligungen an Sindona verkauft – unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Börsenkurse. Das IOR dagegen hat durch den Sindona-Bankrott rund 60 Mrd. Lire (240 Mio. DM) verloren, z.T. durch Beteiligung an den Banken Sindonas, zum größeren Teil in windigen Devisenspekulationen. Nach Auskunft des bereits zitierten Theologen Cereti behauptet das „Institut für Fromme Werke“ aber selbst, die Verluste würden durch vorher eingestrichene Gewinne mehr als wettgemacht.

Anläßlich der Kardinalsversammlung sah sich das Vatikanorgan „Osservatore Romano“ bemüßigt, einen Leitartikel über die „wirtschaftlichen Mittel“ der Kirche zu veröffentlichen. „Daß der apostolische Stuhl und weiter die Kirche im allgemeinen über Strukturen und Organismen verfügen können“, heißt es dort, „kann nur leugnen oder abstreiten, wer eine abstrakte oder engelhafte Vorstellung von der Kirche hat.“ Engel haben in der Tat auf der Börse nichts zu suchen. „Das Evangelium verbietet es nicht!“ ruft der Leitartikler aus. Freilich. Nur das internationale Proletariat kann und wird mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt auch die profitlichen „Strukturen und Organismen“ der Kirche aufheben.

Die römische Republik von 1849 – Verteilung der Kirchengüter an die Bauern proklamiert

z.ulg.Rom. Am 16. November 1848 ziehen in Rom Zehntausende, darunter meuternde Soldaten und Polizisten, vor den Quirinalspalast, den damaligen Sitz des Papstes, und fordern die Berufung einer demokratischen Regierung. Unter dem Druck einer auf das Hauptor des Palastes gerichteten Kanone muß Pius IX. die Forderung erfüllen. Eine Woche später flieht er heimlich aus Rom ins erzreaktionäre Königreich Neapel. Am 9. Februar ruft die Verfassunggebende Versammlung die Römische Republik aus.

Seit der Wiederaufrichtung des Kirchenstaates 1814 hatte die herrschende Pfaffenclique jeden Ansatz bürgerlicher Entwicklung eifernd unterdrückt, während die bäuerlichen Untertanen mit stets wachsenden Steuern die aufwendige Zentralverwaltung der katholischen Kirche zu finanzieren hatten. Von 1814 bis 1846 stiegen die jährlichen Steuereinnahmen von 1,8 auf 9,8 Mio. Scudi (zu etwa 26,5 g Silber). Trotzdem mußte der Papst zwischen 1831 und 1846 Anleihen über 14 Mio. Scudi aufnehmen, größtenteils bei der Pariser Rothschild-Bank und zu Wucherzinsen, die wieder die feudal unterdrückten Bauern zahlen mußten.

Bereits 1831 hatte der Papst einen Aufstand im Norden des Kirchenstaats nur mit Hilfe österreichischer Truppen niederschlagen können. Im April 1848, mitten im norditalienischen Unabhängigkeitskrieg gegen Österreich, stellt sich der „Reformpapst“ Pius IX. auf die Seite der verhaßten Besatzer. In der revolutionären Bewegung, die bis in die Grundbesitzerklasse hineinreicht, erringen seitdem immer mehr kleinbürgerliche Demokraten die Führung.

Am 21. Februar 1849 werden die Kirchengüter nationalisiert. Im April proklamiert die revolutionäre Regierung – einmalig in der italienischen bürgerlichen Revolution – eine Agrarreform. Die Kirchengüter sollen an arme und landlose Bauern verteilt werden. Wegen der ausländischen Intervention gegen die Republik wurde die Reform nicht mehr durchgeführt. Jedenfalls gelang es der Reaktion nicht, wie in anderen Landesteilen die Bauernschaft gegen die Revolution zu mobilisieren.

Kein einziger europäischer Staat erkannte die Republik diplomatisch an. Österreich und Neapel intervenieren, doch die neapolitanischen Truppen werden unter Führung Garibaldis hinter die Grenze zurückgetrieben. Ausgerechnet die französische Republik übernimmt den direkten Angriff gegen Rom. Gegen erbitterten Widerstand können die französischen Truppen Anfang Juli die Stadt einnehmen. „Ohne das alte, seiner weltlichen Herrschaft unterworfene Rom kein Papst, ohne den Papst kein Katholizismus, ohne den Katholizismus keine französische Religion, und ohne Religion, was wurde aus der alten französischen Gesellschaft? Die Hypothek, welche der Bauer auf die himmlischen Güter besitzt, garantiert die Hypothek, welche der Bourgeois auf die Bauerngüter besitzt. Die römische Republik war also ein Attentat auf das Eigentum, auf die bürgerliche Ordnung, furchtbar wie die Junirevolution.“ (Marx)



Der revolutionäre Führer Ciceruacchio spricht zu den römischen Volksmassen

Die Lateranverträge 1929 – Sonderrechte und 1,75 Mrd. Lire für die katholische Kirche

z.ans.Rom. Seit 1870 italienische Truppen Rom eingenommen hatten und der Kirchenstaat aufgehoben worden war, verweigerte der Papst dem italienischen Nationalstaat seine Anerkennung. Mit dieser ungelösten „römischen Frage“ hatte er ein ständiges Druckmittel gegenüber der eh schwachen italienischen Bourgeoisie in der Hand. Erst unter den Faschisten, die seit 1922 ihre diktatorische Herrschaft gegen das italienische Volk errichteten, wurde 1929 mit Abschluß der Lateranverträge diese Frage beigelegt. Die Verträge beinhalteten: Anerkennung des italienischen Staates durch den Papst, Begründung der staatlichen Souveränität des Vatikanstaates, Regelung von Sonderrechten der Kirche durch das Konkordat.

Der faschistische Regierungschef Mussolini konnte sich als derjenige präsentieren, der die päpstliche Anerkennung der faschistischen Herrschaft erreicht hatte. Die katholische „Volkspartei“ hatte sich bereits 1924 an der faschistischen Einheitsliste beteiligt. Die katholische Kirche versprach sich, daß allein der Faschismus eine wirksame Knute gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung sein würde.

Die Anerkennung des italienischen Staates kostete den Papst nichts, im Tausch dagegen erhielt er jedoch durch das Konkordat zahlreiche kirchliche Sonderrechte. Die kirchliche Trauung wurde als rechtskräftig anerkannt. Ihre Auflösung konnte nur nach kirchlichem Recht erfolgen, sonst gar nicht. Den zu „Fundament und Krönung der öffentlichen Erziehung“ erklärten Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ließ sich die Kirche für alle Zeiten gewährleisten, ebenso das Recht auf Einrichtung von Privatschulen, mit denen sie einen Großteil des Elementarunterrichts kontrolliert.

Um diese Sonderrechte nicht zu verlieren, hat der Papst ausdrücklich das Junktim zwischen Vertrag und Konkordat betont: Kündigung des Vertrags würde erneutes Aufbrechen der „römischen Frage“ bedeuten. Gegen den Einsatz dieses Druckmittels hat sich die italienische Bourgeoisie doppelt versichert. Nachdem der Papst gütigst erklärt hatte, „seine Entschädigungssumme auf ein Mindestmaß zu beschränken“, verpflichtete sich die italienische Regierung, „den Vertrag zu verwirklichen, indem sie die Summe von 750 Mio. Lire an den Heiligen Stuhl zahlt und ihm gleichzeitig 5%ige Schatzscheine im Nominalwert von 1 Mrd. Lire überschreibt.“

Die stattliche Summe von 1,75 Mrd. Lire stellte den Grundstock dar für die umfangreichen Finanzgeschäfte des Vatikans. Die Bourgeoisie stellte so sicher, daß das Kapital des Vatikans mit dem ihren verschmolz. Außerdem machte sie damit dem Papst die Kündigung des Vertrags unmöglich. Im Falle der Kündigung hätte er die stolze Summe zurückzahlen müssen, wozu er zu dem damaligen Zeitpunkt nicht in der Lage gewesen wäre.



Lateranverträge 1929: Mussolini, König Viktor Emmanuel III. und Papst Pius XI. „versöhnt“ und geeint gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

Einheit aller Arbeiter und Werktätigen. Gemeinsam sind wir stark! Gemeinsam werden wir siegen!

(„Amada“, 21.11.79)

Organizzazione Communista Marxista Leninista (OC/ML):

Es ist nicht richtig, die Katholiken als einen kompakten und homogenen Block zu betrachten. Denn es gibt katholische Teile der Volksmassen und katholische Teile der Bourgeoisie, die voneinander durch einen antagonistischen Klassenwiderspruch geschieden sind. Dieser Klassenwiderspruch kann sicher nicht durch die religiöse Affinität überwunden werden, wenn man diese auch in ihrem gewichtigen Einfluß sehen muß. Sonst sinkt man von der Ebene des historischen und dialektischen Materialismus auf die Ebene des Idealismus herab.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es zum mindesten ungenau, von „Dialog mit den Katholiken“ zu sprechen. Denn entweder betrachtet man alle Katholiken gleich – und dann schlägt man einen Dialog zwischen den Klassen vor, der ganz zugunsten der bestehenden sozialen Verhältnisse die wirklichen Klassenwidersprüche vertuscht – oder man betrachtet nicht alle Katholiken gleich. Aber dann darf man weder von Dialog noch von Bündnis sprechen, sondern von Klasseneinheit: Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen einschließlich der katholischen Teile gegen die katholische wie die nichtkatholische Bourgeoisie ...

Die PCI stellt das Problem auf klassenversöhnlerische Weise. Sie wendet sich nämlich ohne Unterschied an alle Katholiken und „vergißt“, daß die Scheidelinie nicht ideologisch, sondern klassenmäßig verläuft. Bei diesem Rangehen ist es leicht, zum Abschluß einer Übereinkunft zwischen den Parteien über ein schwammiges Programm der gesellschaftlichen Erneuerung zu gelangen und das Feld der Auseinandersetzungen vom Klassenkampf auf den parlamentarischen „Kampf“ zu verlegen. Es wundert nicht, sondern folgt im Gegenteil aus dieser Logik, daß man allgemein von katholischen Massen spricht und dann der Fanfani (damals DC-Sekretär, d. Übers.) und der Kardinal Ottaviani versteht.

(Fronte Unito, Februar 1974)

Westdeutsche Kirchensteuer – einträgliches Geschäft für die Pfaffen, staatlich garantiert

z.ans. Durch verfassungsmäßige Verankerung der Kirchensteuer garantiert der westdeutsche Staat den Pfaffen auf relativ einmalige Art reichlich gefüllte Kassen. Die bürgerlichen Väter des Grundgesetzes haben mit dem Art. 140 GG die Artikel 135 – 141 der Weimarer Verfassung übernommen. Danach werden staatliche finanzielle Leistungen an die „Religionsgemeinschaften“ festgeschrieben und wird diesen zugestanden, „auf Grund der bürgerlichen Steuerliste nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben“.

Als Entschädigung für die durch die Säkularisierung geistlicher Fürstentümer 1803 verlorenen Gebiete und Abgaben haben die Landesherren den Kirchen das Besteuerungsrecht gewährt. Nach beiden imperialistischen Weltkriegen gab die geschlagene deutsche Bourgeoisie diesem Besteuerungsrecht die verfassungsmäßige Weihe. Sie ging dieses Bündnis mit den Kirchen ein, um das religiöse Unterdrückungswerkzeug zu nutzen zur Absicherung ihrer Herrschaft gegen die Arbeiterklasse.

Den allergrößten Teil des Kirchensteueraufkommens holen sich die Pfaffen über 8 – 10%ige Zuschläge auf die Lohn und Einkommenssteuer. Der Zuschlag wird mit der Lohnsteuer vom Kapitalisten einbehalten und dem Fiskus übergeben. Hinzu kommen Zuschläge auf Vermögensteuer, Grundsteuer- und Gewerbesteuermeßbeträge. Einen „Mindestbeitrag“ fordert die katholische Kirche auch von denen, die keine Lohnsteuer zahlen. Nach Abzug von 3 – 4% für „Spesen“ leitet der Staat die den Lohnabhängigen abgepreßten Gelder über die Finanzämter weiter an die Kirchenbehörden.

4,28 Mrd. DM aus Zuschlägen auf Lohn- und Einkommensteuer hat die evangelische Kirche 1978 eingestrichen, 3,829 Mrd. DM die katholische Kirche. Wen wundert's, daß die Pfaffen nicht eintreten für Senkung der Lohnsteuer? Je mehr die Volksmassen geschröpft werden, desto mehr fließt in ihre gierigen Hände.





Links: Ablaßpredigt im 16. Jh. Rechts: Kath. Zentrum in Bottrop. Aus Steuergeldern finanziert der Staat kirchliche „Bau- und Lehrprogramme“.

Kritische Theorie, Glaube an eine „vernünftige" bürgerliche Gesellschaft

z.gör. Die bürgerliche Aufklärung war fortschrittlich gegen die feudale Gesellschaft und Weltanschauung. In deren Namen das imperialistische Wesen der Bourgeoisie unkenntlich zu machen, ist die Wirkungsgeschichte der Kritischen Theorie.

Daß die Ideale der bürgerlichen Aufklärung hochgehalten wurden, kennzeichnet die erste Generation der Kritischen Theoretiker. Die Philosophie Horkheimers, Adornos, Marcuses, um die Hauptvertreter zu nennen, bestand darin, daß die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Ideologie vernünftig ist. Daher hatten sie mit einer Unterstützung des Kampfes der Arbeiter nie etwas im Sinn. Während die Bourgeoisie die Arbeiterklasse blutig unterdrückte, übten sie „Kulturkritik". Noch angesichts der Machtübernahme durch die Faschisten verkündet Horkheimer das gemeinsame Selbstverständnis: „Heute wird behauptet, die bürgerlichen Ideen Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hätten sich als schlecht erwiesen; aber nicht die Ideen des Bürgertums, sondern Zustände, die ihnen nicht entsprechen, haben ihre Unhaltbarkeit gezeigt. Die Losungen der Aufklärung und der französischen Revolution haben mehr als je ihre Gültigkeit. Gerade in dem Nachweis, daß sie ihre Aktualität bewahrt und nicht auf Grund der Wirklichkeit verloren haben, besteht die dialektische Kritik an der Welt... Diese Ideen und Werte sind nichts anderes als die einzelnen Züge der vernünftigen Gesellschaft, wie sie in der Moral als notwendiger Zielrichtung vorweggenommen ist." (Materialismus und Moral)

Der Zweck dieser Philosophie konnte nur darin bestehen, von der Erkenntnis der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Entwicklung abzulenken. Um die Kritik der politischen Ökonomie hatten die Kritischen Theoretiker stets instinktiv einen großen Bogen gemacht (bevor sie zu professionellen Marx-Kritikern wurden). Das während des Weltkriegs im US-Exil geschriebene Hauptwerk der Kritischen Theorie, „Dialektik der Aufklärung", bestätigt diese Zwecksetzung der Philosophie. Beabsichtigt war, so die Auskunft von Horkheimer und Adorno, „die Erkenntnis, warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art der Barbarei versinkt." Die Formulierung ist schon kennzeichnend: Der antifaschistische Kampf wird sogleich als Moment der Barbarei vereinnahmt. Die Kernthese, die zur Generallinie der Kritischen Theorie als Kulturkritik wurde, ist: „Schon der Mythos ist Aufklärung, und Aufklärung schlägt in Mythologie zurück." Die neue Mythologie bestehe darin, daß die Entwicklung der Produktivkräfte zur Herrschaft der „technischen Zivilisation" über den Menschen führe. Die Ursache liege bei den Massen, in ihrer mangelnden Besinnung auf die Ideale der bürgerlichen Aufklärung. „Die Entstehung der modernen Massen, weit entfernt davon, Effizienz und Kohärenz des Apparats zu gefährden, hat die progredierende Koordination der Gesellschaft und das Wachstum der autoritären Bürokratie *ermöglicht* ...", hatte Marcuse bereits 1941 geschrieben. Schuld sind die Massen also auch an der Entstehung des Faschismus, und der ist danach bloß zugespitzte Form der Herrschaft der Technologie über den Menschen.

Der Haß auf die Entwicklung der Produktivkräfte, auf die gesellschaftliche Arbeit, deren Träger die arbeitenden Klassen sind, bleibt in der weiteren Entwicklung der Kritischen Theorie bestimmend. Marcuses zuerst 1964 in den USA, dann ab Mai 1967 auch in deutscher Übersetzung erschienenes Buch „Der eindimensionale Mensch" tritt das reaktionäre Gedankengut bloß nochmals platt. „Heute verewigt und erweitert sich die Herrschaft nicht nur vermittels der Technologie, sondern *als* Technologie." Die Kritik gipfelt in der Anklage an die bestehende Gesellschaft, daß sie „außerstande ist, das *private* Dasein des Individuums auch nur in den eigenen vier Wänden zu schützen." Die parasitäre Existenz in den Poren der arbeitenden Gesellschaft wird zum programmatischen Wunschbild.

Das Quellenheft dokumentiert diese erste Generation von Kritischen Theoretikern. Eine zweite Generation betritt mit Habermas die Bühne. Ihr Vorhaben: Dem in der traditionellen Kritischen Theorie bloß noch negativ gefaßten Ideal der bürgerlichen Aufklärung soll wieder ein positiver Inhalt gegeben werden. Habermas' Anspruch ist, durch „rationalen Diskurs" könne sich eine vernünftige Gesellschaft konstituieren. „Die Alternative, die sich abzeichnet, ist die Demokratisierung aller für die Gesamtgesellschaft folgenreichen Entscheidungsprozesse..." „Die umgangssprachliche Kommunikation könnte im selben Maße aufhören, kulturelle Überlieferungen oder technokratische Gegenideologien bloß zu vermitteln, vielmehr könnten die Grundnormen vernünftiger Rede zum Organisationsprinzip eines diskursiv rechtfertigenden, nämlich die Bedürfnisse revidierbar interpretierenden Willensbildungsprozesses erhoben werden." (Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, S. 265/281)

Es soll sich also darum handeln, eine Neuauflage des ursprünglichen Glaubens der Kritischen Theorie an die „vernünftigen" ideologischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft zu begründen. Die Bourgeoisie ist freilich dankbar für den „wissenschaftlichen" Nachweis, daß der Klassenkampf „unvernünftig" sei. Je mehr ihrer Kader sie aus dem Volk rekrutieren muß, desto mehr ist sie auf deren ideologische Bindung an die Rationalität ihrer Herrschaft angewiesen. – Als Herbert Marcuse starb, bewunderte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" voll Neid seine Fähigkeit, „massenwirksame Ideologien" zu produzieren. (FAZ, 4.8.) Über die bürgerlichen Ideale, die Rudi Dutschke nicht weniger reaktionär als andere Kritische Theoretiker hochgehalten hatte, heißt es im Nachruf derselben Zeitung eher ironisch: „bei keinem anderen war so deutlich erkennbar, daß die mit so viel Liebe gestrickte Theoriedecke zu kurz war." (FAZ, 27.12.)

Kritische Theorie

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm



Herbert Marcuse, der eindimensionale Mensch, Berlin 1967

b.5) „Integration in der Fabrik" bis hin zur Aufhebung der Mehrwertproduktion

„... nimmt sich die Gesellschaft des Bedürfnisses nach Befreiung an, indem sie die Bedürfnisse befriedigt, die die Sklaverei schmackhaft und vielleicht sogar unbemerkbar machen, und sie erreicht diese Tatsache im Produktionsprozeß selbst. Unter seiner Einwirkung unterliegen die arbeitenden Klassen in den fortgeschrittenen Bereichen der industriellen Zivilisation einer entscheidenden Transformation, die zum Gegenstand einer umfassenden soziologischen Forschung geworden ist. Ich werde die Hauptfaktoren dieser Transformation aufzählen:

1. Die Mechanisierung setzt die bei der Arbeit verausgabte Quantität und Intensität körperlicher Energie immer mehr herab. Diese Entwicklung ist für den Marxschen Begriff des Arbeiters (Proletariers) von großer Tragweite. Für Marx ist der Proletarier in erster Linie der Handarbeiter, der seine körperliche Energie im Arbeitsprozeß verausgabt und erschöpft, selbst wenn er mit Maschinen arbeitet. Der Kauf und Gebrauch dieser körperlichen Energie unter unmenschlichen Verhältnissen zur privaten Aneignung von Mehrwert zog die empörenden, unmenschlichen Aspekte der Ausbeutung nach sich; der Marxsche Begriff denunziert die körperliche Pein und das Elend der Arbeit." (S. 44)

2. „Dieser Trend zur Angleichung läßt sich dartun an der berufmäßigen Schichtung. In den Schlüsselindustrien geht die Tätigkeit von Arbeitern im Verhältnis zu der von Angestellten zurück; die Zahl nicht in der Produktion tätiger Arbeiter erhöht sich. Diese quantitative Änderung weist auf eine Änderung des Charakters der grundlegenden Produktionsinstrumente zurück." (S. 47)

„Jetzt verliert der Arbeiter seine berufliche Autonomie, die ihn zum Glied einer von anderen Berufsgruppen abgehobenen Klasse machte, weil sie die Widerlegung der etablierten Gesellschaft verkörperte. Der technologische Wandel, der dazu tendiert, die Maschine als *individuelles* Produktionsinstrument zu beseitigen, als ‚absolute Einheit', scheint den Marxschen Begriff der ‚organischen Zusammensetzung des Kapitals' und mit ihm die Theorie der Mehrwertbildung undgültig zu machen ... Nun scheint die Automation das Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit qualitativ zu ändern; sie strebt dem Punkt zu, wo die Produktivität durch die Maschinen bestimmt wird und nicht durch die individuelle Arbeitsleistung. Überdies wird gerade deren Messung unmöglich." (S. 48)

„3. Diese Veränderungen im Charakter der Arbeit und der Produktionsinstrumente verändern die Haltung und das Bewußtsein des Arbeiters, was in der ausführlich diskutierten ‚sozialen und kulturellen Integration' der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft deutlich wurde." (S. 49)

„Angleichung von Bedürfnissen und Wünschen, im Lebenstandard, in der Freizeitgestaltung, in der Politik, leitet sich her von einer Integration *in der Fabrik* selbst, im materiellen Produktionsprozeß ... Man stellt einen ‚Eifer' seitens der Arbeiter fest, ‚an der Lösung von Produktionsproblemen teilzunehmen', einen ‚Wunsch', aktiv mitzumachen, indem sie selbst über technische und Produktionsprobleme nachdenken, die eindeutig zur Technologie gehörten". (S. 50)

„4. Die neue technische Arbeitswelt erzwingt so eine Schwächung der negativen Position der arbeitenden Klasse: letztere erscheint nicht mehr als der lebendige Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft ... Haß und Enttäuschung werden ihres spezifischen Ziels beraubt, und der technische Schleier verhüllt die Reproduktion von Ungleichheit und Versklavung. Mit dem technischen Fortschritt als ihrem Instrument wird Unfreiheit – im Sinne der Unterwerfung des Menschen unter seinen Produktionsapparat – in Gestalt vieler Freiheiten und Bequemlichkeiten verewigt und intensiviert." (S. 52)

b6.) ... und „Konsumzwang" vermittels „falscher Bedürfnisse":

„Die wirksamste und zäheste Form des Kampfes gegen die Befreiung besteht darin, den Menschen materielle und geistige Bedürfnisse einzuimpfen, welche die veralteten Formen des Kampfes ums Dasein verewigen." (S. 24)

„Wir können wahre und falsche Bedürfnisse unterscheiden. ‚Falsch' sind diejenigen, die dem Individiuum durch partikuläre gesellschaftliche Mächte, die an seiner Unterdrückung interessiert sind, auferlegt werden: diejenigen Bedürfnisse, die harte Arbeit, Aggressivität, Elend und Ungerechtigkeit verewigen." (S. 25)

„Hierbei erzwingen die sozialen Kontrollen das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumtion von unnützen Dingen; das Bedürfnis nach abstumpfender Arbeit, wo sie nicht mehr wirklich notwendig ist; das Bedürfnis nach Arten der Entspannung, die diese Abstumpfung mildern und verlängern, das Bedürfnis, solche trügerischen Freiheiten wie freien Wettbewerb bei verordneten Preisen zu erhalten, eine freie Presse, die sich selbst zensiert, freie Auswahl zwischen gleichwertigen Marken und nichtigem Zubehör bei grundsätzlichem Konsumzwang." (S. 27)

„Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder; sie finden ihre Seele in ihrem Auto, ihrem Hi-Fi-Empfänger, ihrem Küchengerät. Der Mechanismus selbst, der das Individiuum an seine Gesellschaft fesselt, hat sich geändert, und die soziale Kontrolle ist in den neuen Bedürfnissen verankert, die sie hervorgebracht hat." (S. 29)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Mitte

b.21) An welchen Veränderungen in der Reproduktion der Arbeiterklasse knüpft Marcuse an?

Kommunistische Volkszeitung, Nr. 4/1977, S.4

Thesen gegen die bürgerlichen Behauptungen von „mehr Lebensqualität" und „höherem Lebensstandard" für die Arbeiter

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft den wirtschaftlichen Kampf führen muß oder infolge des Wirkens der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ins Elend absinkt. Der Marxismus-Leninismus lehrt ferner, daß die Arbeiterklasse diesen Kampf nur insoweit führen kann, als sie sich eint.

Ist die Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus gespalten und an der Entfaltung ihrer Kampfkraft behindert, so muß eine Senkung des Lohnstandards, ein Preisverfall der Ware Arbeitskraft eintreten, der bis über jenen Punkt hinausreicht, wo die Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse zusammenbricht. Das Erscheinungsbild einer solchen Gesellschaft ist dann nicht nur durch die Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten bestimmt, sondern offenkundig durch Verbrauch, raschen Verschleiß und frühe Vernichtung der Arbeitskraft in der Ausbeutung durch die Kapitalisten. Das lehrt der Marxismus-Leninismus. Das ist eine schwer errungene praktische Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung. In Westdeutschland wird diese schwer erkämpfte und teuer bezahlte Lehre bestritten. Sie wird bestritten, weil der Augenschein der Entwicklungsgeschichte der BRD und Westberlins das Gegenteil zu beweisen scheint.

Der Lohn stellt den Preis der als Ware verkauften Arbeitskraft dar. Der Arbeitslohn wird von der Arbeiterklasse in Lebensmittel umgesetzt. Der Umfang des Lohnes muß also gemessen werden an der Ausdehnung des Umkreises der Konsumtionsmittel, der Lebensmittel, die in den Verbrauch der Arbeiterklasse Eingang finden. Der schiere Geldausdruck nützt für die Betrachtung nichts. Der Geldname von 1000 DM stellt eine ganz andere Warenwelt dar im Jahre 1950 als im Jahre 1970. (...)

Wir behaupten: Es gibt noch einen dritten Weg, auf dem sich die absolute Verelendung durchsetzen, zumindest jedoch unter der Hand vorbereiten kann. Diese dritte Möglichkeit lautet: Steigerung des Lohns, Steigerung auch der Warenmasse, die von diesem Lohn gekauft werden kann, aber Veränderung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, notwendige, unausweichliche, qualitative Ausweitung der Waren, die von der Arbeiterklasse zur Vollführung ihrer Reproduktion gekauft werden müssen. Diese dritte Verlaufsform nahm die Tendenz zur absoluten Verelendung in den von uns zu betrachtenden Jahren an.

Verelendung in den von uns zu betrachtenden Jahren an.

Ein wachsender Teil der Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung wurde in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt: Diese Zeit, hauptsächlich der Frauen, wurde vordem von der Arbeiterfamilie zur Ökonomisierung ihrer Reproduktion, also ihrer Haushaltsführung, verwandt. Soll das Manko an Zeit ausgeglichen werden, so muß die Produktivkraft der Hausarbeit gesteigert werden. Wird sie nicht gesteigert, treten die Erscheinungen der absoluten Verelendung sogleich hervor, Ruin der Gesundheit zuerst der Frau, sodann der Familie, Verwahrlosung usw. Will die Arbeiterfamilie dieser Erscheinung ausweichen, so muß sie Warenkategorien zu ihrer Reproduktion erstehen, die sie vorher nicht erstehen mußte.

Dies beträfe Waren wie:
Kühlschrank, Wäscheschleuder, Waschmaschine, Waschautomat, Elektroherd, Kochgeschirr für diesen Herd, Staubsauger usw. usf.

Zu diesen Kosten, die im Arbeiterhaushalt durch die Verwandlung von Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit durch die Kapitalisten entstehen, entstehen aber noch weitere Kosten, weitere unausweichliche Bedürfnisse.

Wir rechnen darunter:
Der Arbeiter, der Arbeit hat, hat ein gesteigertes Bedürfnis an Lebensmitteln aller Art dem Nichtarbeiter voraus. Das ist die unausweichliche Kehrseite der gnadenlosen Auspressung von Arbeitskraft, in der die Kapitalisten unerreicht sind.

Der Arbeiter, der Arbeit hat, muß:
anders essen, er muß sich anders kleiden, er muß sich anders zerstreuen, er muß anders leben, und davon hat er umfassend höhere Kosten. Bestreitet der Arbeiter diese höheren Kosten nicht, so wird er gesundheitlich verfallen. Infolgedessen strebt er, diese Kosten zu bestreiten, soweit er eben kann.

Sowieso wird durch die Vereinseitigung des Arbeitsprozesses in der kapitalistischen Profitproduktion ein höheres Maß an Anfälligkeit gegenüber Krankheiten aller Art erzielt. Selbst *wenn* der Lohn ausreichte, die gesteigerten Reproduktionskosten zu decken, bleiben Kosten, die der Arbeiterbevölkerung durch die Verkrüppelung entstehen, die ihr der kapitalistische Produktionsprozeß zugefügt hat.

Diese wären:
Kosten im Zusammenhang mit Krankheit oder Verkrüppelung im weiteren Sinn, also für Diäten, für Krankenbehandlungen, für Ausgleich in Gestalt von Sport oder Ausflügen usw., letztlich auch für Urlaub.

Sodann ergeben sich Kosten, die sich sowohl aus der zeitlichen Ausdehnung der an die Kapitalisten insgesamt verkauften Zeit ergeben als auch aus der gesteigerten Verausgabung von Lebenskraft für die Zwecke der Kosten für Kindergarten (Kindernahrung, Kinderkleidung usw. ist oben schon enthalten) wie auch Kosten für Kinderspielzeug, das oftmals die persönliche Beschäftigung mit dem eigenen Nachwuchs ablösen muß.
Im Effekt muß die Arbeiterbevölkerung auch hier *kaufen*, was sie vordem *nicht gebraucht* hat. (...)